

## Layout-Checkliste

### ► RECHERCHIEREN:

###

### ► ERSETZEN:

[langer Strich] % „x“,x’

Tel\_ Fax\_ eMail

S.\_1

h\_ftp://www.

statt http:

www.ec.europa.eu

www.europa.eu

www.cordis.europa.eu/de

www.eur-lex.europa.eu

www.europa.eu/rapid

www.eu-koordination.de/?... (ohne index.php)

vorname.name@europarl.europa.eu

Internet:

0032\_2

Reference\_123

(jg)\_■

so\_genannte

d.^sh. z.^sB. u.^sa.

etwa/rund

Mitgliedstaaten

Brüssel (Adresse)

Århus

Kyoto

Natura-2000-...

Lissabon-Strategie

i\_mplementier → umsetz

Politikmaßnahmen

k\_ohären

EP (ausschreiben)

GV (und 1x ausschreiben)

GV (ausschreiben)

NGO (und 1x ausschreiben)

In Internetadressen: „Klickbarkeit“

- dazu Suchen nach

[URL]/^i

[URL]/^p

### ► AUSFÜHREN:

Im Inhalt: Schlagzeilen-Beiträge  
unterstreichen

In Fußnoten:

Strg + A

Strg + +

Alt + Strg + H

Global ▼

EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz ▼

EU-Politik, Recht ▼

Abfall, Produktpolitik ▼

Agrarpolitik, Gentechnik ▼

Chemikalien, Emissionen ▼

Energie, Klima ▼

Naturschutz, Biodiversität ▼

Verkehr, Tourismus ▼

Wasser, Meere, Fischerei ▼

Service ▼

12.06/01.07



# EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Umweltpolitische Schwerpunkte 2007**  
**Ressourcenproduktivität: EU-Ziele fehlen**  
**EU-Handelspolitik: Mehr Einfluss für Konzerne**  
**Produkte und Konsum: Nachhaltigkeit inklusive?**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

**EU-RUNDSCHREIBEN**

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**EU-Rundschreiben**

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene  
 Jahrgang 15 (2006), Heft 12/  
 Jahrgang 16 (2007), Heft 01  
 ISSN 1861-0064

**Herausgeber**

Deutscher Naturschutzring,  
 Dachverband der deutschen Natur- und  
 Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

**Redaktion****DNR Geschäftsstelle Berlin/  
EU-Koordination und Internationales**

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,  
 10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Markus Steigenberger (ms), Bjela Vossen (bv), Thomas Frischmuth (tf), Marion Busch (mbu), Tinka Lutz (tl), Nelly Thompson (nt), Franziska Heinrich (fh), Jakob Gerstenlauer (jag), Matthias Bauer (mb)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de)

Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

**DNR Geschäftsstelle Bonn**

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Abonnement**

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,  
 Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

**Technik**

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

**Gastbeiträge**

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

**Copyright**

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

## Verheugens energiepolitischer Fehlgriff

### Liebe Leserinnen und Leser,

der Klimawandel scheint mittlerweile auch in der letzten europäischen Amtsstube angekommen zu sein. Selbst Industrie-Kommissar Günter Verheugen macht sich Gedanken, wie sich ambitionierter Klimaschutz, Wachstum und Beschäftigung vereinbaren lassen. Zumindest sagt er das.

Vielmehr schreibt er es, und zwar in einem Brief an seinen Vorgesetzten, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Darin führt Günter Verheugen aus, wie er sich eine europäische Energiepolitik vorstellt. Das ist zwar eigentlich nicht seine Aufgabe, und wie der zuständige Kollege Andris Piebalgs seine Ratschläge wahrgenommen hat, wissen wir nicht. Doch Verheugen gibt sich den Anschein, auf der Höhe der Zeit zu sein. Denn in den zehn Punkten, die er anführt, spricht er die ganze Bandbreite der gegenwärtigen energiepolitischen Diskussion an. So fordert er etwa ambitionierte Ziele für die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, eine Liberalisierung der Energiemärkte und sogar die Einführung von Grenzausgleichsabgaben, um die (dann hoffentlich) klimafreundlichere europäische Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, die keine Klimaschutzauflagen zu erfüllen hat.

So weit, so enig ist er sich mit den europäischen Umweltverbänden. Doch spätestens bei der Lektüre des Anhangs fühlt man sich unweigerlich an den Kreide fressenden Wolf in Grimms Märchen erinnert. Denn darin erklärt Herr Verheugen etwas ausführlicher, wie er sich die europäische Energiewelt vorstellt. Sein besonderes Augenmerk gilt der Lissabon-Strategie, also der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn als Industriekommissar und „Mister Bürokratieabbau“ ist dies sein ureigenstes Feld. Die gewandte Art, mit der er sich dabei über bereits bestehende Konsenspositionen der Europäischen Union hinwegsetzt, nötigt dem geneigten Leser allerdings Respekt ab. So reduziert er nicht nur die Lissabon-Strategie auf „Priorität für Wachstum und Beschäftigung“ und ignoriert damit, dass die Strategie auch soziale und ökologische Kriterien beinhaltet. Er legt auch gleichzeitig einen atemberaubenden klimapolitischen Amoklauf hin.

Er habe, so führt der Kommissar aus, von seinen Mitarbeitern errechnen lassen, welches CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel wirtschaftlich verträglich sei. Das Ergebnis: Ein Ziel von mehr als minus 15 Prozent bis 2020 (auf der Basis von 1990) würde signifikante Kosten verursachen und sei damit schädlich für das europäische Wirtschaftswachstum. Damit bleibt er nicht nur hinter den 15 bis 30 Prozent zurück, die die EU in ihrem eigenen Klimaschutzprogramm schon vor Jahren festgeschrieben hat. Er zeigt auch, dass er den Stern-Report<sup>1</sup> offenbar nicht gelesen hat - auch wenn er Gegenteiliges behauptet. Denn Nicolas Stern spricht ja gerade davon, dass Nichtstun immense Kosten verursachen würde, und fordert die Regierungen zum sofortigen Handeln auf. Und zwar aus ökonomischen Gründen! Mit seiner Position, ambitionierte Klimapolitik zu verzögern, steht Herr Verheugen also den Forderungen Sterns - und der überwältigenden Mehrheit der Klimawissenschaftler und -politiker - diametral entgegen.

Abgesehen davon nimmt Kommissar Verheugen offenbar die Arbeit seines Kollegen Andris Piebalgs entweder nicht zur Kenntnis oder nicht ernst. Denn Piebalgs - der immerhin für Energie zuständig ist - hatte im „Aktionsplan Energieeffizienz“ Maßnahmen vorgeschlagen, die allein für mehr als 15 Prozent Reduktion sorgen würden. Dass ein effizienter Umgang mit Energie nicht unwirtschaftlich ist, erkennt übrigens sogar der Industrie-Kommissar an.

Es gibt noch weitere Merkwürdigkeiten in Verheugens Brief. So möchte er den Pkw-Sektor in den Emissionshandel einbeziehen - was von seinem eigenen Expertengremium<sup>2</sup> und den meisten Mitgliedstaaten aus guten Gründen skeptisch gesehen wird. Denn einmal fürchten Experten eine nicht mehr handhabbare Verkomplizierung des Systems und zweitens würden unterschiedliche Zahlungsbereit-

schaften in den verschiedenen Sektoren zu unerwünschten Preiseffekten führen. An anderer Stelle schreibt Herr Verheugen, dass „alle Energieoptionen offen zu halten seien“, wagt es aber nicht, das Wort Kernenergie zu nutzen. Vielleicht weiß er insgeheim doch, dass die Atomkraft für die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten schlichtweg keine Option ist. Auch bei dem Thema erneuerbare Energieträger schafft er es den Leser zu irritieren: Anstelle von spezifischen Zielen für die einzelnen Sektoren - Strom, Wärme, Biokraftstoffe - fordert er lediglich ein generelles Ziel für alle Erneuerbaren Energieträger. Damit befindet er sich zwar auf der Linie der großen Stromkonzerne; um eine positive Dynamik zu erzeugen, Sicherheit für Investoren zu gewährleisten und den spezifischen Eigenarten der jeweiligen Sektoren gerecht zu werden, bedarf es aber klarer sektorspezifischer Ziele.

Nein, den Eindruck, Herr Verheugen sei auf der Höhe der Zeit, muss man spätestens nach Durchsicht des Anhangs entschieden zurückweisen. Schön, dass solche Briefe irgendwie doch ihren Weg an die Öffentlichkeit finden. Herr Verheugen hat uns damit einen ersten Eindruck verschafft, welche heftigen Debatten um die europäische Energiepolitik im kommenden Frühjahr vor uns liegen, wenn das Thema auf dem Energie-Rat, dem Umwelt-Rat und dem Europäischen Rat diskutiert wird.

Bereiten Sie sich also lieber schon einmal vor!

Eine energiegeladene Lektüre wünscht

Markus Steigenberger  
Leiter der EU-Koordination des DNR

<sup>1</sup> Die britische Regierung hatte den ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, beauftragt, die ökonomischen Folgen des Klimawandels zu untersuchen. Stern kommt zu dem Schluss, dass unverzügliches Handeln die weitaus preiswertere Variante ist und Nichtstun langfristig in eine schwere Weltwirtschaftskrise führen würde. Der Bericht ist zu finden unter: [www.hm-treasury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_change/sternreview\\_index.cfm](http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm)

<sup>2</sup> „High Level Group on Competitiveness, Energy and Environment“

**2 Impressum****3 Editorial**

- Verheugens energiepolitischer Fehlgriff

**5 Global**

- Kein großer Wurf in Nairobi von Klaus Milke, Germanwatch

**6 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz**

- Umweltpolitische Schwerpunkte 2007
- Arbeitsprogramm der Bundesregierung für 2007
- Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft
- Deutschland zur G8-Präsidentschaft
- Termine deutsche G8-Präsidentschaft

**9 EU-Politik, Recht**

- Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2007
- Forcierter Bürokratieabbau
- Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet
- Erweiterungspolitik: Neuorientierung?
- EU-Ziel Ressourcenproduktivität von Philipp Schepelmann, Wuppertal Institut
- Die neuen Ziele der EU-Handelspolitik von Michael Frein, EED, und Peter Fuchs, WEED

**16 Abfall, Produktpolitik**

- Umweltausschuss stimmt über Abfallrahmenrichtlinie ab
- Produkte und Konsum: Nachhaltigkeit inklusive? von Frieder Rubik, IÖW
- Treffen zur Basler Konvention

**19 Agrarpolitik, Gentechnik**

- Hohe Pestizidrückstände im Essen
- Illegaler Gen-Reis sorgt für Krise der Agro-Gentechnik
- Streit um Pufferzone für Gen-Mais
- EU will WTO- Gentechnik-Urteil nicht anfechten

**22 Chemikalien, Emissionen**

- Kritik an REACH-Einigung
- EU will Quecksilber-Export ab 2011 verbieten
- 2004: Gesamtemissionen gestiegen
- Schwefel-Emissionshandel

**24 Energie, Klima**

- Energieministerrat am 23.11.
- EU wird Kyoto-Ziele verfehlen
- Nationale Allokationspläne nicht ausreichend
- Ausweitung des Emissionsrechtshandels?
- Emissionshandel soll wirkungsvoller werden
- Atomkraft kann das Klima nicht retten

**28 Naturschutz, Biodiversität**

- Endspurt für Natura 2000
- Erfolg durch Kontinuität

**30 Verkehr, Tourismus**

- Deutsche Autos bleiben Spritfresser
- Allgemeinheit zahlt Milliarden für Straßenverkehr
- 35 Millionen Unfalltote seit Erfindung des Autos

**33 Wasser, Meere**

- Fischereiministerrat am 20./21.11.
- Kein Verbot für Grundschieppnetze

**35 Service**

- Veröffentlichungen, Termine, Informationsquellen
- EU-Gesetzgebungsverfahren
- Wegweiser: EU, EEB, UBA, IUCN, UN

**Sonderheft**

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Umsetzung von EU-Umweltrecht

## Kein großer Wurf in Nairobi

von Klaus Milke, Germanwatch<sup>1</sup>

### Die Klimakonferenz COP 12 konnte den Erwartungen nicht gerecht werden

Ungefähr 93 Euro muss man zusätzlich aufbringen, um den Klimaausgleich über „atmosfair“<sup>2</sup> für den Flug von Deutschland nach Nairobi und zurück zu bezahlen. Die finnische Ratspräsidentschaft hatte, um mit gutem Beispiel voranzugehen, für die gesamte EU die Reise in Kenias Hauptstadt mit atmosfair klimafreundlicher gestaltet. Eines der vielen kleinen guten Ergebnisse von Nairobi. Den großen Wurf hat es jedoch nicht gegeben. Der Klimagipfel in Nairobi (COP 12<sup>3</sup>) vom 6. bis 17. November 2006 konnte den hohen Erwartungen in Deutschland und in vielen anderen Teilen der Welt nicht gerecht werden.

### Kompromiss zur Kyoto-Überprüfung: Klimaschutz 2007 Chefsache?

An die Tür für ernsthafte Klimaschutzverhandlungen sowohl mit Industrie- als auch mit Schwellenländern für die Zeit nach 2012 wurde in Nairobi zwar geklopft, aber die Tür ist noch nicht geöffnet. Dieser Durchbruch zu einem umfassenden Verhandlungsmandat kann allerdings durch einen jetzt erzielten Kompromiss zur Überprüfung des bisherigen Kyoto-Prozesses im nächsten Jahr gelingen.

Dann aber muss der Klimaschutz in den wichtigsten Staaten zur Chefsache werden und 2007 müssen die Regierungschefs den Weg dahin ebnen. Es geht nicht länger, dass die Regierungen in Sonntagsreden den Klimawandel als wichtigstes Problem bezeichnen und es dann bei solchen Verhandlungen als Nebensache behandeln. Zu Recht hat UN-Generalsekretär Kofi Annan in Kenias Hauptstadt darauf hingewiesen, dass der Klimawandel inzwischen die Bedeutung großer sicherheitspolitischer Krisen erreicht habe.

### Ankündigungen von EU und Deutschland setzen Akzente

Bei den Ministerverhandlungen setzte Minister Gabriel seitens der Europäer mit der Ankündigung, dass Deutschland bis 2020 zu einer CO<sub>2</sub>-Reduzierung um 40 % bereit sei, wenn die EU um 30 % reduziere, als einer der wenigen die erforderlichen Akzente. Das lässt auf eine verantwortungsvolle Rolle während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hoffen. Finnland als amtierende Ratspräsidentschaft bemühte sich in den Verhandlungen in der Troika zusammen mit der EU-Kommission und Deutschland um eine gute Koordination und trug mit dazu bei, dass die EU insgesamt eine konstruktive Rolle spielte.

### Erzielte Ergebnisse

Bei den Verhandlungen wurden folgende Fortschritte erreicht, die beim künftigen Klimaregime eine wichtige Rolle spielen dürften:

- Die Staatengemeinschaft sandte das klare Signal aus, dass es nach 2012 weitere Reduktionsziele für die Industriestaaten geben soll und dass bis 2050 die weltweiten Emissionen um deutlich mehr als 50 % gesenkt werden sollen.
- Es wurden die Kriterien für den Anpassungsfonds festgelegt, der in Zukunft eine große Bedeutung haben wird. Er wird durch ein innovatives internationales Finanzinstrument gespeist, das im Kyoto-Protokoll entwickelt worden ist. Für jedes Zertifikat, das im Rahmen des projektbezogenen Emissionshandels in Entwicklungsländern (Clean Development Mechanism, CDM) gekauft wird, wird eine zweiprozentige Abgabe in den Adaptationsfonds eingezahlt werden. Bis 2020 werden das zwar nur etwa 250 Mio. Dollar sein. Aber in Zukunft könnten es Milliarden werden. Zudem läge es in der Logik der Sache, dass in Zukunft auch der projektbezogene Emissionshandel in Industrieländern (Joint Implementation) sowie internationaler Emissionshandel mit einer solchen Abgabe belegt wird.
- Es gelang auch, den Nairobi-Aktionsplan für Anpassungsmaßnahmen zu verabschieden. Damit können jetzt in den nächsten fünf Jahren Anpassungsmaßnahmen an die zum Teil bereits dramatischen Klimaveränderungen in Entwicklungsländern vorbereitet werden.

### Zusätzliche Impulse

Am Rande des Gipfels gab es erneut zusätzliche Impulse, wie z. B.:

- Der mehrfach vorgestellte Stern-Report hat die ökonomische Dimension des Klimawandels und die Kosten des Nichtstuns für alle sehr klar werden lassen.
- CAN Europe und Germanwatch haben erneut den Klimaschutz-Index („Nairobi-Klima-Index“) veröffentlicht, der die Klimaschutzanstrengungen der 56 wichtigsten Emittenten in einem Ranking darstellt. Zwar kann keiner unter den Top 10 (1. Schweden, 2. Deutschland) behaupten, ausreichend CO<sub>2</sub> zu reduzieren. Doch es gibt wichtige Schwellenländer (6. Argentinien, 8. Brasilien, 9. Indien, mit denen eine neue Klimaschutz-Allianz sinnvoll erscheint).

### Afrika vom Klimawandel besonders betroffen

Nairobi war ein sehr afrikanischer Gipfel und Kenia hat sich alle Mühe gegeben, ein guter Gastgeber zu sein. Der Kontext „Klima und Entwicklung“ und die Sorgen der schon heute vom Klimawandel Hauptbetroffenen im Süden und ganz besonders in Afrika kamen besonders zum Tragen.

Das Wahrzeichen Kenias ist der Mount Kenia, englisch „Mount of Whiteness“ wegen des schneebedeckten Gipfels. Das Wasser ist eines der Hauptprobleme Kenias. Wenn die Gletscher auch dort geschmolzen sind, wird es für die Menschen und Ökosysteme noch schwieriger. Die Millennium-Entwicklungsziele rücken so in weite Ferne.

### Nächster Gipfel: Hoffnung auf noch mehr öffentlichen Druck

Für den nächsten Klimagipfel bewirbt sich Indonesien mit Djakarta bzw. Bali, dem Mallorca der Australier. Es wäre zu hoffen, dass dann der jetzt schon hohe Aufmerksamkeitsgrad für das Klimathema noch mehr wächst und es für die Regierung gänzlich unmöglich wird, den Anti-Klimaschutz-Kurs aufrecht zu erhalten. ■

### • Weitere Informationen

Germanwatch, Vorstandsvorsitzender Klaus Milke, Haakestr. 83, 21075 Hamburg  
Tel. 040-79143121, Fax -7923590  
mobil 0172 / 4072837  
eMail: milke@germanwatch.org  
www.germanwatch.org

<sup>1</sup> Der Autor ist Vorstandsvorsitzender von Germanwatch und war mit einem Team dieser Nord-Südpolitischen Nichtregierungsorganisation 14 Tage beim Klimagipfel in Nairobi.

<sup>2</sup> www.atmosfair.de

<sup>3</sup> COP: Conference of the Parties - Vertragsstaatenkonferenz

## **Umweltpolitische Schwerpunkte 2007**

### **Bundesumweltministerium setzt auf ökologische Innovation**

Das Bundesumweltministerium (BMU) hat seine Arbeitsschwerpunkte für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft festgelegt. Unter dem Leitthema „Umwelt - Innovation - Beschäftigung“ benennt das BMU fünf zentrale Politikfelder:

### **Ökologische Industriepolitik**

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hatte auf einer Konferenz im November die „ökologische Industriepolitik“ zum wichtigsten umweltpolitischen Thema der deutschen EU-Präsidentschaft erhoben. Es gehe darum, so der Ansatz, Umweltpolitik als Wirtschaftspolitik zu verstehen und durch die Entwicklung von ressourcen- und energieeffizienten Technologien höhere Wettbewerbsfähigkeit und mehr Beschäftigung zu schaffen. Dafür bedürfe es konkreter Maßnahmen. Auch müsse die ökologische Industriepolitik zu einem zentralen Baustein der Lissabon-Strategie werden.

Während bei dem Umweltministerrat im Februar bereits eine erste Orientierungsdebatte geführt werden soll, steht das Thema ökologische Industriepolitik bei dem informellen Treffen der Umweltminister vom 1. bis 3. Juni in Essen im Mittelpunkt der Diskussion. Bei dieser Gelegenheit soll auch eine Studie veröffentlicht werden, die die ökologischen Wachstumsmärkte bis 2030 benennt. Umweltverbände kritisieren das Konzept der ökologischen Industriepolitik. Ihm fehle die Dimension der Suffizienz und es setze ausschließlich auf Technikgläubigkeit und Wachstum.

### **Klimapolitik**

Das Umweltministerium verspricht sich dafür einzusetzen, dass die EU ein Reduktionsziel für Treibhausgase von 30 Prozent bis 2020 (Basisjahr 1990) erreichen werde. In diesem Fall wäre Deutschland bereit, eine 40prozentige Reduktion zu leisten. Weiterhin solle die EU eine Vorreiterrolle bei den Verhandlungen über die Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls („post-2012“) übernehmen. Für einen wesentlichen Baustein zur Erreichung der Klimaziele hält das BMU die Entwicklung und rasche Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Sequestrierung („Carbon Capture and Storage“). Auch die Überprüfung und Weiterentwick-

lung des europäischen Emissionshandels-systems soll diskutiert werden.

### **Energiepolitik**

Das Thema Energiepolitik steht schwerpunktmäßig im Frühjahr - beim Energieministerrat am 15. Februar, dem Umweltministerrat am 20. Februar und dem Europäischen Rat (EU-Gipfel) am 8./9. März auf der Agenda. Dabei soll auf der Basis eines „Strategic Energy Review“, den die EU-Kommission im Januar vorlegen will, ein „Aktionsplan Energiepolitik für Europa“ verabschiedet werden. Dieser Aktionsplan soll eine Reihe verschiedener Themen umfassen: die Umsetzung des Aktionsplans Energieeffizienz, die Weiterentwicklung von Zielen für erneuerbare Energieträger, eine europäische Energieaußenpolitik, die Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte sowie das Thema CO<sub>2</sub>-Sequestrierung.

### **Umweltschonende Mobilität**

Im Bereich umweltschonende Mobilität benennt das BMU vor allem drei Themen: Einmal soll der Flugverkehr in den Emissionshandel einbezogen werden. Dafür legt die EU-Kommission voraussichtlich Ende 2006 einen Vorschlag vor, der auf dem Umweltministerrat im Februar debatiert und gegebenenfalls in erster Lesung verabschiedet werden soll. ▼

Des Weiteren steht die Frage an, wie sich die EU verhält, wenn die freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilhersteller, den durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionswert auf 140 g/km bis 2008 zu senken, scheitert. Das BMU hält für diesen Fall ordnungsrechtliche Schritte für möglich, behält sich aber auch vor andere Instrumente einzusetzen („integrierter Ansatz“). Die EU-Kommission will im Dezember einen Vorschlag vorlegen. Umweltverbände fordern rechtlich verbindliche Regelungen, die eine CO<sub>2</sub>-Reduktion bei Pkw auf 120 g/km bis 2012 und langfristig auf 80 g/km bis 2016 vorschreiben. Das dritte wichtige Thema werden Abgaswerte für Pkw (Euro 5 und 6) sein.

### **Schutz der biologischen Vielfalt**

Das BMU plant, während der deutschen Präsidentschaft die Vorbereitungen für die 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) der Biodiversitätskonvention (CBD) zu starten. Die Konferenz wird im Frühjahr 2008 in Bonn stattfinden. Wesentliche Punkte sind der Zugang und die gerechte Nutzenverteilung („access and benefit sha-

ring“), die Folgen des Klimawandels für die biologische Vielfalt und mögliche Anpassungsstrategien sowie die Einbeziehung der Wirtschaft in den Schutz der Biodiversität.

Als weitere wichtige Themen, die während des ersten Halbjahres 2007 eine Rolle spielen werden, nennt das Bundesumweltministerium die Lissabon-Strategie, die Begrenzung gefährlicher Stoffe im Bereich Wasser, die Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie, die Chemikaliengesetzgebung (REACH, Quecksilber u. a.) sowie den Bodenschutz. (ms) ■

### ● **Weitere Informationen**

Memorandum des BMU zu ökologischer Industriepolitik:  
[www.bmu.de/wirtschaft\\_und\\_umwelt/downloads/doc/38089.php](http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/downloads/doc/38089.php)

Schwerpunkte des BMU (Folienvortrag, PDF, 19 S., 170 kB):  
[www.europa-eische-bewegung.de/fileadmin/files\\_ebd/pdfs/rat2007de\\_bmu\\_themen.pdf](http://www.europa-eische-bewegung.de/fileadmin/files_ebd/pdfs/rat2007de_bmu_themen.pdf)

Forderungspapier der deutschen Umweltverbände:  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## Arbeitsprogramm der Bundesregierung für 2007

### Internetseite zur deutschen EU-Präsidentschaft geschaltet

Einen Monat vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft hat die Bundesregierung die offizielle Internetseite [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) für die EU-Ratspräsidentschaft frei geschaltet und gleichzeitig ihr Arbeitsprogramm vorgestellt. Unter dem Motto „Europa gelingt gemeinsam“ stellt sie darin ihre Schwerpunkte für das erste Halbjahr 2007 vor.

#### **www.eu2007.de**

Die Website der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist ab 1. Januar 2007 unter der Adresse [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de) in drei Sprachen (deutsch, englisch, französisch) erreichbar. Das Angebot umfasst den Terminkalender, einen umfangreichen Medienservice mit Presseprogrammen zu den Großveranstaltungen, Fotoservice, RSS-Feeds, Newsletter, Routenplaner und Wettervorhersage sowie alle offiziellen Verlautbarungen des deutschen EU-Vorsitzes.

Wichtige Themen im Arbeitsprogramm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind (vgl. auch EUR 11/06, S. 8):

- 50 Jahre Römische Verträge: „Berliner Erklärung“ der EU-Staats- und Regierungschefs am 25. März 2007
- die Europäische Verfassung
- Wachstum und Beschäftigung
- Klimaschutz und Energiepolitik
- Sicherheitspolitik
- aktive Außenpolitik und Migration

Das Thema Klimapolitik wurde im internen Abstimmungsprozess in den letzten Wochen gestärkt. Im Vergleich zu den Entwürfen von Anfang November fand ein zusätzlicher Artikel Eingang in die Einleitung des Arbeitsprogramms, der die Bedeutung des Klimaschutzes hervorhebt. Neben der Darstellung der wichtigsten Themen enthält das Arbeitsprogramm einen Veranstaltungskalender im Anhang. (ms) ■

#### ● **Weitere Informationen**

DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## Verbände-Forderungen an die deutsche Ratspräsidentschaft

### Forderungen des NABU

Unter dem Motto „Impulse im europäischen Umweltschutz geben“ hat der Naturschutzbund Deutschland zehn Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Der NABU betrachtet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 als „von großer Bedeutung für die Zukunft der EU“. Gerade im Umweltbereich habe die EU das besondere Vertrauen der Bevölkerung - dies sollte gerade in Zeiten der „Euroskepsis“ genutzt werden! In einem Hintergrundpapier hat der NABU seine Forderungen an die Bundesregierung vorgestellt. Zu den wichtigsten Zielen gehören die adäquate Verankerung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung und der Stopp des Artensterbens bis zum Jahr 2010.

### EU-Memorandum von Vier Pfoten

Die Tierschutzstiftung Vier Pfoten, seit kurzem Mitglied im DNR, hat ein EU-Memorandum zum Tierschutz für die deutsche Präsidentschaft erarbeitet. Themen sind unter anderem der Europäische Aktionsplan zum Tierschutz, die Verbesserung der Haltungsstandards für Nutztiere, Tiertransporte, Importverbot für Wildvögel, Tierschutz in Deutschland und bei den WTO-Verhandlungen. Die 13 Forderungen und fünf geforderten Aktionsbereiche können im Internet nachgelesen oder als Druckfassung bestellt werden. (jg) ■

#### ● **Weitere Informationen**

Naturschutzbund (NABU), Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-0, Fax -84  
[www.nabu.de](http://www.nabu.de)  
Forderungen (PDF, 11 S., 133 kB):  
[www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/international/naturschutzinternational/4.pdf](http://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/international/naturschutzinternational/4.pdf)

Vier Pfoten - Stiftung für Tierschutz, Dorotheenstr. 48, 22301 Hamburg  
Tel. 040 / 399249-0, Fax -99  
EU-Memorandum (PDF, 17 S., 1,7 MB):  
[www.vier-pfoten.de/website/output.php?id=1176&idcontent=2183](http://www.vier-pfoten.de/website/output.php?id=1176&idcontent=2183)

Weitere Forderungen einzelner Verbände:  
[www.eu-koordination.de/?page=22#Verweis\\_2](http://www.eu-koordination.de/?page=22#Verweis_2)

### Termine zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

...finden Sie auf Seite 36 und im Internet:

#### **www.eu-koordination.de**

Terminseite der DNR-EU-Koordination:  
[www.eu-koordination.de/?page=24](http://www.eu-koordination.de/?page=24)

#### **www.bundesregierung.de**

Termine im Arbeitsprogramm der deutschen Bundesregierung:

[www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2006/11/anlagen/2006-11-29-eu-praesidentschaftsprogramm,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2006/11/anlagen/2006-11-29-eu-praesidentschaftsprogramm,property=publicationFile.pdf)

#### **www.eu2007.de**

Termine auf der offiziellen Seite der deutschen EU-Ratspräsidentschaft:  
[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)

## Deutschland zur G8-Präsidentschaft

### Leitmotiv „Wachstum und Verantwortung“

Unter dem Leitmotiv „Wachstum und Verantwortung“ will die deutsche Bundesregierung am 1. Januar 2007 in den Vorsitz über die G8 starten. Die „Ausgestaltung der globalen Weltwirtschaft“ und „Afrika“ sollen im Mittelpunkt des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs im Juni in Heiligendamm (Mecklenburg) stehen.

### Wirtschaftspolitische Agenda: Nachhaltigkeit heißt Ressourcenschutz

Unter der Überschrift „Investitionen, Innovationen und Nachhaltigkeit“ sollen folgende Schwerpunkte auf der wirtschaftspolitischen Agenda zur Stabilisierung der globalen Handels- und Finanzbeziehungen stehen:

- Abbau globaler Ungleichgewichte (Leistungsbilanzdefizit in den USA, unzureichende Binnendynamik in Europa und Japan und Anwachsen der Währungsreserven in Asien).
- Maßnahmen zur Verbesserung der systemischen Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte.
- Investitionsfreiheit in Industrie- und Schwellenländern, Thematisierung weltweiter Investitionsbedingungen, soziale Dimension der Globalisierung.
- zentrale Bedeutung von Innovationen in wissensbasierten Gesellschaften, Schutz von Innovationen gegen Produkt- und Markenpiraterie.

### Hintergrund: Die G8

Der Gruppe der Acht (G8) gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada (seit 1976) und Russland (seit 1998) an. Außerdem ist die Europäische Kommission bei allen Treffen vertreten. Die G8 sind ein informelles Forum der Staats- und Regierungschefs. Die Organisation der Treffen wird vom jeweiligen Vorsitz für ein Jahr übernommen.

### www.g-8.de

...ist die offizielle Internetseite der deutschen G8-Präsidentschaft.

### www.g8-germany.info

...ist die Seite der deutschen G8-NGO-Plattform, eines Bündnisses von Nichtregierungsorganisationen.

- Herausforderungen des nachhaltigen Umgangs mit Ressourcen; das Thema Energieeffizienz soll einen hohen Stellenwert bekommen, der weltweite Klimaschutz und der Kyoto-Prozess sollen eine gewichtige Rolle spielen.

### Afrika: Investitionssicherheit für G8

Von der deutschen G8-Präsidentschaft solle eine positive Botschaft des Vertrauens in die Zukunft Afrikas ausgehen, heißt es im Arbeitsprogramm: „...die afrikanischen Staaten sollen Strukturen entwickeln, die private Investitionen erleichtern.“ Armutsbekämpfung, HIV/Aids, Demokratie, Korruptionsbekämpfung, mehr Eigenverantwortung und mehr Souveränität über Rohstoffe stehen darüber hinaus auf der Agenda.

### Fachministertreffen in Deutschland

Während der deutschen G8-Präsidentschaft werden eine Reihe von G8-Fachministertreffen zu unterschiedlichen Ressortthemen in Deutschland tagen. Auf diesen Treffen sollen auch die Gipfelthemen mit vorbereitet werden.

### Kritik aus entwicklungspolitischer Sicht

In dem NGO-nahen Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung wird die deutsche G8-Agenda kritisch eingeschätzt. Sie sei „alles andere als ein Anlass zum Jubel“. Statt der Rückbesinnung auf die makroökonomischen Koordinationsaufgaben der Gipfel wolle die Bundesregierung der Wirtschafts- und der Entwicklungspolitik (d. h. Afrika) formal einen gleichrangigen Stellenwert geben. Die konkrete Ausgestaltung beider Tagesordnungspunkte sei jedoch so, dass man sich frage, wessen Probleme damit eigentlich gelöst werden sollten. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Deutsche G8-Präsidentschaft  
www.g-8.de

G8-NGO-Plattform, Am Michaelshof  
8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 92399351  
eMail: mona@forumue.de  
www.g8-germany.info

Kommentar in „Weltwirtschaft & Entwicklung“:  
www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/02c465987c0949801.php

Termine der deutschen G8-Präsidentschaft 2007 (Stand 1.12.2006)	
G7-Finanzministertreffen in Essen	9./10.2.
<b>G8-Umweltministertreffen in Potsdam</b>	<b>15.-17.3.</b>
G8-Entwicklungsministertreffen in Bonn	26./27.3.
G8-Arbeitsministertreffen in Dresden	6.-8.5.
G8-Finanzministertreffen	18./19.5.
G8-Justiz- und Innenministertreffen	23.-25.5.
G8-Außenministertreffen in Potsdam	30.5.
<b>G8-Gipfel in Heiligendamm</b>	<b>6.-8.6.</b>
G8-Außenministertreffen am Rande der UN-Vollversammlung in New York	20.9.

## Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2007

### Top-Thema Klima und Energie

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat Mitte November das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2007 vorgestellt. Vor dem Europäischen Parlament präsentierte er 21 Initiativen, mit denen die strategischen Ziele der Kommission - Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und außenpolitische Verantwortung - erreicht werden sollen.

### Thema auch beim EU-Gipfel im März

Als eines der wichtigsten Themen nannte Barroso dabei die Energie- und Klimapolitik. Die Kommission will vor allem Energieeffizienz und den Kampf gegen den Klimawandel in den Vordergrund rücken. Dafür wird sie voraussichtlich im Januar einen Vorschlag für einen „Aktionsplan Europäische Energiepolitik“ vorlegen, über den der Europäische Rat am 8. und 9. März beraten wird. Ein wesentliches Ziel ist es laut Barroso, die Entwicklung von „CO<sub>2</sub>-armen Technologien“ voranzutreiben. Umweltorganisationen kritisieren, dass mit dieser euphemistischen Bezeichnung vor allem Atomstrom und CO<sub>2</sub>-Sequestrierung gemeint seien, und fordern einen stärkeren Fokus auf Einsparungen, Erneuerbare Energien und Effizienz.

### Weitere Umweltthemen im 21-Punkte-Katalog

Darüber hinaus enthält der 21-Punkte-Katalog der EU-Kommission einige weitere umweltpolitische Themen:

- die Vollendung des liberalisierten Strom- und Gasmarktes,
- die Überarbeitung des Europäischen Emissionshandelssystems an,
- ein Grünbuch zu städtischem Verkehr, eine Initiative zu CO<sub>2</sub>-Sequestrierung,
- ein Richtlinienvorschlag für die Beschränkung von Emissionen für Lkw (Euro VI),
- weitere Maßnahmen gegen Luftverschmutzung,
- ein Aktionsplan für nachhaltige Produktion und
- eine Überarbeitung des Aktionsplans für Umwelttechnologien.

### Im Anhang das Kleingedruckte:

#### „Bürokratieabbau“ bei Umweltregeln

In einem Anhang listet die Kommission auf, in welchen Politikfeldern sie Maßnahmen zum Bürokratieabbau („better regulation“) ergreifen will. Auch hier finden

sich zahlreiche umweltrelevante Vorschriften. So sollen das europäische Umweltmanagementsystem EMAS, das Umweltzeichen (EU-Blume) und die vorhandenen Gesetze zu Emissionen von Industrieanlagen (z. B. IVU-Richtlinie) hinsichtlich ihrer bürokratischen Regelungen überprüft werden. Damit bekommt die Initiative von Industriekommissar Günter Verheugen, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis zum Jahr 2012 um 25 Prozent zu reduzieren, besonderes Gewicht (siehe nebenstehenden Artikel). (ms) ■

### • Weitere Informationen

Quellen:

[www.ec.europa.eu/atwork/programmes/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/atwork/programmes/index_en.htm)  
ENDS Europe Daily, 16.11.06

## Forcierter Bürokratieabbau

### Ziel: 25 % weniger

#### Verwaltungsaufwand bis 2012

Die Europäische Kommission will den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis zum Jahr 2012 um 25 Prozent reduzieren. Dieses Ziel nannte der zuständige Kommissar Günter Verheugen als Resultat eines Zwischenberichts über die Initiative für „bessere Gesetzgebung“ (better regulation) auf einer Pressekonferenz am 14. November in Brüssel. Gleichzeitig präsentierte er eine Liste mit 43 neuen Vorhaben, die - zusätzlich zu den bereits laufenden mehr als 100 Vorhaben - in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden sollen.

### Überprüft werden auch Teile der Umweltgesetzgebung

Unter den Gesetzen, die einer Überprüfung unterzogen werden sollen, sind auch einige umweltpolitisch wichtige Vorschriften, wie etwa die Abfallrahmenrichtlinie, die Umweltmanagement-Richtlinie EMAS, die Richtlinie zur „Integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung“ (IPPC) oder die thematischen Strategien für Pestizide und Luftreinhaltung.

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat das Thema Bürokratieabbau zu einem Schwerpunkt für die nächsten Jahre ernannt. Ziel ist es, im Sinne der Lissabon-Strategie den Verwaltungsaufwand und damit die Kosten für europäische Unternehmen zu senken und so die Wettbewerbsfähigkeit der EU im globalen Markt zu stärken. Die Kommission sieht dafür drei grundsätzliche Möglichkeiten:

- Rücknahme oder Modifizierung von Gesetzesvorschlägen, die sich noch im Rechtssetzungsprozess befinden: Dafür hat die Kommission etwa 100 laufende Vorhaben aufgelistet, die entweder vollständig gestrichen oder in wesentlichen Punkten abgeändert werden sollen.
- Vereinfachung existierender Vorschriften: Im Oktober 2005 hat die Kommission damit begonnen, bestehende Richtlinien und Vorschriften zu überprüfen. Der Fokus liegt zunächst auf den Bereichen Kfz, Bau und Abfall.
- Bessere Qualität von neuen Gesetzesvorhaben: In Zukunft soll das Instrument der Folgenabschätzung konsequenter eingesetzt werden. Es soll ein Ausschuss eingerichtet werden, der die durchge-

fürten Folgenabschätzungen für neue Gesetze überprüfen soll.

Außerdem will die EU-Kommission im Frühjahr 2007 einen neuen Aktionsplan vorlegen, der konkrete Vorschläge für die Messung und Reduzierung des Verwaltungsaufwandes enthalten soll.

Die deutsche Bundesregierung hat den Bürokratieabbau als zentrales Thema auf die Tagesordnung für ihre EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gesetzt. Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßte bei einer Rede anlässlich der Verleihung des „Visions for Europe Award“ am 14. November die starke Betonung des Bürokratieabbaus durch die Kommission. Dadurch könne das Vertrauen der Bürger in die Europäische Politik gestärkt werden. Als konkrete Maßnahme forderte Merkel, dass eine Richtlinie, die von der Kommission vorgeschlagen wurde, aber nicht innerhalb einer parlamentarischen Periode verabschiedet und damit rechtlich wirksam geworden ist, verfallen soll. Bei Bedarf könne sie in der nächsten Legislaturperiode erneut eingebracht werden.

#### **Umweltverbände: Bürokratieabbau ja, Deregulierung nein**

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßt zwar grundsätzlich das Vorhaben, unnötige Bürokratie zu vermeiden bzw. abzubauen. Gleichzeitig warnt es aber davor, Vereinfachung von Gesetzgebung mit Deregulierung gleichzusetzen. So dürfe die Folgenabschätzung nicht ausschließlich auf die Bewertung von Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit verengt werden. Vielmehr müssten ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden. Dass das Bestreben nach besserer Rechtsetzung auch für industriepolitische Ziele missbraucht werden könne, zeige das Beispiel der Chemikaliengesetzgebung (REACH). Dabei seien die Vorschriften durch die vielen Zugeständnisse an die Chemie-Industrie nicht vereinfacht, sondern stark verkompliziert worden. (ms) ■

#### • **Weitere Informationen**

EU-Kommission zu „better regulation“:  
[www.ec.europa.eu/enterprise/regulation/better\\_regulation/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/enterprise/regulation/better_regulation/index_en.htm)  
 Brief des EEB an die EU-Kommission:  
[www.eeb.org/activities/General/letter-Competitiveness-Council-051005.pdf](http://www.eeb.org/activities/General/letter-Competitiveness-Council-051005.pdf)

## **Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet**

### **Große Mehrheit im EU-Parlament**

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament am 15. November die Dienstleistungs-Richtlinie in der zweiten Lesung angenommen. Die Richtlinie soll es Handwerkern, Freiberuflern und anderen Unternehmern ermöglichen, in anderen EU-Mitgliedstaaten ihre Dienste anzubieten. Die drei größten Fraktionen EVP-ED (Konservative), SPE (Sozialdemokraten) und ALDE (Liberale) sprachen sich für den gemeinsamen Standpunkt aus, den Ministerrat und Parlament im Frühsommer verhandelt hatten. ▼

Damit ist eines der umstrittensten Gesetzgebungsverfahren in der Geschichte der EU weitgehend abgeschlossen. Die Mitgliedstaaten haben nun drei Jahre Zeit, die Regelungen der Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

### **Umstrittenes Herkunftslandprinzip**

Besonders umstritten war das Herkunftslandprinzip, nach dem ein Unternehmen in einem anderen EU-Land Dienstleistungen hätte anbieten können, ohne die spezifischen Vorschriften dieses Landes beachten zu müssen. Vor allem zivilgesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften hatten eine Aufweichung von sozialen und ökologischen Schutzstandards befürchtet. In der nun verabschiedeten Richtlinie wurde das Herkunftslandprinzip durch den Begriff „freier Dienstleistungsverkehr“ ersetzt (Artikel 16).

Danach werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die „freie Aufnahme und für freie Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten“ sicherzustellen. Dieser Passus wird aber insofern eingeschränkt, dass es weiter heißt: „Diese Bestimmungen hindern den Mitgliedstaat (...) nicht daran, Anforderungen in Bezug auf die Erbringung von Dienstleistungen zu stellen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, des Umweltschutzes und der öffentlichen Gesundheit gerechtfertigt sind“, solange diese „nicht diskriminierend, notwendig und verhältnismäßig“ seien.

### **Unterschiedliche Reaktionen**

Die sozialdemokratische Berichterstatterin des Parlaments, Evelyne Gebhardt, sowie Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy zeigten sich zufrieden. Mit der Dienstleis-

tungsrichtlinie sei es gelungen, so Gebhardt, „die Menschen stärker in den Mittelpunkt der Politik zu rücken (...) und die Rechte der Verbraucher zu sichern.“

### **Kritik von Grünen, Linken und Attac**

Nicht einverstanden mit dem Kompromiss zeigten sich die Fraktionen Grüne/EFA und GUE/NGL (Linke) im Europäischen Parlament. Die deutsche Grünen-Abgeordnete Heide Rühle kritisierte, dass soziale Dienste nicht von der neuen Regelung ausgenommen seien und die komplizierte Sprache für zusätzliche rechtliche Unklarheiten Sorge. Die Abgeordnete der Linken Felekna Uca sieht darüber hinaus das Herkunftslandprinzip kaum entschärft und „Sozialdumping nicht wirksam verhindert“. Auch Attac Deutschland führte die gleichen Hauptkritikpunkte an und verurteilte die Entscheidung des Parlaments scharf. Die Organisation fürchtet den Verlust von Arbeitsplätzen und vermehrte Armut. (ms)

#### • **Weitere Informationen**

Europäisches Parlament:  
[www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2006\\_4/PM\\_061115\\_1](http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2006_4/PM_061115_1)

Fraktion Grüne/EFA im EU-Parlament:  
[www.heide-ruehle.de/heide/fe/doc/531](http://www.heide-ruehle.de/heide/fe/doc/531)

Attac Deutschland:  
[www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/bolkestein1.php](http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/bolkestein1.php)

## Neuorientierung in der Erweiterungspolitik?

### EU-Kommission sucht gesellschaftlichen Konsens

Die Europäische Kommission hat eine Initiative gestartet, um die Akzeptanz einer Erweiterung der EU zu stärken. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Aufnahme Rumäniens und Bulgariens, der Gespräche mit Kroatien und weiteren Balkan-Staaten sowie der Debatte um die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei lancierte sie im November einen Vorschlag für einen neuen Erweiterungskonsens. Der zuständige Kommissar Olli Rehn begründete die Initiative: „Die Erweiterung braucht die breite Unterstützung der Völker Europas. Aus diesem Grund müssen wir einen neuen Erweiterungskonsens bilden, der darin besteht, einerseits die strategische Bedeutung der Erweiterung anzuerkennen und andererseits die Funktionsfähigkeit der EU zu gewährleisten.“

In ihrem Vorschlag bemüht sich die Kommission, Lehren aus den bisherigen Erweiterungen zu ziehen. Sie regt an, während der Erweiterungsverhandlungen folgende Kriterien verbindlich zu machen:

- Eine Bewertung der Fähigkeit der EU zur Integration eines bestimmten Landes in allen wichtigen Phasen des Erweiterungsprozesses. Diese Bewertung soll sich u. a. auf die Auswirkungen des Beitritts auf die Institutionen, den Haushalt und die Politik - insbesondere die Agrar- und Strukturpolitik - der EU beziehen.
- Die Berücksichtigung der Ergebnisse des wirtschaftlichen und politischen Dialogs im Rahmen der Beitrittsverhandlungen.
- Eine systematischere Verwendung von Benchmarks<sup>1</sup> als Maßstab für die Eröffnung und Schließung der einzelnen Verhandlungskapitel.
- Die Notwendigkeit, Fragen der Justizreform, der Verwaltungskapazität und der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität in einem frühen Stadium des Beitrittsprozesses anzugehen.

<sup>1</sup> Benchmarking: Formalisierter Vergleich von Leistungsmerkmalen

### Mehr Öffentlichkeit bei Beitrittsverhandlungen

Dabei sei es von wesentlicher Bedeutung, die europäische Bevölkerung frühzeitig und intensiv in den Erweiterungsprozess einzubinden. „Die Union muss mehr zuhören und mit ihren Bürgern besser kommunizieren“, meinte Rehn. Um den zivilgesellschaftlichen Dialog zu fördern, wolle die Kommission Informationen und wichtige Dokumente im Zusammenhang mit den Beitrittsverhandlungen in Zukunft öffentlich zugänglich zu machen.

### Rumänien und Bulgarien: Beitritt zum Jahreswechsel

Währenddessen bereitet sich die EU auf den Beitritt ihrer beiden neuesten Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien am 1. Januar 2007 vor. Nachdem sich die Ernennung des rumänischen Kommissars verzögert hatte, berief Kommissionspräsident José Manuel Barroso nun Leonard Orban, der als Staatssekretär den Beitritt seines Landes zur EU vorbereitet hat. Orban wird für Mehrsprachigkeit zuständig sein, was für Spott bei einigen EU-Parlamentariern sorgte, die eine solche Zuständigkeit für überflüssig halten. Das Europäische Parlament hat die beiden Neuen am 27. November in einer Anhörung befragt und akzeptiert.

### Türkei: Kein Ergebnis im Streit um Zypern

Der Streit zwischen der Europäischen Union und der Türkei spitzt sich dagegen weiter zu. Ende November hatte Erweiterungskommissar Rehn der Türkei ein Ultimatum gesetzt. Danach hätten die Streitigkeiten bis zum Ministerrat für Allgemeine und Auswärtige Angelegenheiten Mitte Dezember beigelegt sein sollen. Doch sämtliche Vermittlungsversuche scheiterten. Nun wird der Rat über das weitere Vorgehen zu entscheiden haben. Auswirkungen auf die Beitrittsverhandlungen gelten als sehr wahrscheinlich.

Im Kern geht es bei dem Streit um die Zypernfrage. Die EU fordert, dass die Türkei die Zollunion auf alle EU-Staaten ausdehne, also auch auf Süd-Zypern, das vorwiegend von Griechen bewohnt wird. Bis Ende des Jahres müssten die Flughäfen und Häfen der Türkei auch für zypriotische Flugzeuge und Schiffe geöffnet werden, so Rehn. Ankara fürchtet, dass ein solcher Schritt einer De-facto-Anerkennung Zyperns gleich käme, und stellt sich auf den Standpunkt, dass die Zypernfrage

mit einem möglichen EU-Beitritt nichts zu tun habe. Stattdessen fordert der türkische Außenminister Abdullah Gül, dass die EU die Isolation des türkisch dominierten Nord-Zypern beenden müsse.

### Fortschrittsbericht: Ankara bremst Reformtempo

In ihrem aktuellen Fortschrittsbericht über die Beitrittskandidaten stellte die Europäische Kommission der Türkei ein kritisches Zeugnis aus. Das Land habe zwar seine politischen Reformen fortgesetzt, das Reformtempo habe sich aber in den vergangenen zwölf Monaten verlangsamt, fasst Olli Rehn die Stellungnahme zusammen. Speziell kritisiert wurde, dass die Türkei die Rechte von Gewerkschaften, nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften und Frauen noch immer nicht ausreichend schütze. Auch sei eine bessere zivile Kontrolle der Streitkräfte notwendig.

Gleichzeitig verweist die Kommission darauf, dass die Türkei ein wichtiger Partner für die EU sei. „Europa braucht eine stabile, demokratische und zunehmend wohlhabende Türkei, die mit ihren Nachbarn in Frieden lebt und konsequent auf dem Weg der Modernisierung und der Übernahme europäischer Werte voranschreitet. Dies ist der Grund, weshalb die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufnahm.“, sagte Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

### Kroatien und Balkanländer: EU sieht Fortschritte

Dem Beitrittskandidat Kroatien bescheinigte die Kommission, dass die Beitrittsverhandlungen einen guten Anfang genommen hätten. Fortschritte habe Kroatien etwa bei der Anpassung seiner Rechtsvorschriften gemacht. Gleichzeitig stünden noch große Anstrengungen in so zentralen Bereichen wie Justizreform, Korruptionsbekämpfung und Wirtschaftsreform bevor. Die anderen Länder des westlichen Balkans - Mazedonien, Albanien, Bosnien, Serbien und Montenegro -, die Stabilisierungs- und Assoziierungsverträge mit der EU unterzeichnet haben, erzielten laut Kommissar Rehn weitere Fortschritte. (ms) ■

### • Weitere Informationen

[www.ec.europa.eu/enlargement/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm)

## Gastbeitrag Ressourcenproduktivität als Ziel der Europäischen Union

von Philipp Schepelmann, Wuppertal  
Institut

### Umweltausschuss des Parlaments lässt Ressourcenstrategie prüfen

Im Jahr 2001 hat die Europäische Kommission das Sechste Umweltaktionsprogramm als langfristigen strategischen Rahmen ihrer Umweltpolitik vorgestellt. Konkrete Ziele, Zeitpläne und Umsetzungspläne sollten nicht im Aktionsprogramm selber, sondern in sieben so genannten „thematischen Strategien“ formuliert werden. Diese Strategien, die im Gegensatz zum Sechsten Umweltaktionsprogramm nicht Gegenstand der Mitentscheidung von Kommission, Rat und Parlament sind, sollten fünf Jahre nach dem Erscheinen des Umweltaktionsprogramms veröffentlicht werden. Die thematische Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen erschien im Dezember 2005 veröffentlicht. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat hierzu eine Studie beim Wuppertal Institut in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse wurden kürzlich veröffentlicht.

### Wuppertal Institut: Thematische Strategie braucht Ziele und Zeitpläne

Statt der angekündigten Ziele, Zeitpläne und Umsetzungspläne präsentierte die Europäische Kommission eine thematische Strategie, die als Ausgangspunkt eines Prozesses interpretiert werden muss, der möglicherweise zu effektiven Maßnahmen führen könnte. Die im Sechsten Umweltaktionsprogramm formulierten strategischen Ziele erfüllt die thematische Strategie jedoch nicht.

Daher schlägt das Wuppertal Institut vor, dass die thematische Strategie in einer Weise gestärkt werden sollte, die eine umgehende zielorientierte Umsetzung von Maßnahmen ermöglichen könnte. Dies setzt jedoch die Festlegung von Zielen und Zeitplänen voraus.

### Tragfähigkeit und Entkopplung

Für das erste allgemeine Ziel des Sechsten Umweltaktionsprogramms (die Sicherstellung, dass der Konsum von erneuerbaren und nicht-erneuerbaren Ressourcen und die damit verbundenen negativen Folgen nicht die Tragfähigkeit der Umwelt überfordern) wäre dies kaum möglich, da

dieses Ziel in seiner Allgemeinheit zwar gut klingt, jedoch nur in Einzelfällen konkretisierbar und damit überprüfbar ist. Das zweite allgemeine Ziel des Sechsten Umweltaktionsprogramms (Entkopplung von Ressourcennutzung und Wirtschaftswachstum durch eine signifikante Erhöhung der Ressourceneffizienz, Dematerialisierung der Ökonomie und Abfallvermeidung) ist jedoch bereits messbar und umsetzbar und dient letztlich der Verminderung schädlicher Umweltwirkungen. So ist die Erhöhung der Ressourcenproduktivität z. B. bereits Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

### Indikatoren für Verbrauch und Ressourcenproduktivität

In seiner Studie für das Europäische Parlament definiert das Wuppertal Institut quantitative Ziele zur Verbesserung der Ressourcenproduktivität der Europäischen Union. Eine erhebliche Verbesserung der Ressourcenproduktivität wäre eine Zielsetzung, die umwelt- und sozioökonomische Ziele miteinander integrierte. Die damit verbundene Anpassung der Produktivitätsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten würde die wirtschaftliche Kohärenz und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft steigern. Dies wäre der wesentliche interne Aspekt dieser Zielsetzung der Ressourcenstrategie. Die externe Dimension der Strategie wäre gekennzeichnet durch eine verminderte Verlagerung von Umweltbelastungen von der EU in andere Länder. Um sowohl diese internen als auch die externen Effekte zu erzielen, sollte die Verbesserung der Ressourcenproduktivität auf eine absolute Reduktion des europäischen Ressourcenverbrauchs einschließlich seines ökologischen Rucksacks auch in Ländern außerhalb der EU abzielen. Hierfür schlägt das Wuppertal Institut folgende Ziele und Indikatoren vor:

#### Oberziel:

Eine absolute Verringerung des Ressourcenverbrauchs der Europäischen Union von 2010 bis 2030 um 25 Prozent.

Indikator: Total Material Requirement (TMR). Dieser Indikator wird alle 3-5 Jahre von dem in der thematischen Strategie vorgesehenen Datenzentrum erhoben. Jährlich kann der Indikator Direct Material Input (DMI) erhoben und eingesetzt werden.

#### Operationelles Ziel:

Unter der Annahme eines jährlichen Wachstums des EU-Bruttosozialprodukts um 2,5 Prozent würde die absolute Reduzierung von 2010 bis 2030 um 25 Prozent einer jährlichen Verbesserung der Ressourcenproduktivität um 4 Prozent entsprechen. Dies wäre eine Verdoppelung der derzeitigen Produktivitätssteigerung der EU-Wirtschaft von 2 Prozent. Indikator: Ressourcenproduktivität (Bruttosozialprodukt geteilt durch Total Material Requirement, BSP/TMR). Dieser Indikator kann alle 3-5 Jahre durch das geplante Datenzentrum erhoben werden. Auf jährlicher Basis kann die Materialproduktivität (BSP/DMI) eingesetzt werden.

#### Mit messbaren Zielen zu einer echten politischen Strategie

Quantitative Ziele mit Zeitvorgaben hätten Auswirkungen auf die gesamte Thematische Strategie. Die Arbeiten des unter der thematischen Strategie einzurichtenden Datenzentrums, des High Level Forums und des Internationalen Panels für eine nachhaltige Ressourcennutzung würden dadurch unterstützt. Quantitative Ziele könnten die angestrebten Ergebnisse messbar machen und damit auch eine Überprüfung der Strategie ermöglichen. Insgesamt könnte sich die Europäische Union einer echten politischen Strategie für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen annähern, die nicht nur auf die Erfassung und Verarbeitung von Daten abzielte, sondern auf Maßnahmen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität der europäischen Wirtschaft. ■

#### • Weitere Informationen

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Dr.-Ing. Philipp Schepelmann, Forschungsgruppe Stoffströme und Ressourcenmanagement, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal  
Tel. 0202 / 2492-242, Fax -138  
eMail:  
philipp.schepelmann@wupperinst.org  
www.wupperinst.org

Studie (PDF-Download, 42 S., 550 kB):  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/externalexpertise/ieep\\_6leg/sustainable\\_use\\_of\\_natural\\_resources.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/externalexpertise/ieep_6leg/sustainable_use_of_natural_resources.pdf)

## Gastbeitrag Die neuen Ziele der EU-Handelspolitik

von Michael Frein, EED, und Peter Fuchs,  
WEED

### Mehr Einfluss für Konzerne, mehr Bilateralismus, weniger Demokratie

Externe Wettbewerbsfähigkeit heißt das Schlagwort, unter dem die EU-Kommission am 4. Oktober 2006 ihre neue handelspolitische Strategie veröffentlicht hat. Was unter dem verdächtig unverdächtigen Titel „Global Europe: Competing in the World“<sup>1</sup> daherkommt, ist in Wahrheit harter Tobak: eine aggressive (oder, wie es die Kommission formuliert: stärker aktive) Politik zur Öffnung der Märkte von Entwicklungs- und insbesondere Schwellenländern im Rahmen einer ganzen Reihe neuer, bilateraler Handelsabkommen. Eloquenten Formulierungen und die eine oder andere Nachhaltigkeitsfloskel in der öffentlich präsentierten Hochglanzbroschüre, so muss befürchtet werden, sollen die wahre Substanz verdecken. Diese Vermutung wird gestützt durch die ungeschminkte Sprache der Entwurfsfassung, die die Kommission gerne geheim gehalten hätte, die aber inzwischen dennoch öffentlich zugänglich ist.<sup>2</sup>

### Liberalisierung des gesamten wirtschaftspolitischen Umfelds

In ihrer neuen handelspolitischen Strategie geht es der EU weniger um die weitere Senkung von Zöllen in Exportländern als vielmehr um eine Liberalisierung des gesamten ordnungs- und wirtschaftspolitischen Umfelds. Folglich zielt sie primär auf nicht-tarifäre Handelshemmnisse, Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Investitionsliberalisierung, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen - kurzum die gesamte Wunschliste europäischer Konzerne, die die Verhandlungsstrategie der Kommission in der WTO wie auch in bilateralen Freihandelsabkommen

ohnehin schon bestimmt, wenngleich bislang ohne viel Erfolg.

Doch damit nicht genug: Auch innerhalb der EU will die Kommission eine noch unternehmerfreundlichere Umgebung schaffen. Interne und externe „Reformen“ sollen zu einer schlüssigen Gesamtstrategie zusammengeführt werden.

### Die EU sucht bilateral den Weg des geringsten Widerstandes

Dabei macht die Kommissionsmitteilung vom 4. Oktober keinen Hehl daraus, dass selbst ein weit reichendes Ergebnis der aktuellen Doha-Runde in der WTO nicht ausreichend wäre, um die Forderungen von EU-Unternehmen und EU-Kommission zu erfüllen. All die Verhandlungsziele, die die EU in der WTO nicht hat durchsetzen können, wird sie zukünftig in bilateralen Prozessen anstreben - einschließlich der Singapur-Themen Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen, die auf Druck der Entwicklungsländer bei der WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko) im September 2003 von der multilateralen Verhandlungsagenda gestrichen wurden. Dies ist durchaus paradigmatisch für das EU-Vorgehen: Dass die Entwicklungsländer die Singapur-Themen auf der WTO-Ebene entschieden abgelehnt hatten, nötigt sie nicht zu einer Änderung ihrer Ziele, sondern lediglich der Wege dorthin. Nun treibt die EU ihre Interessen eben auf der bilateralen Ebene voran, wo ein geringerer Widerstand vermutet wird.

### Ungehinderter Zugang zu Rohstoffen und Energie

Die neue Generation bilateralen bzw. regionaler Freihandelsabkommen soll sehr viel ambitionierter sein als die heutigen Verträge. Sie soll den Marktzugang für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen sichern und dabei mindestens volle Parität mit den Vorteilen erreichen, die einige EU-Handelspartner anderen Staaten (etwa den USA) schon gewähren. Aber darüber hinaus soll auch tief in die jeweiligen Regulierungsregime der Partnerländer eingegriffen werden, um etwaige Hemmnisse für europäische Export- und Investitionsinteressen aus dem Weg zu räumen. Und, ganz wichtig und ein besonderes Anliegen der deutschen Unternehmen und der Bundesregierung<sup>3</sup>: Der

ungehinderte Zugang zu Energie und Rohstoffen soll besonders entschlossen angegangen werden. Exportzölle oder mengenmäßige Beschränkungen gegenüber dem europäischen Hunger nach Energie, Metallen und Primärrohstoffen sowie bestimmten Agrarrohstoffen sollen aus dem Weg geräumt werden. Gleiches gilt für so genannte diskriminierungsfreie Transitbedingungen und den Zugängen zu Export-Pipelines. Die Friedensbewegung weist in letzter Zeit zu Recht darauf hin, dass die Sicherstellung der Rohstoffzufuhr nach Europa nicht nur zunehmend Gegenstand der Handelspolitik wird, sondern auch immer stärker ins Visier von Sicherheitspolitik und militärischer Planspiele in Deutschland und Europa gerät.

### Handelspartner diktieren ihre Wünsche in die EU-Gesetzgebung

„Die richtige Politik zu Hause“ im Sinne einer Anpassung EU-interner Politik an die Anforderungen externer Wettbewerbsinteressen ist die Kehrseite des aggressiven Blicks nach außen. „Je besser unsere Vorschriften und Praktiken mit denen unserer wichtigsten Partner abgestimmt sind, desto besser für unsere Unternehmen“<sup>4</sup>, heißt es. Somit soll etwa der US-Regierung und US-Unternehmen sowie Vertretern anderer wichtiger Handelspartner ein direktes Mitspracherecht bei der EU-Gesetzgebung eingeräumt werden - ein aus demokratischer Sicht hoch problematischer Vorgang. Statt die ohnehin schon zu große Macht der Konzerne und ihres Lobbyings zu begrenzen und Europa zu demokratisieren, will die EU-Kommission die Konzernmacht sogar noch weiter ausbauen. Besonders erhellend sind die hierzu von der Kommission selbst in ihrem Mitteilungsentwurf genannten Vorbilder: „Eines der guten Beispiele war der Konsultationsprozess der REACH-Richtlinie, als die Stimme der Industrien außerhalb Europas gehört wurde. Es ist extrem wichtig, dass so etwas gleich von Anfang an richtig gemacht wird. Die CARS 21 High Level Gruppe ist ein weiteres gutes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und der Industrie, welche zu der Empfehlung führte, 38 EU-Richtlinien durch internationale Regeln zu ersetzen und Selbst- oder

1 Vgl. die deutsche Fassung „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ (PDF, 320 kB): [www.trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc\\_130468.pdf](http://www.trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130468.pdf)

2 Vgl. EU-Kommission, Generaldirektion Handel, Draft Communication on „External Aspects of Competitiveness“, Ref. 318/06, 28.09.06, [www.s2bnetwork.org/download/globaleurope\\_draft](http://www.s2bnetwork.org/download/globaleurope_draft)  
Auf Nachfrage äußerte sich das Bundeswirtschaftsministerium ausdrücklich zustimmend zu den unverblümt formulierten Inhalten dieses internen Entwurfs für den so genannten 133er Ausschuss.

3 Vgl. zur Position der Bundesregierung, die den EU-Kurs vollständig unterstützt: „Globalisierung

gestalten: Externe Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern - Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern. Positionspapier der Bundesregierung“, Juli 2006, [www.bmw.de](http://www.bmw.de)

4 Vgl. Mitteilung der EU-Kommission, 04.10.06, S. 8

virtuelle Tests von 25 weiteren Richtlinien einzuführen.“<sup>1</sup> Türen auf für den globalen Wettbewerb, so lautet das Credo der EU-Kommission, wobei sie die Frage, wie und ob überhaupt sich dies mit demokratischen Spielregeln verträgt, gar nicht erst in Erwägung zieht.

### Strategie mit Aggressionspotenzial

Neben EU-internen Verlierern und den vergleichsweise erfolgreichen Wettbewerbern in Industrie- und Schwellenländern haben auch die Bevölkerungen schwächerer und ärmerer Länder allen Grund zu Sorge. Dies zeigen die derzeit laufenden Verhandlungen zu den so genannten Economic Partnership Agreements (EPAs) mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen (AKP-)Staaten. Das aggressive Muster der Global Europe-Strategie findet auch hier in weiten Teilen Anwendung, etwa wenn es um das Durchsetzen der Singapur-Themen geht. Dass die AKP-Handelspartner ganz offensichtlich die von der Kommission betonten harten ökonomischen Kriterien für neue bilaterale Handelsabkommen nicht erfüllen, fällt dabei nicht ins Gewicht.

Zukünftig aber will die EU ihre bilateralen Verhandlungspartner verstärkt nach ökonomischen Kriterien auswählen: Die Marktgröße und dem Wachstumspotenzial, das Ausmaß des Protektionismus gegen EU-Exportinteressen und die Anzahl bilateraler Abkommen, die bereits mit anderen EU-Wettbewerbern wie den USA oder Japan bestehen, sollen bei der Auswahl von neuen bilateralen Verhandlungspartnern entscheidend sein. Tatsächlich kommen damit Länder und Regionen wie Indien, China, ASEAN und Südkorea sowie der Mercosur noch stärker ins Visier der EU-Außenwirtschaftsstrategie als arme und ärmste Länder in Afrika, der Karibik und dem Pazifik.

### Für EU-Unternehmen ein „Global Europe“ - für Opfer ein Trostpflaster

Dass die Umsetzung dieser Strategie in Europa auch soziale Probleme auslösen wird, weiß die EU-Kommission sehr wohl. Im Entwurfspapier findet sich dazu eine interessante Passage, die man im endgültigen Dokument vergeblich sucht: „Diese gegenteiligen Effekte anzugehen ist auch ein politischer Imperativ, der in der weiten Asymmetrie der Kosten [der Liberalisie-

rung] begründet ist. Diese [Kosten] sind insgesamt sehr begrenzt, aber in bestimmten Bereichen sehr konzentriert und sichtbar, während die positiven Effekte offener Märkte gewöhnlich diffus sind und wenig greifbar erscheinen.“<sup>2</sup> Mit anderen Worten: Die Gewinne sind gar nicht so leicht zu erkennen, die Kosten treten dafür umso deutlicher hervor. Das, so die Kommission weiter, unterstütze „direkt die Opposition gegen Marktöffnungen“<sup>3</sup>. Damit wäre die politische Absicherung der wirtschaftlichen Liberalisierung konkret gefährdet. Deshalb soll diesem Problem mit einem „European Globalisation Adjustment Fund“ begegnet werden, der die Anpassung an eine liberalisierte Wirtschaft erleichtern soll, indem er einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leistet. Gemessen am konzeptionellen Kern der EU-Strategie ist dieser Fonds jedoch nicht mehr als ein Trostpflaster.

### Europäische Konzerne haben erfolgreich lobbyiert

Die europäischen Unternehmen, vor allem die großen Konzerne, sind mit der neuen EU-Strategie hoch zufrieden. Dies äußerten UNICE, BDI und andere Sprachrohre von Big Business bereits in Presseerklärungen und öffentlichen Auftritten, etwa am 13. November bei einem öffentlichen Hearing von EU-Handelskommissar Mandelson in Brüssel. Das darf nicht verwundern, ist „Global Europe“ doch eher das Ergebnis massiver Lobbyarbeit und guter Zusammenarbeit von Kommission und Industrie als das Resultat eines breiten, demokratischen Meinungsbildungsprozesses. Von Beratungen demokratisch gewählter Gremien zur neuen EU-Strategie ist bislang jedenfalls europaweit nichts bekannt. Dabei haben allerdings die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die Kommissionsmitteilung in einer Entscheidung des Ministerrates (Allgemeiner Rat und Außenbeziehungen) vom 13.11.2006 bereits offiziell unterstützt.

### Bürger/innen sind nicht informiert

Allerdings würden sich die Bürgerinnen und Bürger der EU wohl doch wünschen, gefragt zu werden, ob sie eine solche Politik samt ihren Folgen tatsächlich mittragen wollen. Wenn sie denn davon wüssten. Denn unter anderem ist es wenig wahrscheinlich, dass die Opfer dieser

Strategie - nach Einschätzung der EU-Kommission im Entwurfspapier vor allem „die weniger qualifizierten und verwundbaren Arbeiter“ - den vorgeschlagenen Globalisierungsfonds für ausreichend halten. Hier sind insbesondere die Gewerkschaften aufgefordert, eine Antwort zu organisieren.

### Und die Armen im Süden?

Und die Armen in den Zielländern der EU-Strategie? Diese erwähnt die EU-Kommission mit keinem Wort. Dabei sind sie Armen im Süden von radikalen Marktöffnungen nicht weniger bedroht als die weniger Qualifizierten im Norden. Im Gegenteil: Fehlende alternative Einkommensquellen und soziale Sicherungssysteme bringen die Opfer der Globalisierung in Entwicklungsländern sehr viel schneller in prekäre Situationen.

### Ohne Transparenz und Gerechtigkeit kein zukunftsfähiges Europa

Das beeindruckt die EU-Kommission allem Anschein nach jedoch wenig. Bei der Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit der EU hat Gerechtigkeit für die Armen offenbar keinen Platz - nicht für die im Norden und erst recht nicht für die im Süden. Nicht nur deshalb sollte die Zivilgesellschaft, sollten Entwicklungs- und Umweltorganisation, Kirchen und Gewerkschaften nicht zögern, wieder einmal Transparenz und Gerechtigkeit in der europäischen und deutschen Handelspolitik einzufordern. Denn das globale Europa darf nicht auf die Interessen der europäischen Wirtschaftseliten ausgerichtet werden. Es geht hier um unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen, um uns als Bürgerinnen und Bürger - und darum, wie wir ein zukunftsfähiges Europa gestalten wollen, dass auch im globalen Maßstab einen Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit leistet. ■

### • Weitere Informationen

Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Michael Frein, Ulrich-von-Hasse-Str. 76, 53123 Bonn  
Tel. 0228 / 8101-2315, Fax -160  
eMail: michael.frein@eed.de  
www.eed.de

Weltwirtschaft und Entwicklung (WEED), Peter Fuchs, Torstr. 154, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275-82614 Fax -96928  
eMail: peter.fuchs@weed-online.org  
www.weed-online.org

<sup>1</sup> Vgl. Fußnote 2, EU, Ref. 318/06, S. 17.

<sup>2</sup> Vgl. Fußnote 2, vorige Seite, EU, Ref. 318/06

<sup>3</sup> Vgl. Fußnote 2, vorige Seite

## Newsticker

### Reformiert Pöttering das Parlament?

Der Druck auf Hans-Gert Pöttering, weitreichende Reformen im Europäischen Parlament durchzuführen, wächst. Der CDU-Abgeordnete übernimmt am 1. Januar den Vorsitz des Parlaments und folgt damit dem Sozialisten Josep Borell Fontelles. Dieser Wechsel geht zurück auf eine Übereinkunft zwischen den beiden großen Fraktionen des Parlaments - Konservativen und Sozialdemokraten - in der sie sich einigten, den Parlamentsvorsitz zur Hälfte der Legislaturperiode zu wechseln. Kleinere Fraktionen kritisieren diese Übereinkunft als undemokratisch und fordern in der Initiative „fair chair“, dass sich Pöttering einer fairen Wahl stellen soll. Um dennoch die Unterstützung der kleineren Parteien zu gewinnen, erklärte sich der Christdemokrat zu Gesprächen über eine mögliche Parlamentsreform bereit. Die Liberalen (ALDE) fordern z. B. wöchentliche Sitzungen in Brüssel als Ergänzung zu den monatlichen Sitzungen in Straßburg. (ms)

Quelle: European Voice, 16.-22.11., S. 2

### Zugang zu Umweltdaten: Einigung im Vermittlungsausschuss

Zukünftig sollen Behörden in Europa ihre Umweltdaten der Öffentlichkeit in einer gemeinsamen Datenbank zur Verfügung stellen. EU-Ministerrat und Parlament einigten sich über den Richtlinienentwurf („INSPIRE-Initiative“). Die Richtlinie verpflichtet nationale Behörden, eine große Bandbreite von Informationen zugänglich zu machen. Dazu zählen etwa geographische Bezeichnungen, Verwaltungseinheiten, Emissionen oder Schutzgebiete. Nach dem formalen Beschluss, der voraussichtlich im Februar gefällt wird, haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit für die Umsetzung. (ms)

Europäischer Rat: Pressemitteilung  
15679/06

### Neuer Anlauf zur strafrechtlichen Verfolgung von Umweltverbrechen

Die Kommission will noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zum wiederholten Mal vorlegen, der eine strafrechtliche Verfolgung von Umweltverbrechen ermöglichen soll. Besonderes Augenmerk gilt dabei der illegalen Verbringung von Giftmüll. Damit reagiert die Kommission auf den Giftmüll-Skandal in der Elfenbeinküste. Das Europäische Parlament begrüßte die Initiative und forderte die Regierungen

auf, den Vorschlag schnellstmöglich aufzugreifen. (ms)

ENDS Daily, 23.10.06, 26.10.06



### Umweltausschuss stimmt über Abfallrahmenrichtlinie ab

#### EU-Parlamentarier/innen:

#### Abfall-Hierarchie soll erhalten bleiben

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments (ENVI) hat erstmals über die Abfallrahmenrichtlinie abgestimmt und Änderungen zur thematischen Strategie für Abfallvermeidung und -recycling angenommen. Zwei Stunden wurde über die von Berichterstatterin Caroline Jackson (Konservative, Großbritannien) zusammengestellten 140 Änderungsanträge abgestimmt, 14 davon wurden angenommen. Grundsätzlich wollen die EU-Parlamentarier/innen, dass die Definition, wann ein Produkt zu Abfall und Abfall wiederum zum Produkt („end-of-waste“) wird, im Mitentscheidungsverfahren zusammen mit dem Parlament und nicht nur im Komitologieverfahren abgestimmt wird.

Friends of the Earth Europe (FoEE) und das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßten die fortschrittlichen Abfallvermeidungsziele. Die Umweltverbände kritisierten aber, dass keine zusätzlichen Maßnahmen zur Förderung von Recycling beschlossen wurden.

#### Abfall reduzieren, Hierarchie beibehalten - mit Ausnahmen

Der ENVI-Ausschuss sprach sich für ein verbindliches Müllvermeidungsziel für die EU-Mitgliedstaaten aus: Das Abfallaufkommen soll bis 2012 (statt des vorgeschlagenen 2008-Ziels) stabilisiert werden. Zurzeit liegt das Pro-Kopf-Aufkommen bei rund 500 kg Müll jährlich - Tendenz steigend. Nur ein Drittel davon wird recycelt. Die EU-Kommission soll bis 2008 Indikatoren vorschlagen, wie die Fortschritte der Mitgliedstaaten bewertet werden können. Bis 2010 soll sie eine Öko-Design-Politik für Produkte sowie Ziele zur Abfallreduktion vorschlagen.

Der Lebenszyklus-Ansatz der EU-Kommission für Produkte wurde für „zu theoretisch“ gehalten. Die Parlamentarier/innen wollen ihn eher als „generelle Regel“ betrachten und ansonsten die gültige Abfall-Hierarchie beibehalten, die den Umgang mit Abfall in fünf Kategorien einteilt, sortiert nach Umweltfreundlichkeit. Höchste Priorität hat dabei die Abfallvermeidung, danach folgen Wiederverwertung, Recycling, sonstige Verwertung und zum Schluss Beseitigung. Allerdings sollen die Mitgliedstaaten die Option haben, die Ab-

fallhierarchie zu umgehen, „wenn Ökobilanz und Kosten-Nutzen-Analysen klar ergeben, dass eine alternative Behandlungsoption zu besseren Erfolgen“ führt.

Der ENVI-Ausschuss forderte auch eine klarere Unterscheidung von Abfall und Bei-Produkten, die industriell genutzt werden können (z. B. Glas, Metall oder Kompost). Die EU-Kommission soll Richtlinien zur Interpretation auf Basis der existierenden Rechtsprechung entwickeln, ab wann ein Produkt als Abfall und ab wann es als Bei-Produkt bzw. Sekundär-Rohstoff zu gelten habe. Wenn nötig, sollten dies Kriterien für eine Fall-zu-Fall-Unterscheidung sein. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie soll die EU-Kommission zudem vorlegen, welche Umweltbedingungen Kompost, Aggregate, Papier, Glas, Metall, Altreifen sowie Kleidung aus zweiter Hand erfüllen müssen.

#### Änderungen an thematischer Strategie für Abfallvermeidung und -recycling

Der ENVI-Ausschuss beschloss außerdem verschiedene Änderungen an der thematischen Strategie für Abfallvermeidung und -recycling. Die EU-Kommission wurde aufgefordert, zu verschiedenen Bereichen - wie praktische Abfallvermeidungsmaßnahmen, neue Indikatoren, Richtlinien für Kompost, Bauschutt und Klärschlamm sowie Überprüfung der Deponie-Richtlinie - Vorschläge vorzulegen.

#### Heikelster Punkt: Energiegewinnung aus Müllverbrennung

Die Frage, ob oder in welchen Fällen Abfallverbrennung mit Energierückgewinnung als „Wiederverwertung“ definiert werden kann, war der heikelste Punkt bei der Abfallpolitikdebatte - „der Elefant im Raum“, wie der Umweltdienst ENDS Europe Daily die Berichterstatterin Caroline Jackson zitierte. Auch die Abstimmung habe diesen Punkt nicht wirklich klarer gemacht. Jackson sagte, die Abstimmung habe die Idee, dass Abfallverbrennungsanlagen, die bestimmte Effizienzkriterien erfüllen, unter die Definition „Wiederverwertung“, andere Anlagen dagegen unter „Beseitigung“ fallen sollten, „breit unterstützt“. Andere „Insider“ (ENDS) hätten die Änderung des Ausschusses aber als „letztlich nicht hilfreich“ bezeichnet. Die Änderung führe dazu, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Effizienzkriterien für Wiederverwertung aus dem Anhang in einen Artikel der Richtlinie überführt würden - mit immer

noch undeutlichen und schwächeren Zulassungskriterien für Müllheizkraftwerke als im Anhang vorgesehen. Die neue Sprachregelung könne aber auch dazu führen, dass die Erlaubnis für ineffiziente Kraftwerke nicht nur einfach verweigert, sondern diese vielmehr geächtet würden, meinten andere.

Einig waren sich aber alle, dass der exakte Status von Müllheizkraftwerken bei der Plenarabstimmung im Parlament noch klarer gemacht werden muss.

#### Umweltverbände fordern klare Recyclingziele

FoEE und EEB forderten die Parlamentarier/innen auf, sich auch für bindende Recycling-Ziele einzusetzen: ein Ziel von 70 Prozent müsse bis 2020 beim anfallenden Abfall durchgesetzt werden. Darüber hinaus müsse bis 2025 eine Einigung erreicht werden, dass wiederverwertbarer, recycelbarer und kompostierbarer Müll weder deponiert noch verbrannt werden dürfen. Studien hätten ergeben, dass Recycling nicht nur Ressourcen wie Metalle, Holz und Öl einspare, sondern auch klimaschädigende Emissionen vermeiden helfe. Recycling sei effizienter als die Neuerzeugung und -nutzung von Rohstoffen. Die Verbände warnten vor der Reklassifizierung der Müllverbrennung von der Definition „Beseitigung“ zu „Wiederverwertung“, da dies nur auf Kosten der umweltfreundlicheren Abfallbehandlungsmethoden gehen werde.

Am 18.12. wird der Umweltministerrat das Thema auf der Agenda haben. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily, 28.11.06  
[www.europarl.europa.eu/news/expert/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/default_de.htm) (28.11.06)  
[www.eeb.org/press](http://www.eeb.org/press) (28.11.06)

Europäisches Umweltbüro (EEB), Melissa Shinn, Abfallpolitik, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 2891308  
eMail: [melissa.shinn@eeb.org](mailto:melissa.shinn@eeb.org)

Friends of the Earth Europe (FoEE), Michael Warhurst, Abfall- und Ressourcenpolitik, Großbritannien  
Tel. 0044 20 / 7566 1685  
eMail: [michael.warhurst@foe.co.uk](mailto:michael.warhurst@foe.co.uk)

## Gastbeitrag Produkte und Konsum: Nachhaltigkeit inklusive?

von Frieder Rubik, Institut für ökologische  
Wirtschaftsforschung (IÖW)

### EU-Nachhaltigkeitspolitik auf dem Prüfstand: IPP und SCP

Seit mehreren Jahren machen zwei Begriffe in der Nachhaltigkeitsdebatte Schlagzeilen: Integrierte Produktpolitik (IPP) und nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster (SCP). IPP und SCP stehen für einen Perspektivenwechsel in der Umweltpolitik: Die Betrachtung systembezogener Zusammenhänge. Diese zielen bei IPP auf den stofflichen Lebenszyklus eines Produktes bzw. einer Dienstleistung und bei SCP auf eine Produktions- und Konsummuster ab, die beide in Richtung Nachhaltigkeit geändert werden sollen.

Was verbirgt sich dahinter? Wo steht die Entwicklung? Welche zentralen Herausforderungen bleiben?

### IPP - Integrierte Produktpolitik: Einige Ansätze, strukturelle Beliebigkeit

IPP beruht auf drei Grundgedanken: Lebenswegorientierung<sup>1</sup>, Stakeholderbeteiligung<sup>2</sup> und Policy-Mix<sup>3</sup>. Sie wurde sowohl bei der EU als auch in einer Reihe von Mitgliedsländern vorangetrieben. Die EU-Kommission erarbeitete hierzu ein Grünbuch<sup>4</sup> und eine Mitteilung<sup>5</sup>, die ein Arbeitsprogramm bis 2007 festlegt. Mittlerweile wurden durch das EIPRO-Projekt<sup>6</sup> aus ökologischer Sicht prioritäre Produktgruppen ermittelt, nämlich Lebensmittel und Getränke, privater Personenverkehr sowie Wohnen. Zudem wurden zwei Pilotprojekte zu Gartenmöbeln und Mobiltelefonen durchgeführt; dabei sollte gezeigt werden, wie eine IPP in der Praxis abläuft und welche Möglichkeiten einer freiwilligen Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gesellschaft und Behörden innewohnen. 2006 wurde eine IPP-Expertengruppe einge-

1 Das Projektmanagement endet mit dem Abschluss des jeweiligen Einzelprojekts.

2 Stakeholder: Interessensvertreter, darunter Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

3 Zusammenspiel verschiedener Politikmaßnahmen.

4 KOM (2001) 68 (Grünbuch = Diskussionspapier)

5 KOM (2003) 302

6 EIPRO steht für „Environmental Impact of Products“, untersucht also die Umweltauswirkungen einzelner Produkte. Siehe [www.ec.europa.eu/environment/ipp/identifying.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/ipp/identifying.htm)

setzt, die die Kommission bei der Vorlage eines IPP-Fortschrittsberichts bei EU-Ministerrat und Parlament unterstützen soll, was für Ende 2007 vorgesehen ist.

Verschiedene EU-Mitgliedstaaten haben eine Reihe von Aktivitäten entwickelt. Dabei lassen sich konzeptionelle und instrumentelle Ansätze unterscheiden: Konzeptionelle stellen auf die Erarbeitung eines politischen Orientierungsrahmens und instrumentelle Ansätze auf die Benennung und Umsetzung einzelner Maßnahmen ab. Beispielhaft für den ersten Zugang stehen Großbritannien und Schweden, für den zweiten Deutschland oder Österreich.

Konzeptionelle Ansätze haben häufig ein Umsetzungsdefizit zu beklagen, wie z. B. in Großbritannien. Instrumentelle Ansätze sind nicht nur von Umsetzungsdefiziten, sondern auch von einem „Anything goes“ gekennzeichnet - hier herrscht strukturelle Beliebigkeit vor.

### SCP - Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster: Konzepte fehlen

SCP spielt spätestens seit dem Weltgipfel von Johannesburg 2002 eine wichtige Rolle in der Umweltpolitik. Im Rahmen des so genannten Marrakesch-Prozesses hat die EU-Kommission 2004 eine erste Bestandsaufnahme vorgelegt, der 2007 ein EU-Aktionsplan folgen soll. Verschiedene Mitgliedstaaten der EU - wie etwa Großbritannien - haben bereits eigene Rahmenpläne erarbeitet. In Deutschland wurde 2004 ein nationaler Dialogprozess begonnen, der nach einer Auftaktkonferenz in verschiedene Fachkonferenzen mündete. Inwieweit Deutschland einen eigenen konzeptionellen Fahrplan erarbeitet, ist noch offen.

Wenn man diese hier nur sehr kursorisch dargestellten Aktivitäten würdigt, so zeigt sich zunächst einmal, dass die SCP-Debatte die Diskussion um IPP in den Hintergrund gedrängt hat. Ein schlüssiges SCP-Konzept wurde bislang jedoch nicht entwickelt; dagegen werden zahlreiche Aktivitäten „umetikettiert“ und mit dem Begriff SCP überschrieben. Ein kohärenter Rahmen fehlt (siehe auch S. 18).

### IPP und SCP zusammendenken!

Aufgrund fehlender Konzepte erscheint auch eine Differenzierung von SCP und IPP unklar: Während in manchen Ländern beide Begriffe als praktisch austauschbar angesehen werden, spielt IPP andernorts

keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dies ist eigentlich erstaunlich, da nur schwer vorstellbar ist, dass die Gestaltung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster ohne eine Produktorientierung möglich ist. IPP und SCP stellen komplementäre Zugänge zu Umweltproblemlagen dar. Deswegen sollten Erfahrungen, die in den letzten zehn Jahren im Bereich der IPP erzielt wurden, in die SCP eingebracht werden. Dies gilt auch für die oben erwähnten drei Grundgedanken.

### Gesucht: EU-Aktionsplan, der NGOs und Wissenschaft einbezieht

Die offensichtlichste Herausforderung liegt jedoch darin, die durchaus interessanten Aktivitäten in ein konzeptionelles Fahrwasser zu bringen, um die Gefahr einer strukturellen Beliebigkeit zu umgehen, die auf der normativen Kraft faktischer Aktivitäten sich ergeben könnte. Hier könnte der EU-Aktionsplan ein bemerkenswerter Meilenstein werden, der dann auch auf die Mitgliedstaaten einwirken könnte. NGOs und Wissenschaft sind dabei aktiv einzu beziehen. Vor allem folgenden Punkten sollte eine besondere Aufmerksamkeit zukommen:

- Verbindung von SCP, IPP und Ressourcenstrategie: Neben IPP und SCP spielt auch die Ressourcenstrategie eine Rolle. Deswegen sind Unterschiede und Schnittstellen zwischen Ressourcenzugang, SCP und IPP zu konkretisieren. Dabei ist auch eine Einbettung dieser Zugänge in die EU-Nachhaltigkeitsstrategie bzw. die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien sicherzustellen.

- Rollenklärung: Zunehmend wird die umweltpolitische Lösungskompetenz des Staates infrage gestellt. Im Bereich der IPP wurde sie dem Staat sehr grundsätzlich abgesprochen. Gleichzeitig ist jedoch auch ein Marktversagen zu konstatieren. Wie stellt sich also in Zukunft das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft dar? Wie weit soll der „Schatten der Hierarchie“ reichen?

- Institutionalisierung: Sowohl IPP als auch SCP fehlt weitgehend eine institutionalisierte Basis: Beide werden zumeist in den bestehenden Strukturen der Kommission und der Behörden „eingefangen“, neue Strukturen werden kaum geschaffen, nur in Schweden und Großbritannien sind sie angedacht. Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat jedoch be-

reits 2003 einen interessanten Vorschlag zur Schaffung neuer Strukturen vorgelegt, nämlich ein „IPP Research Report Bureau“ sowie eine „European Product Benchmarking Institution“.

- **Umsetzung:** Es genügt nicht, Maßnahmen anzukündigen, sondern diese müssen auch auf Ernsthaftigkeit und nachhaltige Wirksamkeit angelegt sein.

Diese Punkte sind im kritischen Diskurs auf ihre Einbeziehung zu prüfen. Eine Chance bietet etwa die anstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. ■

### • Weitere Informationen

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) gGmbH, Dr. Frieder Rubik, Bergstr. 7, 69120 Heidelberg  
Tel. 06221 / 649160  
eMail: [frieder.rubik@ioew.de](mailto:frieder.rubik@ioew.de)  
[www.ioew.de](http://www.ioew.de)

IPP-Seite der EU-Kommission:  
[www.ec.europa.eu/environment/ipp](http://www.ec.europa.eu/environment/ipp)

SCP-Seite der UN-Abteilungen UNEP und DESA:  
[www.un.org/esa/sustdev/sdissues/consumption/Marrakech/conprod10Y.htm](http://www.un.org/esa/sustdev/sdissues/consumption/Marrakech/conprod10Y.htm)

Deutscher SCP-Prozess:  
[www.dialogprozess-konsum.de](http://www.dialogprozess-konsum.de)

## Treffen der Vertragsparteien der Basler Konvention

### Bessere Kontrollen gefährlicher Abfälle beschlossen

Die Vertragsstaatenparteien der Basler Konvention haben sich vom 27. 11. bis 1.12. in Nairobi getroffen. Die beteiligten Vertreter/innen der Staaten wollen sich in Zukunft besonders für die Vermeidung von Gesundheits- und Umweltschäden durch Elektroschrott einsetzen. Hierbei sei es besonders dringend, illegalen Abfallverbringungen einen Riegel vorzuschieben. Jedes Jahr fallen 20-50 Mio. Tonnen Elektroschrott an, einschließlich gefährlicher Substanzen wie Schwermetalle.

Das Baseler Übereinkommen regelt die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung. 170 Staaten sind der Vereinbarung beigetreten, die USA haben eine Ratifizierung bislang verweigert.

### Pilotprojekte und neue Techniken

Die Versammlung sprach sich einhellig für eine schnellere Krisenbewältigung aus und bezog sich damit vor allem auf den Umweltskandal an der Elfenbeinküste, bei dem im August mehrere tausend Menschen vergiftet wurden und zehn Tote zu beklagen waren (EUR 10.06, S. 14).

Neben Pilotprojekten für die Etablierung von Annahmesystemen von Altelektrogeräten und der Verbesserung der globalen Zusammenarbeit gegen illegalen Abfallhandel soll auch die Verbreitung neuer verfügbarer Techniken gefördert werden. Außerdem soll die Zusammenarbeit mit der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO im Bereich Müllcontainerverschiffung verbessert werden.

### EU-Position zu Abfallexporten

In Vorbereitung des Treffens in Nairobi hatte der EU-Ministerrat am 21.11. über die Basler Konvention diskutiert. In den Schlussfolgerungen sprach sich der Rat für eine bessere internationale Kontrolle von Abfallexporten aus. In der EU sollen die Umsetzung von Abfallrecht vorangetrieben und die Kontrollen verschärft werden, besonders in den Häfen. (jg) ■

### • Weitere Informationen

Quellen: [www.unep.org](http://www.unep.org) (1.12.2006), EU-Ministerratssitzung 21.11.06

## Newsticker

### Mehr Einsatz für Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster gefordert

Die Regierungen auf der Welt müssen noch mehr tun, um die 2002 auf dem UN-Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg vereinbarten Zehn-Jahrespläne für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster zu erarbeiten. Das war der Tenor einer Expert/innen-Konferenz in Wuppertal, bei der zu diesem Zweck sieben Arbeitsgruppen gebildet wurden. Nachhaltigkeitskriterien sollen in die Bereiche Bauen, Lebensstile, Beschaffung, Produktpolitik, Tourismus, Kooperation mit Afrika sowie Bildung integriert werden. Nach Expertenmeinung sollen die Hauptziele solcher Pläne ein nachweisbar abnehmender Ressourcenverbrauch, Armutsbekämpfung und die Verbesserung der Lebensqualität sein. Nationale Aktionspläne sind bisher in Großbritannien, Schweden und Dänemark entwickelt worden, Deutschland hat einen Diskussionsprozess gestartet (siehe auch S. 17). (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily  
● Wuppertal Institut, Tel. 0202 / 2492180, [www.scp-centre.org](http://www.scp-centre.org)

### Umweltgüter und -dienstleistungen:

**2,2 Prozent vom BIP und 3,4 Mio. Jobs**  
Laut einer Studie der Beraterfirma Ernst&Young im Auftrag der EU-Kommission beziffert sich der Umweltgüter- und Umweltleistungsmarkt der EU auf 227 Mrd. Euro bzw. 2,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU. Auf 3,4 Mio. wird die Zahl der Arbeitsplätze innerhalb der EU-Umweltindustrie geschätzt. Den größten Anteil haben daran allerdings traditionelle Aktivitäten wie das Abfallmanagement, das von einigen großen Unternehmen dominiert wird. Jüngere Bereiche wie Erneuerbare Energien wachsen laut der Studie stetig, seien aber eher fragmentiert. Eine Ausnahme bildet der Windenergiemarkt, der inzwischen von globalen Energiefirmen übernommen wurde. Über 90 Prozent der Investitionen, so die Studie, wurden in den 15 alten EU-Staaten getätigt, in der das Wachstum in diesen Bereichen zwischen 1999 und 2004 bei rund sieben Prozent lag. Deutschland und Frankreich sind darin die größten Märkte. (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily, 21.11.06  
Studie: [www.ec.europa.eu/environment/enveco/industry\\_employment/ecoindustry2006.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/enveco/industry_employment/ecoindustry2006.pdf)  
■

### Anhaltend hohe Pestizidrückstände im Essen

#### EU-Kommission: Fast zwei Drittel der deutschen Proben belastet

In Deutschland werden Lebensmittel so umfassend wie in keinem anderen europäischen Land auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln überprüft. Das geht aus dem Bericht der EU-Kommission über die Pestizidbelastung pflanzlicher Lebensmittel für das Jahr 2004 hervor, der im November veröffentlicht wurde. Ein Viertel der 55.000 Proben von Obst, Gemüse und Getreide in Europa wurde von deutschen Lebensmittelkontrolleuren geprüft.

Was sie fanden, fanden Verbraucherschützer allerdings alarmierend: 61 Prozent der Proben aus der Bundesrepublik enthielten Rückstände, davon überschritten acht Prozent den erlaubten Höchstwert. Europaweit enthielten rund 47 Prozent aller untersuchten Proben Pestizidrückstände. Davon überstiegen fünf Prozent die gesetzlichen Höchstmengen. Im aktuellen Bericht wurden erstmals die Untersuchungsberichte von acht der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten einberechnet.

#### PAN Germany fordert Umsetzung von Maßnahmen zur Pestizidreduktion

Für den deutschen Industrieverband Agrar ist der Bericht jedoch kein Anlass zur Sorge. Von einer gesundheitlichen Gefährdung seien die Grenzwerte weit entfernt. Außerdem böten die Grenzwertüberschreitungen kein repräsentatives Bild, so der Verband. Die Behörden würden ohnehin bevorzugt Obst und Gemüse prüfen, das bereits durch zu hohe Werte aufgefallen sei.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany) forderte hingegen die zügige Umsetzung bundes- und europaweiter Maßnahmen zur Pestizidreduktion. Die Pestizidbelastungen in Obst und Gemüse seien weiterhin viel zu hoch. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Pestizid-Aktions-Netzwerk - PAN Germany, Susanne Smolka, Nernstweg 32, 22765 Hamburg  
Tel. 040 / 3991910-24, Fax -07520  
eMail:  
susanne.smolka@pan-germany.org  
www.pan-germany.org

### Illegaler Gen-Reis sorgt für Krise der Agro-Gentechnik

#### Keine Wahlfreiheit bei illegal in den Handel gelangten Produkten

Der Skandal um nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Langkornreis aus den USA in deutschen und europäischen Supermärkten hat dem Ansehen der so genannten Grünen Gentechnik offenbar sehr geschadet. Nachdem Branchenvertreter bisher immer betont hatten, die Verbraucher/innen hätten wegen der Kennzeichnungspflicht die Wahl zwischen genmanipulierten und konventionell oder ökologisch erzeugten Lebensmitteln, wurde es allgemein als großer Vertrauensverlust gewertet, dass der kontaminierte Reis hierzulande in den Handel gelangen konnte, und zwar ohne Prüfung, ordentliche Zulassung und Kennzeichnung.

In Deutschland wollte die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) den Imageschaden im Herbst auch nicht bestreiten. Die Branche müsse sicherstellen, „dass zukünftig nicht zugelassene Produkte nicht mehr auf den Markt gelangen“, hieß es bei dem Verband. Dass ihr das gelingt, wird nicht nur von Verbraucherschützern und Umweltverbänden bezweifelt, denn seitdem wurden immer neue Fälle von illegalen Genreis-Lieferungen aufgedeckt.

#### Weitere kontaminierte Reissorte aus den USA und aus China aufgetaucht

Nach dem im Sommer entdeckten Gen-Reis LL601 wurde laut Informationsdienst Gentechnik im Oktober in der EU eine weitere Sorte mit dem Namen LL62 nachgewiesen. Auch diese Sorte stammt von Bayer CropScience und hat keine Zulassung. Weil sich die USA weigerten ihre Untersuchungsmethoden europäischen Standards anzugleichen, hatte die EU ab Ende Oktober umfangreiche Zwangstests für alle Langkornreislieferungen aus den USA beschlossen (EUR 11.06, S. 18). Die Kosten dafür und für längere Liegezeiten in den Häfen müssen die Exporteure tragen.

#### Zurückgerufener Genreis soll exportiert werden

Greenpeace fand Ende Oktober heraus, dass im Hamburger Hafen aus den Läden zurückgerufener LL601-Reis gelagert wurde. Nach Angaben der Herstellerfirma Euryza soll der Reis möglicherweise weiterhin als Nahrungsmittel exportiert wer-

den. Die Umweltorganisation forderte dagegen, den Genreis zu vernichten. Die Auswirkungen von LL601 auf die menschliche Gesundheit seien bislang nicht erforscht. Außerdem plädierte Greenpeace dafür, den Bayer-Konzern für den entstandenen Schaden in Haft zu nehmen. Nach Schätzungen des Getreidenährmittelverbandes wurden allein in Deutschland bisher rund 10.000 Tonnen Reis in Rückrufaktionen vom Markt genommen. Der Schaden für die Lebensmittelwirtschaft belaufe sich auf etwa zehn Millionen Euro. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Informationsdienst Gentechnik, c/o Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 284823-04, Fax -09  
eMail: info@keine-gentechnik.de  
www.keine-gentechnik.de

## Streit um Pufferzone für Gen-Mais

### Distanzen zwischen 50 und 1000 Metern werden diskutiert

Experten streiten nach wie vor über den Sicherheitsabstand, der zwischen Feldern mit und ohne gentechnisch veränderten Mais gelten soll. Die Auffassungen gehen weit auseinander: Distanzen zwischen 50 und 1000 Metern sind in der Diskussion. Einen Mindestabstand von 50 Metern hält die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (BLL) für ausreichend. Der Erprobungsanbau habe ergeben, dass dies ausreiche, um den EU-Schwellenwert für „zufällige Verunreinigungen“ von 0,9 Prozent einzuhalten. Die im Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) zusammengeschlossenen Öko-Anbauverbände verlangen dagegen, dass Kontaminationen auch unterhalb dieser Grenze entschädigungspflichtig sein müssten, da sie Produkte mit messbaren gentechnischer Verunreinigungen nicht mehr als Ökoprodukte anbieten können.

### Bio-Branche fordert überwachte Pufferzone um Genmais-Felder

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer plädiert für einen Abstand von 150 Metern, der Berliner Pflanzenökologe Ulrich Heink für 250 Meter. Ein zusätzlicher „Sicherheitszuschlag“ sei nötig, da die Forschungsergebnisse stark variierende Auskreuzungsraten zeigten. Der BÖLW forderte deshalb ein „Auskreuzungs-Monitoring“ in einer Pufferzone rund um ein Gen-Feld, die dreimal so breit ist wie der künftige Sicherheitsabstand. Dort sollten die Landwirte, die Gen-Pflanzen anbauen, potenzielle Verunreinigungen analysieren lassen. Bleibt es bei der Seehofer-Vorgabe, wäre dieser Puffer 450 Meter breit. Für Greenpeace sind diese Abstände alle nicht weit genug. Nach Auffassung der Umweltorganisation kann es noch in 1000 Metern Entfernung zu „nennenswerten Auskreuzungen“ kommen.

### Neue Studien: MON 810 schadet Insekten und reichert sich im Boden an

Auch der Gen-Mais MON 810 bleibt umstritten. Er ist in Deutschland für den kommerziellen Anbau zugelassen. Nach neuen Erkenntnissen können auch nützliche Insekten, wie Schmetterlingsarten, durch Genmais-Pollen geschädigt werden. Besonders gefährdet sind nach einer von der Grünen-Fraktion im Bundestag in Auf-

trag gegebenen Studie die Larven des Tagpfauenauges - einer Art, die auf der Roten Liste steht, also vom Aussterben bedroht ist. Außerdem reichert sich laut dem Gutachten das von den Genmaispflanzen gebildete Insektengift im Boden an und kann mit der Nahrungskette weitergegeben werden. Das bestätigt auch eine Studie des österreichischen Umweltbundesamtes in Wien.

### Grüne fordern Importverbot und Zulassungsstopp

Österreich, Griechenland, Ungarn und Polen haben wegen der unkalkulierbaren gesundheitlichen Risiken ein Importverbot für MON810 verhängt und sind damit auf Konfrontationskurs zur EU-Kommission gegangen. Die Grünen forderten die Bundesregierung auf, dem Vorbild dieser Länder zu folgen und ebenfalls ein nationales Verbot zu erlassen. An die EU-Kommission appellierte die Partei, die Zulassung zurückzuziehen oder neu zu prüfen. 2008 läuft die gentechnikrechtliche Genehmigung für MON810 aus. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Bündnis 90/Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 28442-0, Fax -210  
eMail: [info@gruene.de](mailto:info@gruene.de)  
[www.gruene-partei.de](http://www.gruene-partei.de)

Greenpeace, Gentechnikexperte Christoph Then, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618-395, Fax -100  
[christoph.then@greenpeace.de](mailto:christoph.then@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

Gutachten der Grünen im Bundestag:  
[www.gruene-bundestag.de/cms/gentechnik/dok/124/124606.htm](http://www.gruene-bundestag.de/cms/gentechnik/dok/124/124606.htm)

Studie des österreichischen Umweltbundesamtes:  
[www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0255&doc=CMS1161157975708](http://www.bmgf.gv.at/cms/site/detail.htm?thema=CH0255&doc=CMS1161157975708)

## EU will WTO-Urteil über Gentechnik nicht anfechten

### Zahlreiche Genehmigungen für Gen-Produkte in den letzten Jahren

Ende November hat die EU-Kommission beschlossen, keinen Einspruch gegen das Urteil der Welthandelsorganisation (WTO) im Gentechnikstreitfall einzulegen. Nach dem Urteil vom September sind EU-Importverbote für gentechnisch veränderte Lebensmittel rechtswidrig (EUR 11.06, S. 5). Das aktuelle Genehmigungsverfahren sei von dem WTO-Urteil nicht betroffen, begründete ein Sprecher die Haltung der Kommission. Während sich die WTO-Richter mit dem Fall beschäftigten (2003 bis 2006), gab es mindestens 10 Zulassungen für Gen-Produkte in der EU.

### FoEE: „Gefährlicher Präzedenzfall“ für künftige Umwelt-Streitfälle

Friends of the Earth Europe (FoEE) kritisierten die Anerkennung des Urteils. Das Umweltnetzwerk, dem in Deutschland der BUND angehört, sieht darin einen „gefährlichen Präzedenzfall“ für künftige Umweltstreitigkeiten. Das WTO-Urteil widerspreche dem Vorsorgeprinzip, wie es unter anderem im Biosicherheitsprotokoll (BSP) festgeschrieben ist.

Das Vorsorgeprinzip greift in Fällen, in denen unklar ist, welche Folgen eine Maßnahme für Gesundheit und Umwelt hat. Dieses Prinzip gilt in zahlreichen internationalen Vereinbarungen, so auch in dem von der EU mit unterzeichneten Biosafety-Protokoll. Das BSP erlaubt es, im internationalen Handel Schutzmaßnahmen wie z. B. Importverbote im Interesse der biologischen Sicherheit zu erlassen. Dies hätten die WTO-Richter vollkommen ignoriert, monierte FoEE. Die WTO sei das falsche Forum, um über umweltrelevante Handelsfragen zu entscheiden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE), Gentechnik-Kampagne, Adrian Bebb, Rue Blanche 15, B-1050 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5375596  
eMail: [adrian.bebb@foeeurope.org](mailto:adrian.bebb@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

### Newsticker

#### **EU-Lebensmittelbehörde befürwortet Vermarktung von Gen-Kartoffel**

Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat Mitte November einer möglichen Zulassung der ersten genveränderten Kartoffel in Europa zugestimmt. Die Öffentlichkeit konnte noch bis zum 9. Dezember Einsprüche einbringen, ab diesem Zeitpunkt kann die EU-Kommission entscheiden, ob sie die Marktzulassung für die BASF-Genkartoffel Amflora empfiehlt. Das Chemieunternehmen hat den Aufbau der Stärke bei der Kartoffel verändert, wodurch diese in der Papier-, Textil-, Kosmetik- und Klebstoffindustrie angewandt werden könnte. Es besteht das Risiko, dass Gen-Knollen ins Futter oder die Nahrung gelangen. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 15.11.2006

#### **Anbau von Gen-Weizen in Deutschland genehmigt**

Nachdem der EU-Agrarministerrat - auch mit der Stimme von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer - grünes Licht für den Anbau von gentechnisch verändertem Weizen gegeben hat, hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im November eine entsprechende Genehmigung für ein Versuchsfeld in Gatersleben (Sachsen-Anhalt) erteilt. Mehr als 27.000 Einwendungen von Bauern, Züchtern, Lebensmittelproduzenten und Bürgern gegen den Freisetzungversuch waren zuvor bei der Behörde eingegangen. Kritiker werteten die Entscheidung als klare Absage an Risikoversorge und Verbraucherschutz. Neben dem Gentechnik-Feld befindet sich eine Aussaatfläche der international bedeutsamen Gaterslebener Genbank. (mbu)

Quelle: Informationsdienst Gentechnik, 24.11.2006

[www.umweltinstitut.org/genweizen](http://www.umweltinstitut.org/genweizen)

#### **Kofi Annan warnt vor Biotechnologie**

Der scheidende UN-Generalsekretär Kofi Annan hat vor den Gefahren der Biotechnologie gewarnt. „Bei fahrlässigem Einsatz oder vorsätzlichem Missbrauch könnte die Biotechnologie größtes menschliches Leid verursachen“, sagte Annan Ende November in einer Rede bei der Entgegennahme des Freiheitspreises in St. Gallen (Schweiz). Mit der Ausweitung der biologischen Forschung und dem immer leichteren Zugang zu den entsprechenden Technologien steige die Möglichkeit ver-

sehentlicher oder absichtlicher Schadenswirkungen exponentiell an. „Bald werden weltweit Tausende von Labors in einer Milliardenindustrie tätig sein“, warnte Annan. „Selbst Neulinge in kleinen Labors werden Genmanipulationen durchführen können.“ Derzeit gebe es kein System internationaler Sicherungsmaßnahmen für das Management dieser Risiken. (mb)

Quelle: WOZ 23.11.2006



### Kritik an REACH-Einigung

#### Weniger strenge Vorschriften zum Ersatz riskanter Chemikalien

Ende November haben sich Vertreter/innen des Europäischen Parlaments, des Ministerrats und der EU-Kommission auf einen Kompromiss im Streit um die EU-Chemikalienreform REACH geeinigt. Danach soll bei der Zulassung von 1500 bis 2000 hoch riskanten Stoffen ein Plan des Herstellers festlegen, wann und wie diese Stoffe durch sicherere Alternativen - sofern vorhanden - ersetzt werden können.

Riskante Substanzen, von denen ein „beherrschbares Risiko“ ausgeht, sollen dagegen auf dem Markt bleiben können, selbst wenn Alternativen existieren. Die Hersteller würden diese Stoffe „adäquat kontrollieren“, somit bestehe keine Gefahr für Menschen und Umwelt. Darüber hinaus sollen nur über eine beschränkte Anzahl von Chemikalien Informationen für Verbraucher/innen zugänglich sein.

#### Umweltverbände: Fauler Kompromiss hinter verschlossenen Türen

BUND und Greenpeace bezeichneten die Einigung als „faulen Kompromiss hinter verschlossenen Türen“. Krebs erregende, fortpflanzungsschädliche und andere gefährliche Chemikalien dürften nach der Einigung selbst dann weiter in Alltagsprodukten verwendet werden, wenn Alternativen vorhanden sind. Die Umweltorganisationen forderten das Parlament auf, gegen den Kompromiss zu stimmen.

Greenpeace und BUND kritisierten vor allem die negative Rolle des Bundeskanzleramtes, das massiv Einfluss auf die Verhandlungen in Brüssel nehme. „Bundeskanzlerin Merkel lässt sich von Chemieunternehmen wie BASF instrumentalisieren. Sie sorgt brav dafür, dass Deutschland sämtliche Versuche blockiert, die Industrie zum Ersatz aller gefährlichen Chemikalien zu verpflichten“, sagte Stefan Krug von Greenpeace. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bezeichnete den Kompromiss dagegen als „Schritt nach vorn, wenn auch mit großen Wermutstropfen“. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Greenpeace, Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung Berlin  
mobil: 0171 / 8780836  
www.greenpeace.de

### EU will Quecksilber-Export ab 2011 verbieten

#### Umweltverbände hoffen auf weltweite Umsetzung

Ende Oktober hat die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag zum Verbot des Exportes von Quecksilber ab dem Jahr 2011 vorgelegt [KOM(2006) 636]. ▼ Dadurch sollen das Angebot und damit auch die Emissionen des Schwermetalls in die Umwelt verringert werden. Außerdem soll Quecksilber, das in der Chloralkaliindustrie nicht mehr verwendet wird oder das bei bestimmten anderen industriellen Verfahren gewonnen wird, ab dem Inkrafttreten im Juli 2011 in „für die Abfallentsorgung ausgelegten unterirdischen Salzminen ... sicher gelagert“ werden.

Generell unterstützen Umweltverbände den Vorstoß der EU-Kommission und hoffen auf eine EU-Vorreiterrolle in internationalen Verhandlungen: Im Februar 2007 will der UNEP-Verwaltungsrat die Frage eines weltweiten verbindlichen Instruments erneut erörtern. Die „Null-Quecksilber-Gruppe“ bedauert allerdings, dass die Verordnung Quecksilber-Verbindungen nicht vollständig erfasst. Zudem sei der Zeitpunkt 2011 zu spät - NGOs hatten ein Ausfuhrverbot bis 2008 gefordert. Auch die in der Chloralkaliindustrie verwendeten Quecksilberzellen (Amalgamverfahren) müssten ausgemustert werden. Die Quecksilber-Emissionen aus diesen Anlagen wurden laut einer Studie um das Fünffache unterschätzt.

Die Verwendung von Quecksilber ist in der EU - wie auch weltweit - rückläufig. Die weltweite Nachfrage liegt laut EU-Kommission bei jährlich rund 3.400 t (2005), wovon auf die alten EU-Staaten 440 t entfallen. Verwendet wird Quecksilber vor allem im Goldbergbau, in der Chloralkaliindustrie, in Zahnamalgam und bei der Produktion von PVC (siehe auch S. 23). (jg) ■

#### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Elena Lymberidi, Brüssel  
Tel. 0032 496 / 532818  
eMail: elena.lymberidi@eeb.org  
www.zeromercury.org

Fact Sheets zum Thema:  
www.env-health.org/r/128  
www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/1481)

### EPER-Daten von 2004: Gesamtemissionen gestiegen

#### EU-Emissionsregister: Alte EU-Staaten verursachten mehr Treibhausgase

Die EU-Kommission hat Mitte November die neuesten Verschmutzungsdaten für die EU veröffentlicht. Im Vergleich zu 2001 sind die Gesamtemissionen in der EU-15, also den alten EU-Staaten, gestiegen. Ein Vergleich der Emissionen bestimmter Anlagen zeige, dass z. B. der Ausstoß an Treibhausgasen wie Kohlendioxid und Distickstoffoxid um 9 % bzw. 8,5 % angestiegen ist.

Das European Pollutant Emission Register (EPER) dokumentiert die von großen und mittelgroßen Industrieanlagen ausgestoßenen Emissionen. Es erfasst rund 50 Schadstoffe in Luft und Wasser. Die jetzt aktualisierten Daten für 2004 schließen zum ersten Mal auch Anlagen in den zehn neuen Mitgliedstaaten ein.

#### Schlechte Bilanz bei Luftschadstoffen

Bei Luftschadstoffen zeigt die Bilanz bedenkliche Werte: Hydrogenzyanid ist um 79 % angestiegen, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) um 53 %. Auch im Wasser wurden mehr Schadstoffe gemessen: 69 % mehr Zyanide, 35 % mehr Phenole und 52 % mehr Quecksilber. Allerdings sei nicht ganz klar, ob auch die verbesserte Datenlage zu den hohen Zahlen geführt habe. Positiv entwickelten sich Schadstoffe in Gewässern: Es gab Verringerungen bei den organischen Schadstoffen, Phosphor und Stickstoff. Auch der Schwefeloxidgehalt der Luft ging laut EPER um 11 % zurück.

Im Frühjahr 2007 soll ein Bericht zur Überprüfung des Emissionsregisters veröffentlicht werden. Danach ersetzt die EU das EPER durch das Schadstofffreisetzung- und Verbringungsregister (Pollutant Release and Transfer Register - PRTR). 2009 sollen zum ersten Mal umfangreichere Daten veröffentlicht werden (91 Stoffe, 65 Tätigkeitssektoren plus Hausfeuerung und Straßenverkehr). Das PRTR soll auch das Verbringen von Abfall und Abwässern von Industrieanlagen an andere Orte einschließen. (jg) ■

#### • Weitere Informationen

www.europa.eu/rapid (IP/06/1618)  
EPER-Schadstoffregister:  
www.eper.ec.europa.eu

## Handelssystem für Schwefelemissionen?

### Schifffahrt will mehr Flexibilität bei Schwefelgrenzwerten

Die Schifffahrtsindustrie plädiert für den Handel mit Schwefelemissionszertifikaten. Dieser könne dazu beitragen, Emissionen zu verringern und würde „weniger kosten“ als gesetzliche Vorgaben über den Schwefelgehalt in Schiffskraftstoffen. Die EU solle mehr Flexibilität bei den Schwefelgrenzwerten zulassen, um ein weit reichendes Emissionshandelssystem zu befördern. Die Koalition aus Schiffseignern und Ölkonzernen SEAA-T meint, ein durchschnittlicher Schwefelgehalt von 1,2 % in der Flotte sei damit schneller zu erzielen. Auch Investitionen würden durch ein solches System gefördert.

SEAA-T hatte ein Pilotprojekt mit 58 Schiffen gestartet, die von April 2005 bis März 2006 auf der Nordsee unterwegs waren. Umweltschützer fordern dagegen weitere Untersuchungen möglicher Umwelteinflüsse. Die Emissionen des Schiffsverkehrs sind in den letzten zehn Jahren um 30 % gestiegen: Schwefeldioxid, Stickoxide und Rußpartikel gefährden Umwelt und Gesundheit, erzeugen sauren Regen und übersäuern Böden und Gewässer besonders in Küstenregionen, aber auch im Landesinneren. Umweltverbände kämpfen seit Jahren um strenge Grenzwerte.

### Probleme mit LCP-Grenzwerten: Polen will SO<sub>2</sub>-Emissionshandel an Land

Auch Polen hat ein Schwefelemissionshandelssystem vorgeschlagen, allerdings für SO<sub>2</sub>-Industrieabgase an Land. Das Land hat nach Auskunft des stellvertretenden Regionalentwicklungsministers Jan Mikula „schwerwiegende Probleme“, die ab 1. Januar geltenden Emissionsvorschriften für Großfeuerungsanlagen (2001/80/EG, LCP-Richtlinie) einzuhalten. Mikula plädierte für ökonomische Instrumente, da administrative Methoden „immer weniger effektiv“ seien. Sollte ein solches System gut funktionieren, könne über eine Ausweitung auf Stickstoffoxide und Feinstaub nachgedacht werden. (jg)

### • Weitere Informationen

Quellen: ENDS Europe Daily, 17./18.10.06

## Newsticker

### Quecksilberthermometer: Parlament ändert Richtlinien-Vorschlag

Das Europäische Parlament hat Mitte November über den Vorschlag der EU-Kommission zur „Änderung der Richtlinie 76/769/EWG zur Beschränkung des Inverkehrbringens bestimmter quecksilberhaltiger Messinstrumente“ abgestimmt und Änderungen beschlossen. Die Abgeordneten stimmten für folgende Ausnahmen von der Richtlinie:

- Messgeräte, die älter als 50 Jahre sind;
- Barometer.

Die Mitgliedstaaten sollen hier „angemessene und wirksame Mechanismen“ zur Genehmigung und Überwachung des Inverkehrbringens festlegen, um zu gewährleisten, dass die Ziele dieser Richtlinie nicht unterminiert werden. Umwelt- und Gesundheitsverbände protestierten scharf gegen die Ausnahmen und warfen dem Parlament vor, sich von einer kleinen Industrielobby beeinflussen zu lassen. Faktisch wird damit die Durchsetzung der Quecksilbergesetzgebung verlangsamt, weil eine zweite Lesung wahrscheinlicher wird. (jg) ▼

Quellen: EU-Parlament 13.11.06, EEB 14.11.06; [www.zeromercury.org](http://www.zeromercury.org)  
Siehe auch S. 23.

### SCHER-Ausschuss zur Forschung über „Umwelt und Gesundheit“

Der 19-köpfige wissenschaftliche Ausschuss „Gesundheits- und Umweltrisiken“ der EU (SCHER) hat Ende Oktober seine Stellungnahme zu den Forschungsprioritäten im siebten Forschungsrahmenprogramm veröffentlicht. Unter dem Oberthema „Umwelt und Gesundheit“ führt das Programm verschiedene Forschungsaktivitäten auf. Als besonders wichtige Themen hat der SCHER-Ausschuss ultrafeine Partikel (Feinstaub bis 2,5 Mikrometer), Innenraumluftverschmutzung sowie Nanopartikel benannt. Die EU solle ein europäisches Netzwerk ins Leben rufen, um die Exposition der Menschen gegenüber verschmutzenden Stoffen zu analysieren. Der Schwerpunkt solle auf „neuen“ chemischen Verbindungen sowie auf Zerfallsprodukten von in hohen Mengen hergestellten Chemikalien liegen. Das 7. Rahmenforschungsprogramm läuft bis 2013. (jg)

[www.ec.europa.eu/health/ph\\_risk/committees/04\\_scher/docs/scher\\_o\\_044.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scher/docs/scher_o_044.pdf) (10 S., 60 kB)  
Quelle: ENDS Europe Daily, 28.11.06

### Studie zur Umsetzung der Biozid-Richtlinie: Konsultation bis 15.1.

► Sechs Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (98/8/EG) und nach Verstreichen der Frist, zu der alte Wirkstoffe (Anhang III) nicht mehr in Verkehr gebracht werden durften (01.09.06), will die EU-Kommission die positiven und negativen Effekte untersuchen lassen, die seit Einführung der Regelung im Biozid-Markt entstanden sind. Darüber hinaus sollen eventuelle Änderungsvorschläge zur Lösung dieser Probleme eingeholt werden - unter Berücksichtigung der Umwelt-, sozialen und ökonomischen Effekte solcher Erweiterungen. Durchgeführt wird die Studie von Ökopol, der Hydrotox GmbH und der britischen Risikoforschungsgruppe RPA. Die Biozid-Richtlinie gilt für nicht landwirtschaftlich - also z. B. im Haushalt - genutzte Schädlingsbekämpfungsmittel. Bis 15. Januar 2007 sind Vorschläge erbeten. (jg)  
[www.ec.europa.eu/environment/biocides/study.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/biocides/study.htm)

### Konsultation zu weiteren Ausnahmen von der RoHS-Richtlinie bis 10.1.

► Bei der Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS, 2002/95/EG) soll es womöglich weitere Ausnahmen geben. Mehr als 23 Ausnahmen stehen bis zum 10. Januar auf dem Prüfstand. Darunter sind auch Produkte, zu deren Herstellung Blei, Kadmium und andere Stoffe genutzt werden. Kommentare sind erbeten. (jg)  
[www.ec.europa.eu/environment/waste/rohs\\_6\\_consult.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/waste/rohs_6_consult.htm)

### PFOS-Verbot steht bevor

Der Verkauf und Gebrauch von Perfluoroktansulphonat (PFOS) wird voraussichtlich ab Anfang nächsten Jahres verboten bzw. eingeschränkt sein. Das EU-Parlament hat Ende Oktober über einen Kompromiss mit dem Ministerrat positiv abgestimmt. Ausnahmen vom Verbot sind nur für wenige Industriebereiche vorgesehen, in denen keine Alternativen existieren. PFOS gehören zur Liste der international kontrollierten toxischen Chemikalien gemäß der Stockholm-Konvention. Der Vorschlag zu dem Verbot war Ende 2005 vorgelegt worden (EUR 02.06, S. 23). (jg)  
Quelle: ENDS Europe Daily, 25.1.06

## Energieministerrat am 23.11.

### Mitgliedstaaten wollen verbindliche Ziele für Erneuerbare Energien

Eine größere Gruppe der europäischen Energieminister würde bindende EU-Ziele für den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Energieversorgung begrüßen. Der von Deutschland initiierte Gruppenaufruf schlägt vor, bis 2020 20 Prozent des gesamten Energieverbrauchs durch Erneuerbare Energien zu decken. Nur wenn das Ziel verbindlich sei, könne es auch erreicht werden. Bisher strebt die EU einen Anteil von zehn Prozent bis 2010 an. Auch EU-Energiekommissar Andris Piebalgs bevorzugt verpflichtende Ziele und schlägt vor, auch Ziele für 2030 und 2050 festzulegen.

Der französische Industrieminister Francois Loos will hingegen sicherstellen, dass die Hälfte des Energiebedarfs aus Energiequellen gedeckt wird, die „wenig kohlenstoffintensiv“ sind. Großbritannien bevorzugt zusammen mit einer Handvoll anderer Länder freiwillige Ziele und lehnt verbindliche Ziele ab.

### Energieeffizienzplan

Die Energieminister beschlossen außerdem, den Kommissionsvorschlag für einen Energieeffizienzplan zu unterstützen. Der Plan soll helfen, das europäische Energieeinsparziel von minus 20 Prozent bis 2020 zu erreichen (EUR 11.06 S. 23). Die Ministerrats-Resolution ist fast identisch mit dem Kommissionsvorschlag. Die Einigung kam allerdings erst zustande, nachdem Dänemark sich bereit erklärte, seine Einwände wegen der Abwesenheit bindender Ziele im Effizienzplan fallen zu lassen.

Friends of the Earth Europe bedauerte, dass sich verbindliche Zielsetzungen und konkrete Maßnahmen wie Verbrauchsvorschriften oder Energieverbrauchsetiketten im Rat nicht durchsetzen konnten. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe (FoEE),  
Klimaexpertin Esther Bollendorff,  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 5426101  
eMail:  
esther.bollendorff@foeeurope.org  
www.foeeurope.org

## EU wird Kyoto-Ziele verfehlen

### Nur Großbritannien und Schweden erreichen ihre CO<sub>2</sub>-Minderungsziele

Laut einer neuen Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) werden nur Großbritannien und Schweden ihre nationalen Treibhausgas-Reduktionsziele einhalten können. Die Gesamtemissionen in Europa werden bis 2010 nur um 0,6 Prozent sinken, womit die im Kyoto-Protokoll zugesagte Reduktion um acht Prozent bis 2012 unerreichbar würde.

### Große Anstrengungen könnten noch zum Ziel führen

Nur wenn die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls oder zusätzliche Maßnahmen wie die Wiederaufforstung im vollen Umfang zum Einsatz kämen, könnten Länder wie Deutschland, Frankreich und Griechenland ihr nationales Reduktionsziel erreichen, so die EEA. Finnland, Luxemburg und die Niederlande könnten ihr Ziel dann sogar übertreffen. Die EU habe also noch die Chance ihr Klimaschutzziel zu erreichen: dafür müssten aber sämtliche existierenden und geplanten nationalen Reduzierungsmaßnahmen umgesetzt und alle Kyoto-Mechanismen sowie CO<sub>2</sub>-Senken genutzt werden. Die letzteren Maßnahmen werden von Umweltverbänden teilweise kritisch gesehen.

Die Umweltagentur empfiehlt vor allem folgende Maßnahmen:

- Geplante Politikmaßnahmen sollen vollständig umgesetzt werden - zum Beispiel Energieeffizienz- und Wärmedämmungsmaßnahmen (dies würde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Schätzungen um vier Prozent reduzieren).
- Die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls müssten tatsächlich angewandt werden und die Möglichkeiten, Emissionsreduktionen im Ausland zu erreichen, voll ausgeschöpft werden (vermutlich 2,6 Prozent weniger CO<sub>2</sub>).
- Auch Kohlenstoffsenken wie die Aufforstung von Wäldern sollten zum Einsatz kommen (vermutlich 0,8 Prozent weniger CO<sub>2</sub>).

### Für manche Länder ist der Zug bereits abgefahren

Österreich, Belgien, Dänemark, Irland, Italien, Portugal und Spanien werden ihre Ziele allerdings auch dann nicht erreichen können, wenn sie die empfohlenen Maßnahmen umsetzen. Die neuen Mitgliedsländer werden ihr Ziel dagegen mit Aus-

nahme Sloweniens ohne zusätzliche Maßnahmen erfüllen können.

### Auch global noch keine Trendwende

Auch die globalen Emissionsentwicklungen lassen Klimaschützer wenig hoffen. Laut dem jüngsten UN-Bericht über die Emissionsentwicklung der Annex-1-Länder haben die Treibhausgasemissionen aller Industriestaaten 2004 das höchste Niveau seit 1994 erreicht. Allerdings nähmen die Emissionen seit 2000 weniger stark zu. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA),  
Kongens Nytorv 6, 1050 Kopenhagen,  
Dänemark  
Tel. 0045 33 / 3671-00, Fax -99  
www.eea.europa.eu

## Nationale Allokationspläne müssen nachgebessert werden

### EU-Kommission weist Pläne von zehn Mitgliedstaaten zurück

Die EU-Kommission hat zehn EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Phase des Emissionshandelssystems von 2008 bis 2012 zu überarbeiten. Deutschland, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Slowakei, Schweden und Großbritannien wurden aufgefordert ihre Pläne zu korrigieren.

Umweltkommissar Stavros Dimas begründete seine Ablehnung damit, dass die entsprechenden NAPs der Industrie zu großzügig Emissionszertifikate zuteilen. Dimas betonte, man wolle eine Wiederholung des Debakels vom Mai 2006 vermeiden, als die Preise für CO<sub>2</sub> wegen eines deutlichen Überangebots einbrachen. Damals rutschten die Preise von 30 auf 13 Euro pro Zertifikat ab. Die Knappheit der Lizenzen sei aber die Voraussetzung für ein effektives Emissionshandelssystem.

Kraftwerke und Industriebetriebe stießen 2005 in der EU 2,5 Prozent weniger klimaschädliches Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) aus, als ihnen im Rahmen der Nationalen Allokationspläne zugestanden wurde. Damit entstand ein Überschuss an Zertifikaten im Wert von gut 63 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Nur sechs EU-Länder stießen mehr CO<sub>2</sub> aus als Zertifikate zugeteilt wurden.

### Kommission stützt deutschen NAP deutlich zurecht

Deutschland verzeichnete den absolut größten Überschuss an Zertifikaten. Die deutschen Unternehmen stießen 2005 vier Prozent oder 21 Millionen Tonnen weniger CO<sub>2</sub> aus, als ihnen laut NAP zu stand.

Deutschland muss nun seine vorgeschlagene Emissionsobergrenze am deutlichsten nach unten korrigieren. Die Bundesregierung hatte die Obergrenze, nachdem eine Ablehnung der Kommission voraussehen war, zwar bereits freiwillig von 482 auf 465 Millionen Tonnen reduziert, diesen Vorstoß erachtete die Kommission allerdings nicht als ausreichend. Sie legte nun eine Höchstgrenze von 453,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> für die am Emissionshandel teilnehmenden deutschen Unternehmen fest. In der ersten Phase von

2005 bis 2007 liegt die Obergrenze bei 499 Millionen Tonnen.

Frankreich sollte eigentlich ebenfalls eine Abmahnung erhalten - in letzter Minute zog die Regierung in Paris ihren Allokationsplan aber zurück und entging damit einer öffentlichen Zurückweisung durch die Kommission. Kommissar Dimas erhielt die Zusicherung, dass der französische Plan Mitte Dezember neu eingereicht wird.

Der britische Allokationsplan ist der einzige NAP, der nicht aufgrund der Vergabe von zu vielen Zertifikaten abgewiesen wurde. Die Kommission bemängelte lediglich, dass eine Anlage auf Gibraltar nicht in der Liste über industrielle Anlagen aufgeführt wurde.

### Auch europäische Banken wollen strengere Allokationspläne

Am Abend vor der Entscheidung erhielt Kommissionspräsident José Barroso einen Brief von ECIS (European Carbon Investors and Services), einer Gruppe von 13 Investitionsbanken, unter anderem ABN Amro, Barclays Capital und Deutsche Bank, in dem er aufgefordert wurde, trotz des politischen Drucks durch die Mitgliedstaaten eine harte Linie bei der Überprüfung der NAP einzunehmen. Die NAP müssten zu einem realistischen Preis für Kohlenstoffzertifikate führen, der ausreiche, um Investitionen in saubere Technologien lohnend zu machen.

### Vergabeverfahren bevorzugt noch immer große Verschmutzer

Umweltverbände wie WWF, Climate Action Network und Greenpeace begrüßten die Entscheidung der EU-Kommission, die Emissionsobergrenzen für die Mitgliedstaaten zu senken. Sie kritisierten aber, dass die Verfahren der Zertifikatevergabe nicht verbessert worden seien. Die Allokationspläne müssten so ausgelegt sein, dass derjenige, der mehr verschmutze, auch mehr zahlen müsse. Dies sei momentan nicht der Fall.

Der WWF hatte Anfang November deutliche Kritik an den NAP geübt. Polen habe die „lächerlichste“ Obergrenze in Europa, Frankreich habe „keine Ambitionen“ und „inflationiere“ seine Emissionsziele. Deutschland wurde wegen der Subventionierung von neuen, hoch verschmutzten Kraftwerken als „Paradies für Klimakiller“ bezeichnet. Deutschland möchte neue Kraftwerke 14 Jahre ohne Reduk-

tionsanforderung laufen lassen. Solch langen Garantien seien in Zeiten des Klimawandels nicht hinnehmbar, befand der WWF.

Lediglich Großbritannien wurde wegen der Entscheidung, sieben Prozent der Zertifikate zu versteigern, gelobt. Die für die zweite Phase geplante Reduzierung um 3,5 Prozent wurde aber nur mit „ausreichend“ bewertet.

### WWF: Zertifikate sollten zu 100 % versteigert werden

Der WWF Deutschland zeigte sich erleichtert über die Kommissionsentscheidung die Obergrenze für Zertifikate zu senken. Gleichzeitig bemängelte die Umweltorganisation, dass die EU-Kommission eine Verschiebung der Emissionsreduktionen in die Zukunft zulasse. Dies zeige sich in der unzureichenden Ausstattung der Reserve für Neuanlagen mit zehn Millionen Tonnen. Notwendig sei ein Bereithalten von Zertifikaten in Höhe von rund 40 Millionen Tonnen.

Auch bei der Versteigerung der Emissionszertifikate müsse Deutschland noch nachbessern. Die EU erlaubt, dass bis zu zehn Prozent der zu vergebenden Zertifikate versteigert werden können. Bisher habe sich das deutsche Umweltministerium aber nicht getraut, dieses marktwirtschaftliche Instrument einzusetzen und damit eine wichtige Chance verschenkt, so der WWF. Die Zertifikate müssten nun so schnell wie möglich und möglichst vollständig versteigert werden. Außerdem müsse der Flugverkehr noch vor 2012 in das System einbezogen werden. (tl) ■

Siehe auch die folgenden Beiträge.

#### • Weitere Informationen

WWF Deutschland, Regine Günther, Klimaschutz und Energiepolitik, Rebstocker Str. 55, 60326 Frankfurt/M.  
Tel. 069 / 79144142  
eMail: guenther@wwf.de  
www.wwf.de

Climate Action Network (CAN) Europe, Matthias Duwe, Rue del la Charite 48, B-1210 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 22952-24, Fax -29  
eMail: matthias@climnet.org  
www.climnet.org

## Ausweitung des Emissionsrechtehandels?

### Forstsektor möchte am Emissionshandel teilnehmen

Die Forstwirtschaft kann möglicherweise ab 2013 am Handel mit Emissionszertifikaten teilnehmen. Laut dem Stern-Report<sup>1</sup> bietet der Sektor große Möglichkeiten, da die Abholzung stärker zum Klimawandel beiträgt als der Verkehrssektor. Jährlich gehen weltweit etwa 14 Millionen Hektar Wald verloren. Die Klimarahmenrichtlinie sieht derzeit eine Integration des Forstsektors in den Emissionshandel nicht vor. Wiederaufforstungsprojekte im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM - Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern) oder Joint Implementation (JI - gemeinsame Projekte unter Industriestaaten) werden nicht anerkannt. Auch der EU-Emissionshandel erlaubt dies nicht.

### Jährlich gehen Millionen Hektar Wald verloren

Die Entwaldung ist ein großes Problem in Südamerika und Asien. Während der ursprüngliche Waldbestand dort dramatisch schwindet, nimmt der Bestand in Europa und Nordamerika wieder leicht zu - wobei nicht immer zwischen Forst und Wald unterschieden wird. Die sehr bescheidene Wachstumsrate beträgt etwa eine Million Hektar pro Jahr. Auf der Klimakonferenz in Nairobi im November 2006 wurde beschlossen, einen Vorschlag Brasiliens zu prüfen, der mehrere Anreize zur Eindämmung der Entwaldung in Entwicklungsländern vorschlägt. Das Thema soll auf einem Treffen in Bonn im März 2007 weiter untersucht werden.

Wälder speichern große Mengen an Kohlendioxid. Die Forstindustrie hofft nun, Forstprojekte bis 2013 in den Europäischen Emissionshandel integrieren zu können. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Anne Brunila, Finnish Forest Industries Federation  
Tel. 00358 / 913261

<sup>1</sup> Bericht des ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, zu den ökonomischen Folgen des Klimawandels. Siehe [www.hm-treasury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_change/sternreview\\_index.cfm](http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm)

## Emissionshandel soll wirkungsvoller werden

### EU-Kommission legt ersten Bericht vor

Die EU-Kommission hat Mitte November einen Bericht mit einer ersten Überprüfung des Emissionshandels sowie einen Zeitplan für die Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems vorgelegt. Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass ein einfacheres und vorhersehbares System nötig sei, um die Marktliquidität des Emissionshandels zu verbessern. Eine Arbeitsgruppe soll bis Mitte 2007 Gesetzesvorschläge ausarbeiten, die mit Beginn des dritten Handelszeitraums 2013 in Kraft treten können. Die Arbeitsgruppe soll eng mit Industrie, NGOs und Think Tanks zusammenarbeiten.

### Neue Vorschläge bis Mitte 2007

Die Arbeitsgruppe wird sich mit den folgenden Bereichen beschäftigen:

- Ausweitung des Geltungsbereiches auf andere Treibhausgase (Stickoxid aus der Ammoniakherstellung oder Methan aus Kohlebergwerken);
- Weitere Harmonisierung der nationalen Allokationspläne: die Kommission will prüfen, ob es eine Grundlage gibt, ab 2012 eine einheitliche EU-Grenze einzuführen;
- Verbesserte Überprüfung und Leitlinien für die Berichterstattung, die sicherstellen, dass die Vorschriften eingehalten werden;
- Verknüpfung des Emissionshandelssystems mit Handelssystemen in Drittländern oder mit den flexiblen Mechanismen, die es ermöglichen Entwicklungsländer stärker einzubeziehen.

### Vorschlag zur Integration des Flugverkehrs

Der Flugverkehr wird eventuell bereits 2010 in das System integriert. Umweltkommissar Dimas hat versprochen, einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen. Einbezogen werden sollen alle Flüge, die in die EU fliegen oder sie verlassen. (tl) ■

### • Weitere Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111  
Generaldirektion Umwelt  
[www.ec.europa.eu/environment/climat/emission.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/climat/emission.htm)

## „Atomkraft kann das Klima nicht retten“

### Klimaschutz wird bei IEA zum Argument für AKW-Neubauten

Vor Beginn der Weltklimakonferenz in Nairobi warb die Internationale Energieagentur (IEA) in Paris für den Bau neuer Atomkraftwerke in aller Welt. Ohne Atomstrom und neue Kernkraftwerke sei das Problem der Erderwärmung nicht in den Griff zu bekommen. Überdies sei ohne Nukleartechnik die weltweite Energieversorgung nicht sicher genug, heißt es in dem Papier der Agentur, einer Dachorganisation der westlichen Industrieländer.

### Umweltbewegung: Atomkraft ist teuer, unsicher und klimafeindlich

Umweltaktive und Atomkraftgegner/innen kritisierten die Aussage der IEA auf das Heftigste. „Auch wenn man unsinnige Aussagen beständig wiederholt und dafür einflussreiche Organisationen einspannt, bleiben sie nichts anderes als Unsinn“, kommentierte Angelika Claußen, Vorsitzende der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW.

Friends of the Earth Europe (FoEE) nannte den Aufruf der Agentur, die Atomkraft auszubauen, gefährlich für das Klima und wirtschaftlich unrentabel. Atomkraft sei nicht die Lösung für das Klima- und Energiesicherheitsproblem. Neue Atomkraftwerke machten die Chancen auf einen wirksamen Klimaschutz eher zunichte. Geld, das in das Energiesparen und Erneuerbare Energien investiert werde, führe zu wesentlich größeren CO<sub>2</sub>-Reduktionen als Investitionen in neue Atomkraftwerke.

Atomkraft sei zudem die gefährlichste Form der Energiegewinnung, so FoEE. Pannen wie im schwedischen Forsmark machten deutlich, dass sich „jeden Tag wieder ein ähnlich schrecklicher Unfall wie in Tschernobyl ereignen“ könne. Unbeantwortet bleibe auch die Frage, wo der über Jahrtausende strahlende Müll sicher zu lagern sei.

### „Auf dem freien Markt ist Atomkraft nicht wettbewerbsfähig“

„Wir können die Nachfrage nach Energie durch Investitionen in Energieeinsparungen zehn Mal billiger decken als mit neuen Atomkraftwerken“, sagte Frank von Schaik, Campaigner bei Friends of the Earth Europe. „Auf dem freien Markt ist

Atomkraft nicht wettbewerbsfähig.“ Die wahren Kosten der Atomenergie würden oft nicht berücksichtigt. So würden etwa die Kosten für Jahrhunderte lange Abfallbehandlung und -verwahrung, der Rückbau alter Anlagen und die Kosten bei eventuellen Unfällen nicht einkalkuliert. Bisher sei weltweit nicht eine Anlage ohne massive staatliche Subventionen gebaut worden, so von Schaik. Zudem sei auch Uran eine endliche Ressource, die schon für die jetzigen AKW-Kapazitäten nur noch rund 50 Jahre reiche. (tl) ■

### ● Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Frank von Schaik, Brüssel  
Tel. 0032 2 / 542 0180  
eMail: [info@foeeurope.org](mailto:info@foeeurope.org)  
[www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)

### Newsticker

#### **Vertrag für Kernfusionsprojekt ITER unterzeichnet**

Der Bau des ITER-Kernfusionreaktors im südfranzösischen Cadarache soll Anfang 2007 beginnen und etwa zehn Jahre dauern. Die am ITER-Projekt beteiligten Partner China, Indien, Japan, Russland, Südkorea, USA und EU haben am 21. November einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet. Die EU trägt allein 50 Prozent der Kosten von insgesamt 10 Mrd. Euro, die anderen Partner bringen jeweils zehn Prozent auf. Das wohl teuerste Wissenschaftsexperiment der Welt soll zeigen, dass es möglich ist, mit der Kernfusion Energie zu gewinnen. Ein entsprechender Reaktor könnte nach Hoffnungen der Beteiligten 2040 ans Netz gehen. Kritiker bezeichnen das Projekt als Geldverschwendung. Entsprechend weniger stehe für die Erforschung Erneuerbarer Energien zur Verfügung. Erneuerbare Energien stünden bereits kurz vor dem wirtschaftlichen Durchbruch und leisteten schon heute einen deutlichen Beitrag zur Energieversorgung. Die Kernfusion könne, wenn überhaupt, erst in einigen Jahrzehnten wirtschaftlich Energie produzieren. Umweltschützer befürchten außerdem, dass die Kernfusion unkontrollierbare Risiken mit sich bringt. (tl)  
Quelle: Euractiv 22.11.06

#### **Frankreich plant Umweltzoll**

Die Regierung in Paris will Strafzölle auf Importe aus Ländern wie China und Indien erheben, die nicht die Auflagen des Kyoto-Protokolls beachten müssen und zu wenig gegen ihre rasch wachsenden Kohlendioxid- und Schadstoffemissionen tun. Frankreich will den Vorschlag im ersten Quartal 2007 unterbreiten. Wie alle Steueranpassungen setzt die Einführung eines solchen Strafzolls die Einstimmigkeit der EU-Mitglieder voraus. Dies scheint derzeit unwahrscheinlich. Die französische Regierung ist jedoch optimistisch und hofft ihren Vorschlag auch der WTO vermitteln zu können. Auch der frühere Weltbank-Chefökonom und Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz hatte vor einigen Monaten Importsteuern für US-Produkte vorgeschlagen, um die indirekte Subvention amerikanischer Produkte durch das Unterlassen von Klimaschutzmaßnahmen auszugleichen. Auch die EU-Kommission prüft eine solche Steuer (EUR 11.06. S. 26). Frankreich will außerdem die steuerlichen Sanktionen für umweltbelastende Industrien

sowie die Fluglärmabgaben um je zehn Prozent erhöhen und erwägt eine Schwerkverkehrsabgabe in den Alpen. (tl)  
Quelle: taz 15.11.06)

■

## Endspurt für Natura 2000

### Umweltverbände: Schutzgebiete sichern, Rechtssicherheit schaffen

Die Umweltverbände BUND und NABU haben die deutschen Bundesländer aufgefordert, die Schutzgebiete des europäischen Netzes „Natura 2000“ endlich auch nach nationalem Recht ausreichend zu schützen. Zwar sei Deutschland mit der Nachmeldung von Schutzgebieten nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) durch die Bundesländer im Februar 2006 der Vollendung des zusammenhängenden Schutzgebietsnetzes „Natura 2000“ einen großen Schritt näher gekommen, jedoch gebe es für die Natura-2000-Gebiete im deutschen Naturschutzrecht keine eigenständige Schutzgebietskategorie, sodass sie nach nationalen Kategorien wie z. B. Naturschutzgebiet ausgewiesen werden müssten.

In den Schutzgebietsverordnungen sei zudem detailliert festzuhalten und durch einen Managementplan umzusetzen, wie die Schutzziele erreicht werden können. Nur so, argumentieren BUND und NABU, könne auch die für Kommunen, Investoren und Landnutzer erforderliche Planungs- und Rechtssicherheit erreicht werden.

In einer Reihe von Bundesländern werden bislang hiervon abweichende pauschale Unterschutzstellungen durch Gesetz favorisiert oder es wird angestrebt, einen Großteil der Schutzgebietsausweisungen durch Vertragsnaturschutz abzuwickeln. Da dieses Vorgehen nach Auffassung von BUND und NABU nicht EU-rechtskonform ist und damit auch weitere erhebliche Rechtsunsicherheiten verbunden sind, haben beide Verbände hierzu ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Situation in den Bundesländern analysiert und auf Basis der verbindlichen EU-Richtlinien und der einschlägigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und nationaler Gerichte Verbesserungsvorschläge für die Schutzgebietsausweisung in den Ländern macht.

### WWF-Studie zur Umsetzung von Natura 2000 in der EU

Die Umweltstiftung WWF hat Ende November eine Studie zur Umsetzung des Europäischen Schutzgebietesnetzes Natura 2000 in allen 25 Mitgliedstaaten der EU sowie Bulgarien und Rumänien herausgegeben. Kein Land hat demnach bei der Umsetzung von Natura 2000 alle

Hausaufgaben erfüllt. Deutschland zählt immerhin zu den Ländern, die drei Viertel ihrer Aufgaben umgesetzt haben. In diese Gruppe reihen sich auch Estland, Finnland, Litauen und Schweden ein, während insbesondere in Belgien, Dänemark, den Niederlanden und Griechenland noch erhebliche Defizite bestehen. Um 100 Prozent zu erreichen, müssen in den nächsten Jahren in Deutschland erhebliche Anstrengungen unternommen werden.

Große Schwächen sieht der WWF in der finanziellen Ausstattung der Natura-2000-Gebiete. Die von der EU vorgesehene Finanzierung der Umsetzung von Natura 2000 aus allen bestehenden EU-Fonds sei nur in wenigen Bundesländern in ausreichender Form vorgesehen. Die Mehrheit der Bundesländer habe sich für eine Finanzierung aus dem knapp bemessenen Fonds für ländliche Entwicklung (ELER) entschieden. Die mit deutlich größerem Budget ausgestatteten Strukturfonds würden nur selten hinzugezogen, obwohl sie hervorragende Möglichkeiten böten, um Tourismus und Umweltbildung in Natura-2000-Gebieten zu stärken.

Dennoch zieht der WWF insgesamt eine positive Bilanz: „Europa ist auf dem richtigen Weg.“ Wichtig sei es künftig, die Naturschutzpolitik mit anderen Politikfeldern wie der Landwirtschafts- oder Verkehrspolitik stärker zu verzahnen. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Doris Eberhardt, BUND-Naturschutzreferentin, Berlin  
Tel. 030 / 275 864-51  
eMail: doris.eberhardt@bund.net

Claus Mayr, NABU-EU-Experte, Bonn  
Tel. 0228 / 4036-166  
eMail: claus.mayr@nabu.de

Martina Fleckenstein, WWF, Leiterin EU-Politik/ländliche Entwicklung, Berlin  
Tel. 030 / 308742-11  
eMail: fleckenstein@wwf.de

BUND/NABU-Gutachten:  
[www.nabu.de/m06/m06\\_04/05497.html](http://www.nabu.de/m06/m06_04/05497.html)

WWF-Studie (PDF, 96 S., 5 MB):  
[www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf\\_neu/Natura\\_2000\\_\\_WWF\\_Report\\_2006.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Natura_2000__WWF_Report_2006.pdf)

## Biodiversitätsprogramm: Erfolg durch Kontinuität

### 2010-Biodiversitätsziel Schwerpunkt der Präsidentschafts-Troika

Die EU-Ratspräsidentschafts-Troika<sup>1</sup> - Deutschland, Portugal und Slowenien - will sich durch ein gemeinsames Programm dem 2010-Biodiversitätsziel<sup>2</sup> widmen. Regierungsvertreter und Naturschutzexperten der drei Länder sowie der EU-Kommission trafen sich Ende November in Berlin, um dieses Biodiversitätsprogramm abschließend zu besprechen. Es war das dritte und letzte Vorbereitungstreffen auf Ebene der Naturschutzdirektoren.

### Schwerpunkt: Schutzgebietsnetz auf See und an Land aufbauen

Die drei Länder unterstreichen in dem Programm die besondere Verantwortung der EU, auf europäischer und globaler Ebene konkrete und gangbare Regelungen und Maßnahmen vorzubereiten und umzusetzen. Fortschritte sollen vor allem beim Schutz der Wälder und beim Aufbau eines weltweiten Schutzgebietsnetzes auf See und auf Land erzielt werden. Gleichfalls sollen der Zugang zu genetischen Ressourcen und der gerechte Vorteilsausgleich aus der Nutzung dieser Ressourcen verbessert, innovative Finanzierungsmechanismen für den weltweiten Schutz von Biologischer Vielfalt erarbeitet sowie neue Modelle zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft entwickelt werden.

Das verabredete Programm ist auch von Bedeutung für den Weltgipfel vom 19.-30. Mai 2008 in Bonn, die 9. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die Biologische Vielfalt. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Quellen:  
[www.countdown2010.net/news/news.html#061123](http://www.countdown2010.net/news/news.html#061123)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de) (22.11.2006)  
[www.bmu.de/english/nature/downloads/doc/38254.php](http://www.bmu.de/english/nature/downloads/doc/38254.php)  
Download Troika-Biodiversitätsagenda:  
[www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/biodiversity\\_agenda\\_en.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/biodiversity_agenda_en.pdf)

<sup>1</sup> EU-Ratspräsidentschaft des laufenden sowie des vergangenen und des kommenden Halbjahres.

<sup>2</sup> Auf dem Weltgipfel in Johannesburg wurde 2002 das Ziel vereinbart, den weltweiten Verlust an Biologischer Vielfalt bis 2010 zu stoppen.

## Newsticker

### Wie können Marktanzreize für den Biodiversitätsschutz genutzt werden?

Marktwirtschaftliche Instrumente (MBI) wie Steuern, Fördermittel oder handelbare Genehmigungen werden immer häufiger durch EU-Mitgliedstaaten für den Biodiversitätsschutz in Erwägung gezogen oder genutzt. Beispiele bereits eingesetzter marktwirtschaftlicher Instrumente umfassen Handelmechanismen für Fischereiquoten, Agrar-Umwelt-Programme, Umweltkennzeichnung und Steuern. Eine im Sommer veröffentlichte, durch die Generaldirektion Umwelt beauftragte Studie hat die derzeitige Nutzung von MBIs untersucht, die Erfolge und Misserfolge dieser Instrumente evaluiert und ihr Potenzial für die Nutzung in anderen Zusammenhängen beurteilt. Die Ergebnisse fußen auf 204 Beispielen marktwirtschaftlicher Instrumente, die derzeit zum Schutz der Biodiversität eingesetzt werden: Steuern, Abgaben, Gebühren, handelbare Genehmigungen, Umweltkennzeichnung, finanzielle Mechanismen und Haftung sowie Kompensationsschemata. (bv)  
Studie: „The Use of Market Incentives to Preserve Biodiversity“, 2006; Download (PDF, 51 S., 420 kB): [www.ec.europa.eu/environment/enveco/others/mbi.pdf](http://www.ec.europa.eu/environment/enveco/others/mbi.pdf)

### Flora und Fauna: Gewinner und Verlierer 2006

Rückblickend auf das Jahr 2006 warnt der WWF vor einem immer stärkeren Biodiversitätsrückgang, sieht aber auch einige Lichtblicke. Die Weltartenschutzorganisation IUCN musste in die Rote Liste der gefährdeten Arten 530 Neuzugänge als „vom Aussterben bedroht“ aufnehmen, und die Situation für viele bereits darin verzeichnete Tiere als verschlechtert melden. Zu den „Gewinnern“ des Jahres 2006 zählt laut WWF der Seeadler. Die Ausweisung von weiträumigen Schutzzonen in Deutschland habe maßgeblich zur seiner Wiederansiedlung beigetragen. Seit 1980 ist die Zahl der Brutpaare des deutschen Wappenvogels von 127 auf 531 gestiegen. Zudem entdeckten Wissenschaftler 2006 im Regenwald des Amazonas unbekanntes Affen-, Vogel- und Fischarten sowie auf der Insel Neuguinea nahezu 20 neue Orchideenarten. (bv)  
Quelle: [www.wwf.de/presse/archiv](http://www.wwf.de/presse/archiv) (22.11.06)

### Klimawandel bedroht viele Vogelarten

Der Klimawandel gefährdet das Überleben zahlreicher Vogelarten. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Studie „Klimawandel und Vogelarten“, für die ein Forscherteam im Auftrag des WWF mehr als 200 wissenschaftliche Artikel auswertete. Gebirgs-, Küsten-, Insel- und arktische Arten sind demnach besonders gefährdet. Zugvögel hingegen stehen vor dem Problem, dass der Klimawandel zu Verschiebungen bei den Jahreszeiten führt und so den natürlichen Jahresrhythmus der Vögel beeinflusst. Betroffen sind laut Studie Arten auf der ganzen Welt, ausbleibender Bruterfolg eine der Folgen, sodass einige Populationen in Europa bereits um 90 Prozent zurückgegangen sind. Die Studie ermittelt, dass 38 Prozent aller europäischen Vogelarten klimawandelbedingt aussterben könnten, wenn die weltweite globale Erwärmung gegenüber vorindustriellen Werten um mehr als 2 Grad ansteigt. In Nordost-Australien könnten es sogar über 70 Prozent der Arten sein. (bv)  
Quelle: [www.wwf.de/presse](http://www.wwf.de/presse) (14.11.06)  
Studie: „Bird Species and Climate Change“ (engl.); Download (PDF, 75 S., 3,3 MB): [www.wwf.de/?RDCT=ab066c89ee6fba70bc3c](http://www.wwf.de/?RDCT=ab066c89ee6fba70bc3c)

### Agrarministerrat billigt Aktionsplan Wald

Der Rat der EU-Landwirtschaftsminister hat Ende Oktober Schlussfolgerungen zum Aktionsplan Wald vom Juni 2006 angenommen und diesen damit gebilligt. Zu den Schlüsselmaßnahmen des Plans gehört der Ausbau der Biomasseproduktion in Wäldern. Zudem sollen ein europäisches Waldmonitoringsystem etabliert und in allen relevanten Abteilungen der EU-Kommission Koordinator/innen für Maßnahmen mit Wald-Bezug bestellt werden. (bv)  
Quelle: EU-News (Wien) 17/2006

### Kommissions-Entwurf zum Verbot von Hunde- und Katzenfellen

Ende November hat die EU-Kommission eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel verabschiedet, Produktion, Handel und Verkauf von Hunde- und Katzenfellen in Europa zu verbieten. Beschlossen werden muss das Verbot nun vom EU-Parlament und vom Ministerrat. (bv) ▼  
Quelle: [www.tierschutzbund.de/02233.html](http://www.tierschutzbund.de/02233.html)

### Parlamentarier/innen fordern Flexibilität bei LIFE+

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben Anfang November den EU-Ministerrat davor gewarnt, den Mitgliedstaaten die Finanzgewalt über 80 % des LIFE+-Umweltprogramms zu überlassen. Solche Pläne seien inakzeptabel. Sie forderten von den Regierungen der Mitgliedstaaten Flexibilität. Anfang Dezember beauftragte der Haushaltsausschuss die Kosten für die Überbrückungsmaßnahmen für das EU-Umweltschutzprogramm LIFE+ während der Dauer des rechtlichen „Vakuums“ zwischen dem Beginn des Jahres 2007 und der Annahme der entsprechenden rechtlichen Basis auf rund 15 Millionen Euro. (bv)  
Quellen: ENDS Europe Daily, 08.11.06 ; [www.europarl.europa.eu/news/public/default\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/public/default_en.htm) (05.12.06)

### Alpenkonferenz beriet über besseren Schutz vor Klimawandel-Folgen

Die Folgen des Klimawandels in der Alpenregion waren eines der zentralen Themen der diesjährigen Alpenkonferenz im österreichischen Alpbach. Die Umweltminister der Alpenstaaten und Vertreter der EU verabschiedeten eine Deklaration zum Klimawandel, mit der grünes Licht für ein wissenschaftliches Projekt zur Entwicklung von Anpassungsstrategien gegeben wird. Ziel dieses Projekts ist es, in den kommenden zwei Jahren die Folgen des Klimawandels für alle wichtigen Bereiche wie Tourismus, Verkehr und Landwirtschaft abzuschätzen. Darüber hinaus soll ein Aktionsplan mit spezifischen Maßnahmen für die Alpenregion erarbeitet werden, der einen konkreten Zeitplan beinhaltet. „Anpassungsstrategien sind dringend erforderlich“, erklärte Staatssekretär Michael Müller vom deutschen Umweltministerium. (bv)  
Quelle: BMU-Pressedienst 09.11.06

### Insektensterben: Agrarindustrie untergräbt Nahrungsgrundlagen

Der Rückgang der Insekten gefährdet nach Ansicht von Forschern die Ernährung der Menschen. In Brasilien bestäuben Tagelöhner Nutzpflanzen von Hand, weil es nicht genügend Insekten gibt. Durch die weltweite Intensivierung der Landwirtschaft werde den Tieren immer mehr die Lebensgrundlage entzogen. (bv)  
Quelle: [www.welt.de/data/2006/10/30/1092657.html](http://www.welt.de/data/2006/10/30/1092657.html)

## Deutsche Autos bleiben Spritfresser

**Freiwillige Selbstverpflichtung gescheitert: Nur 25 % erreichen Soll**  
Drei Viertel der größten europäischen Autohersteller werden voraussichtlich das Ziel verfehlen, die klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Neuwagen entscheidend zu reduzieren. Das ergab eine Studie des Verkehrs- und Umweltverbands T&E vom Oktober. Vor acht Jahren hatten die Autobauer, darunter Audi, BMW, Mercedes und VW, versprochen, den Kohlendioxid ausstoß bis 2008 auf 140 g/km zu senken. Davon sind sie jedoch weit entfernt. In Deutschland liegt nach Angaben des BUND der Durchschnittsverbrauch der am häufigsten beworbenen Autos derzeit bei neun Litern für 100 Kilometer. Das entspricht einem CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 215 g/km.

### Umweltverbände: Klimapolitische Verantwortungslosigkeit

Umweltverbände warfen den Autokonzerne vor, sich aus der Verantwortung für den Klimaschutz zu stehlen. Bis heute sei die Selbstverpflichtung nur zur Hälfte erfüllt worden. Das freiwillige Reduktionsziel der Autoindustrie ist in den kommenden zwei Jahren wohl nicht mehr zu erreichen. Der VCD forderte deshalb „verbindliche Werte“ zur Kohlendioxid senkung in der EU. Außerdem solle Deutschland eine Kfz-Steuer einführen, die sich nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß richtet.

### Vorbilder Frankreich und Italien

Spitzenreiter bei den klimafreundlichen Autos sind Italien und Frankreich. Fiat als Nummer eins übertraf die EU-Vorgaben um 40 Prozent, Citroën und Renault folgen auf den Plätzen zwei und drei. „Warum die technisch sonst so überragenden Deutschen hier versagen, bleibt ein Rätsel“, hieß es bei den Umweltverbänden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08  
eMail:  
jos.dings@transportenvironment.org  
www.transportenvironment.org  
Die Studie:  
www.transportenvironment.org/docs/Publications/2006/2006-10\_how\_clean\_is\_your\_car\_brand.pdf

## Allgemeinheit zahlt Milliarden für Straßenverkehr

**Schweizer Studie zu ganzheitlichen Kosten und Nutzen des Verkehrs**  
Der Straßenverkehr kostet die Allgemeinheit prozentual doppelt so viel wie der Schienenverkehr. Das ergab eine Studie des Schweizer Bundesamtes für Raumentwicklung, die Ende Oktober veröffentlicht wurde. Zum ersten Mal in Europa wurden dabei auch Umwelt- und Unfallkosten mit einberechnet.

Die Allianz pro Schiene lobte den Schweizer Ansatz zur Bewertung des Verkehrs. Nur wenn sämtliche Kosten, die der Verkehr verursacht, offen auf dem Tisch lägen, könnten einzelne Verkehrsträger sinnvoll gefördert werden. In Deutschland wälzt der Straßenverkehr nach Berechnungen der Forschungsinstitute INFRAS und IWW pro Jahr rund 130 Milliarden Euro auf die Allgemeinheit ab.

### Künftig EU-weit Berücksichtigung der externen Kosten?

Ein weiteres Ergebnis der Studie: In der Schweiz, wo Lkw viermal so viel Maut wie in Deutschland zahlen, und zwar auf dem gesamten Straßennetz, schneidet der Straßenverkehr im gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Verhältnis leicht schlechter ab als die Schiene. Die Allianz pro Schiene forderte deshalb, auch in Deutschland den Straßengüterverkehr stärker an seinen Folgekosten zu beteiligen. Nur das könne umweltpolitische und ökonomische Fehlentwicklungen verhindern.

In Folge der EU-Richtlinie zur so genannten Eurovignette wird inzwischen auch auf europäischer Ebene an neuen Berechnungsmodellen gearbeitet, wonach sämtliche Kosten der Verkehrsträger in die Kosten-Nutzen Kalkulation einbezogen werden sollen. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Allianz pro Schiene, Geschäftsführer Dirk Flege, Chausseestr. 84, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60  
eMail:  
dirk.flege@allianz-pro-schiene.de  
www.allianz-pro-schiene.de

Die Studie:  
www.are.admin.ch/are/de/medien/mitteilungen/03881

## Jährlich eine Million Unfalltote durch Autoverkehr

**Globale Prognose: Verdopplung bis 2030 durch weitere Motorisierung**  
Der Soziologe Klaus Gietinger hat im November eine Untersuchung über die Anzahl der Opfer von Straßenverkehrsunfällen weltweit veröffentlicht. Die Forschungen erstreckten sich von der Erfindung des Automobils bis heute. Der Studie zu Folge starben bislang 35 Millionen Menschen auf den Straßen der Erde. Mehr als 1,2 Milliarden wurden verletzt.

Pro Jahr sind das mehr als eine Million Autounfalltote, 35 Millionen Menschen werden im gleichen Zeitraum verwundet, Tendenz steigend. Aufgrund der Motorisierung der Entwicklungsländer, vor allem Asiens, werden sich die Opferzahlen laut der Untersuchung bis 2030 voraussichtlich verdoppeln. Umweltfolgen, die Vergiftung von Luft, Erde und Wasser sowie verkehrsbedingte Klimaschäden sind in der soziologischen Studie nicht eingerechnet.

### Gehen, Rad- und Zugfahren als Gegenmaßnahmen

Der Autor der Studie fordert in seinem Resümee eine weltweite Verkehrswende. Er appelliert dabei vor allem an die hoch motorisierten Länder und die EU. Diese hätten eine Vorbildfunktion. Zu den Vorschlägen des Experten gehören Tempolimits auf allen Straßen, Verkehrsberuhigung, Aufhebung der Vorfahrt für Autos, Kostenwahrheit im Straßenverkehr und autofreie Städte. In Zukunft sollten wieder Füße, Fahrrad, Bus, Tram und Bahn die Hauptverkehrsmittel werden. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Initiative Frankfurt 22, Klaus Gietinger, Frankfurt/M.  
Tel. 069-703633, Fax -7078539  
eMail: klaus@gietinger.de  
www.frankfurt22.de

### Newsticker

#### **EU-Quotenpläne für „saubere Autos“ sollen überarbeitet werden**

Die EU-Kommission hat im November angekündigt, den Entwurf für eine Richtlinie über so genannte saubere Autos zu ändern. Bisher verlangt die Richtlinie von Behörden, dass ein Viertel ihrer schweren Fahrzeuge über 3,5 Tonnen den höheren umweltfreundlichen Standard erreichen soll. Das wurde als zu schwach kritisiert. Der neue Vorschlag soll laut Verkehrskommissar Jacques Barrot alle Fahrzeuge umfassen, nicht nur die schwereren. Außerdem sollen der CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die Energieeffizienz in die Kalkulation für die Gesamtkosten einbezogen werden. Im kommenden Sommer soll der neue Entwurf vorliegen. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 23.11.2006

#### **EU will geringeren Stickoxid-Ausstoß für Dieselfahrzeuge**

Die Europäische Kommission hat sich für eine weitere Drosselung der Stickoxid-Emissionen bei Dieselfahrzeugen ausgesprochen. Der Sinneswandel Anfang November ist offenbar auf den Druck des Europäischen Parlaments und einzelner Länderregierungen zurückzuführen. Bisher hatte die Kommission strengere Stickoxid-Grenzwerte für Diesel im Rahmen der Euro-6-Norm abgelehnt. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 7.11.2006

#### **Via Baltica: Gefahr für bedrohte Vogelarten im Nordosten Polens**

Der geplante Route für den Bau der Via Baltica, eine autobahnähnliche Fernstraße von Warschau über die baltischen Staaten nach Helsinki, gefährdet zwei Vogelarten, die ohnehin zu den bedrohten Arten zählen: den Seggenrohrsänger (*Acrocephalus paludicola*) und den Schelladler (*Aquila clanga*). Die Strecke würde durch ein sowohl durch europäisches als auch durch polnisches Recht geschütztes Biotop führen. Bisher wurden in Polen gut 150.000 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt. Die Unterzeichner/innen forderten die polnische Regierung auf, den Bau sofort zu stoppen und eine Umweltverträglichkeitsprüfung abzuwarten. (mbu)

Petition: [www.proact-campaigns.net/ppsi/via\\_baltica.html](http://www.proact-campaigns.net/ppsi/via_baltica.html)



## EU-Fischereiministerrat am 20./21.11.

### Themen: Tiefsee-Fangquoten, Fischerei im Mittelmeer, nachhaltiger Fischfang

Der EU-Ministerrat für Landwirtschaft und Fischerei hat auf seinem Treffen am 20./21. November über die Fangquoten für Tiefseefische, die Fischerei im Mittelmeer und die Nachhaltigkeit im Fischereisektor diskutiert.

### ICES-Position ignoriert: Nur geringe Einschränkungen für Tiefseefischerei

Über den Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung „zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten von Fischereifahrzeugen der Gemeinschaft für bestimmte Bestände von Tiefseeearten für die Jahre 2007 und 2008“<sup>1</sup> wurde von den EU-Fischereiministern Einigung erzielt. Von acht Tiefseeearten sowie den Tiefseehaien (die nicht nach Arten aufgeschlüsselt werden) gibt es bei vier Arten keine Quotensenkung von 2007 auf 2008. Bei zwei Arten sinkt die Quote leicht und bei drei Arten wird sie halbiert. Für eine Art werden zusätzlich in einigen Meeresgebieten Fischereiverbote empfohlen.

Der Ministerrat befürwortet den Vorschlag, obwohl er nicht mit der Position des wissenschaftlichen Rates des ICES (Internationaler Rat für Meeresforschung) übereinstimmt. Dieser hatte die derzeitige Tiefseefischerei bei fast allen Arten als nicht nachhaltig und bewertet und deshalb einen Fangstopp empfohlen.

### „Nachhaltige Fischerei im Mittelmeer“ nicht nachhaltig

Auch auf den Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zu Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen im Mittelmeer<sup>2</sup> konnten sich die Minister einigen. Doch die vorgeschlagenen Maßnahmen, wie Vorschriften für bestimmte Fangmethoden und Netzgrößen oder die Möglichkeit für die Ausweisung von Schutzzonen für bestimmte Arten und Ökosysteme werden von Umweltverbänden als bei weitem nicht ausreichend kritisiert. Vor allem die Aufnahme des „verankerten Kiemennetzes“ als lega-

les Fischfanginstrument wird als Wiedereinführung der verbotenen Treibnetze gewertet. Insgesamt würde eine Verabschiedung des Vorschlags aber die geltenden Rechtsvorschriften aus den 1980er und 1990er Jahren ersetzen, die noch geringere Auflagen an eine nachhaltige Fischerei beinhalten.

### „Höchstmögliche Dauererträge“: Minister bleiben unkonkret

Diskutiert wurde die Mitteilung<sup>3</sup> der Kommission über ein Fischereimanagementsystem basierend auf dem „Konzept des höchstmöglichen Dauerertrags“ (MSY<sup>4</sup>) für die EU. Die Fischbestände sollen auf einem Stand, der den höchstmöglichen Dauerertrag sichert, erhalten und erschöpfte Bestände bis 2015 wieder auf dieses Niveau gebracht werden. Die angegebenen Maßnahmen sollen der Verringerung der kurzfristigen Fänge, Erhöhung der Bestände und so dauerhaft höheren Fänge auf dem MSY-Niveau dienen. Die Fischereiminister sehen in dem Vorschlag einen Ausgangspunkt für den langfristigen nachhaltigen Umbau der Fischereipraktiken. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Quelle: [www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu) 2763. Tagung des Rates Landwirtschaft und Fischerei, 20./21.11.06

## Kein weltweites Verbot für Grundschieppnetzfisherei

### Island, Russland, China und Südkorea blockierten UN-Mehrheitswunsch

Auf der jährlichen Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) Anfang Dezember ist unter anderem auch die Nutzung und der Schutz der Ozeane verhandelt worden. In der verabschiedeten Resolution wird die Grundschieppnetzfisherei in den Gebieten unter der Verantwortung regionaler Fischereiorganisationen weiter zugelassen und außerhalb dieser Gebiete der Verantwortung der Flaggenstaaten unterstellt. Beide Verantwortlichen werden aufgerufen, stärker gegen illegale und zerstörerische Fischerei vorzugehen und Schutzmaßnahmen zu erweitern.

### Umweltorganisationen enttäuscht - nächste Chance erst 2009

Große Enttäuschung herrschte bei den Umweltverbänden. Durch den „faktischen Freibrief für die Grundschieppnetz-Fischerei“ werde der Meeresschutz zum wiederholten Mal den Interessen Weniger geopfert, hieß es bei Greenpeace. Dabei hätten die Chancen gut gestanden, eine Einigung zum weltweiten Verbot dieser zerstörerischen Fangmethode zu erreichen. Doch Island, Russland, China und Südkorea blockierten die anstehende Entscheidung. Ein nächster Versuch kann erst 2009 gestartet werden, wenn ein „Review“ dieses Themas auf der UN-Agenda steht. (tf) ■

### • Weitere Informationen

Greenpeace, Meereseexpertin Iris Menn, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg  
Tel. 040 / 306-18332, Fax -31132  
eMail: [iris.menn@greenpeace.de](mailto:iris.menn@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

<sup>1</sup> KOM(2006) 554 endgültig

<sup>2</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Rates betreffend Maßnahmen für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischereiresourcen im Mittelmeer und zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 2847/93 und (EG) Nr. 973/2001

<sup>3</sup> KOM(2006)103 endgültig

<sup>4</sup> Maximum Sustainable Yield

## Newsticker

### Kooperativer Gewässerschutz soll auf Osteuropa ausgeweitet werden

Die vierte Vertragsstaatenkonferenz der Wasserkonvention der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) hat Ende November über eine noch engere Zusammenarbeit zum Schutz von Flüssen, Seen und Grundwasser beraten. Die erfolgreiche überstaatliche Kooperation wie z. B. an Rhein, Elbe, Oder und Donau soll auch auf die Staaten Ost- und Südosteuropas sowie den Kaukasus ausgedehnt werden. (tf)

Quelle: BMU Pressedienst Nr. 306/06

### Mitmachen: Europaweiter Flussbadetag „Big Jump“ am 15. Juli

► Das European Rivers Network (ERN) hat beschlossen, auch im nächsten Jahr wieder einen Aktionstag für die europäischen Flüsse zu veranstalten. Ursprünglich sollte der Flussbadetag „Big Jump“ erst 2010 wiederholt werden. Aufgrund des großen Erfolges im letzten Jahr - mehr als 250.000 Menschen an 31 Flüssen in 22 Ländern hatten sich beteiligt - soll die Aktion am 15. Juli 2007 um 15 Uhr wiederholt werden. (jg)

[www.rivernet.org/bigjump](http://www.rivernet.org/bigjump)

### Ökotourismus in Costa Rica in Gefahr: Online-Petition an Präsidenten

► Eine geplante großflächige Tunfischfarm gefährdet Meeresschildkröten, Wale und Delfine im Golfo Dulce im Südwesten von Costa Rica, berichtet die Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA). Die große Bucht ist einer von weltweit nur drei tropischen Fjorden und beherbergt seltene und vom Aussterben bedrohte Arten. Die Auswirkungen wären weit reichend, denn Costa Rica wird weltweit für seinen Ökotourismus geschätzt. Mit der Fischfarm würde der gesamte ökologische Kreislauf dieses Naturwunders zerstört. Das Projekt kann nur durch den amtierenden Präsidenten, Friedensnobelpreisträger Oscar Arias Sanchez, gestoppt werden. Das DNR-Mitglied AGA hat eine Online-Petition gestartet, um Sanchez zu bitten, das Projekt zu stoppen. Auch der DNR ruft zur Teilnahme auf. (mb)

[www.aga-international.de](http://www.aga-international.de)

### Mittelmeerstaaten beschließen Umsetzung von Horizon-2020-Initiative

Die Umweltminister der EU und zehn weiterer Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes haben sich Ende November auf

der dritten „Euro-Mediterranean Ministerial Conference on Environment“ auf eine Umsetzung der von der EU-Kommission in September diesen Jahres vorgelegten Initiative „Horizon 2020“ verständigt. Die Strategie beinhaltet verschiedene Maßnahmen bis 2013, u. a. die Umsetzung der EU-Meeresstrategie und die Erfüllung der Barcelona-Konvention zum Schutz des Mittelmeers vor Verschmutzung von 1976. (tf)

Quelle: ENDS Europe Daily 21.11.06  
[www.ec.europa.eu/environment/enlarg/med/horizon\\_2020\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/enlarg/med/horizon_2020_en.htm)

### Meerestierarten könnten bis Mitte des Jahrhunderts weitgehend aussterben

Schreitet das Artensterben in den Ozeanen in dem derzeitigen Tempo voran, werden wilde Meerestierarten bis 2048 in weiten Teilen ausgestorben sein. Dies ist das Ergebnis einer Studie, an der Wissenschaftler vier Jahre lang gearbeitet haben. Derzeit seien bereits 29 Prozent aller Meerestierarten kollabiert, d. h. ihre Fangerträge sind um 90 Prozent zurückgegangen. Allerdings sei das Erholungspotenzial der Meeres-Ökosysteme immer noch so groß, dass sich die Meerestierarten bei entsprechenden Schutzanstrengungen wieder stabilisieren könnten. (tf)

[www.sciencemag.org](http://www.sciencemag.org)

### Parlament stärkt EU-Meeresstrategie-Richtlinie

Das europäische Parlament hat sich in seiner ersten Lesung Ende November für eine stärkere „Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt“ (Meeresstrategie-Richtlinie) geeinigt. U. a. soll die darin geforderte Erreichung eines „guten ökologischen Zustandes“ der europäischen Meere bereits bis 2017 statt wie im Kommissionsvorschlag bis 2021 erreicht werden. Außerdem stimmte das Parlament für eine klare Definition des „guten ökologischen Zustandes“, für eine Einführung von regionalen Strategien zur Unterstützung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit, für die Ausdehnung von Natura 2000 auf die Meere bis 2012 und für die Initiierung erster Pilotprojekte für besonders gefährdete Meeresgebiete wie die Ostsee. (tf)

Quelle: ENDS Europe Daily 15.11.06

### Bekämpfung des illegalen Fischfangs in der Antarktis

Illegaler Fischfang soll in der Antarktis ab sofort effektiver bekämpft werden. Die

Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR), zu deren Mitgliedern auch die EU gehört, hat Anfang November entsprechende Maßnahmen angenommen. Die CCAMLR-Mitglieder müssen nunmehr Untersuchungen und gegebenenfalls Schritte gegen eigene Staatsangehörige einleiten, die im Verdacht stehen, innerhalb des von der CCAMLR bewirtschafteten Bereichs illegalen Fischereiaktivitäten nachzugehen, egal auf welcher Stufe der Fischereiversorgungskette. (tf)

Quelle: EU-Kommission, 09.11.2006



## Veröffentlichungen

### Prognosen zu Treibhausgasemissionen in Europa

Die Europäische Umweltagentur (EEA) und das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (OPOCE) haben Ende Oktober einen Bericht über Verlauf und Prognosen der Treibhausgasemissionen in Europa veröffentlicht. Die 15 alten EU-Staaten können demnach die Emissionen durch Treibhausgase bis 2010 um 8 % reduzieren, wenn alle existierenden und geplanten politischen Maßnahmen ausgeführt und Kyoto-Mechanismen sowie CO<sub>2</sub>-Senken, wie z. B. Wiederaufforstung, angewendet werden (siehe S. 24). (nt)

EEA/OPOCE (Hrsg.): „Greenhouse gas emission trends and projections in Europe 2006“, EEA-Report 9/2006, 15,- Euro, ISBN: 92-9167-885-6; Download (PDF, 2,5 MB): [http://reports.eea.europa.eu/eea\\_report\\_2006\\_9/en/eea\\_report\\_9\\_2006.pdf](http://reports.eea.europa.eu/eea_report_2006_9/en/eea_report_9_2006.pdf)

### Mängel des Emissionshandels

Das Emissionshandelssystem ist „sowohl ineffektiv als auch ungerecht“ - das ist der Tenor eines Buches der Dag-Hammarskjöld-Stiftung. Die nach dem ehemaligen UN-Vizegeneralsekretär benannte Stiftung stellte das Buch im September parallel zur 12. Klimakonferenz in Nairobi vor. In dem Buch wird davor gewarnt, dass die heutigen Konsum- und Produktionsgewohnheiten, vor allem in den Industriestaaten, weiter fortgesetzt und die restlichen Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Kohle weiter ausgebeutet werden, statt das Klima vor weiterem fossilen Kohlenstoff zu schützen. Das Kyoto-Protokoll und der Emissionshandel werden als unzureichend in Frage gestellt. (nt)

Dag Hammarskjöld Foundation: „Carbon Trading - A Critical Conversation on Climate Change, Privatisation and Power“, Development Dialogue No. 48, 2006, ISSN 0345-2328, Download: [www.dhf.uu.se](http://www.dhf.uu.se)

### Emissionsdaten aus diffusen Quellen: PRTR-Newsletter

Das European Pollutant Emission Register (EPER) ist ein Register der von großen und mittelgroßen Industrieanlagen ausgestoßenen Emissionen. Es umfasst rund 50 Schadstoffe in Luft und Wasser (siehe S. 22). Hierzu erscheint jetzt ein regel-

mäßiger Newsletter. Die Dezember-Ausgabe beschäftigt sich eingehend mit den Daten aus Deutschland. (jg) [www.home.prtr.de](http://www.home.prtr.de) („Newsletter“)

### Bioenergie-Boom: Goldrausch mit Risiken und Nebenwirkungen

Das Forum Umwelt und Entwicklung hat im September einen Rundbrief mit dem Schwerpunktthema Bioenergie-Risiken herausgegeben. Denn aufgrund der steigenden Nachfrage tauchen massive Konflikte auf. Zwar sei der Abschied von fossilen Brennstoffen, insbesondere Kohle, dringend erforderlich, schreiben die Herausgeber, jedoch sei es nicht möglich, die heutigen Energieverbrauchsstrukturen einfach durch Erneuerbare Energien zu ersetzen, wenn auch noch ausreichend Flächen für den Naturschutz oder die Lebensmittelproduktion übrig bleiben und die Biodiversität der Erde erhalten werden solle. Daher müssten im politischen Prozess verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergie durchgesetzt werden. Der Rundbrief befasst sich noch mit weiteren aktuellen Themen wie dem G8-Gipfel und Fairem Handel. (nt)

Forum Umwelt und Entwicklung (Hrsg.): Bioenergie-Boom - Goldrausch mit Risiken und Nebenwirkungen, Rundbrief 3/2006; Bestellung: [www.forum-ue.de/22.0.html](http://www.forum-ue.de/22.0.html) Download (PDF, 42 S., 2,1 MB): [www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/rundbriefe/200603.pdf](http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/rundbriefe/200603.pdf)

### Wasser-Portal der UNESCO

Die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) will mit ihrem Wasserportal den Zugang zu Internet-Informationen erweitern. Die Website enthält Links zu aktuellen Programmen, Veranstaltungen und Lernmodulen und soll als Informationsquelle für NGOs wie auch staatliche Stellen dienen. Benutzer können Links ändern oder hinzufügen und alle, die sich mit Wasser beschäftigen, sind dazu eingeladen, sich an der Beschaffung von Nachrichten und Informationen zu Aktivitäten zu beteiligen. Außerdem verfügt das Portal über ein Archiv mit wöchentlich erscheinenden Nachrichten, Terminen, Fakten und Publikationen zu speziellen Bereichen rund um das Thema Wasser. (nt)

UNESCO Water Portal [www.unesco.org/water](http://www.unesco.org/water)

### Argumentationshilfe: Paraquat und Umwelt

Die Schweizer Nord-Süd-Organisation „Erklärung von Bern“ hat im Oktober einen Bericht zur Verwendung des Pestizids Paraquat veröffentlicht, in dem die Argumente der Industrie und besonders des Konzerns Syngenta Stück für Stück widerlegt werden. (jg)

Lars Neumeister: Ist Paraquat nützlich für die Umwelt?; Hrsg./Bezug: Erklärung von Bern, Zürich, Tel. 0041 44 / 27770-00, Fax -01, [info@evb.ch](mailto:info@evb.ch), [www.paraquat.ch](http://www.paraquat.ch); Download (PDF, 150 kB): [www.evb.ch/cm\\_data/Paraquat\\_neu.pdf](http://www.evb.ch/cm_data/Paraquat_neu.pdf)

### Kostenschätzungen für EU-Umweltschutzbestimmungen

Seit April liegt der Endbericht einer Studie über die Kostenschätzungen der EU-Umweltpolitik für die Wirtschaft vor. Der Bericht wurde von einer europäischen Arbeitsgruppe erarbeitet - beteiligt waren das Institut für Umweltfragen in Amsterdam, Ecologic und das Institut für Politikstudien. In der Studie werden vorherige und nachträgliche Kostenschätzungen der EU-Umweltschutzbestimmungen verglichen und Empfehlungen für die Verbesserung dieser Schätzungen gegeben. Sie schlagen u. a. vor, dass Kostenschätzungen häufiger aktualisiert und so viele Quellen wie möglich dafür verwendet werden. Die Folgenabschätzungen von Umweltpolitik sind Hauptstreitpunkt der EU-Debatte um ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit. (nt)

Institut für Umweltfragen in Amsterdam (Hrsg.): „Ex-post estimates of costs to business of EU environmental legislation - Final Report“, 2006; Download (PDF, 55 S., 270 kB): [www.ecologic.de/download/projekte/1750-1799/1750/1750-01\\_final\\_report.pdf](http://www.ecologic.de/download/projekte/1750-1799/1750/1750-01_final_report.pdf)

## Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an [juliane.gruening@dnr.de](mailto:juliane.gruening@dnr.de) mailen.

Diese (und weitere) Termine im Internet: [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (aktueller und oft auch ausführlicher)

Andere Terminseiten im Internet: [www.dnr.de/terminlinks](http://www.dnr.de/terminlinks) (siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

29.-31.1., Brüssel

### Europäische Erneuerbare-Energien-Konferenz (EREC)

EREC Renewable Energy House  
Tel. 0032 2 / 54619-33, Fax -34  
[erec@erec-renewables.org](mailto:erec@erec-renewables.org)  
[www.erec-renewables.org/events/2007PolicyConference/default.htm](http://www.erec-renewables.org/events/2007PolicyConference/default.htm)

12.-14.2., Berlin

### Time to Adapt - Climate Change and the European Water Dimension

Bundesumweltministerium, Carolin Wolf  
Tel. 030 / 86880-0, Fax -200  
[info@climate-water-adaption-berlin2007.org](mailto:info@climate-water-adaption-berlin2007.org)  
[www.climate-water-adaption-berlin2007.org](http://www.climate-water-adaption-berlin2007.org)

23./24.4., Maastricht

### DustConf2007 - How to improve air quality

Umweltbundesamt und Agrarministerium der Niederlande  
[info@dustconf.com](mailto:info@dustconf.com)  
[www.dustconf.com](http://www.dustconf.com)

12.-15.7., München

### Velo-city 2007 - From Vision to Reality

Tagung; BMVBS, European Cyclists Federation  
Kaulen Planning Office, Aachen  
Tel. 0241 / 334-44, Fax -45  
[info@velo-city2007.com](mailto:info@velo-city2007.com)  
[www.velo-city2007.com](http://www.velo-city2007.com)

18.-20.10., München

### 8. Weltumweltsteuerkonferenz

Förderverein Ökologische Steuerreform  
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14  
[foes@foes.de](mailto:foes@foes.de)  
[www.worldcotax.org](http://www.worldcotax.org)

## Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB): [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) („Publikationen“) oder [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

### Titel/Thema

Titel/Thema	Ausgabe
Umsetzung von EU-Umweltrecht (in Vorbereitung)	11./12.06
Forderungen an den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06

Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05

Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04

Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

11.-15.11., Rom

### 20th World Energy Congress

World Energy Council, World Energy Council Italy, Micromegas Comunicazione  
Tel. 00442 / 0773459-96, Fax -26  
[www.rome2007.int](http://www.rome2007.int)  
(fh) ■

## EU-Sitzungstermine

### Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

#### Finnische Ratspräsidentschaft 2. Halbjahr 2006 (1.7.-31.12.)

##### Dezember

4./5.	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.	Außenminister
11./12.	Wettbewerb
18.	Umwelt
19.-21.	Landwirtschaft/Fischerei

#### Deutsche Ratspräsidentschaft 1. Halbjahr 2007 (1.1.-30.6.)

##### Januar

15./16.**	Inneres/Justiz
18.-20.**	Soziales
22./23.	Außenminister
29./30.	Landwirtschaft/Fischerei
30.	Wirtschaft/Finanzen

##### Februar

12./13.**	Kultur/Medien
12./13.	Außenminister
15.	Verkehr/Telekommunikation/Energie
15./16.	Inneres/Justiz
16.	Bildung/Jugend/Kultur
19.	Wettbewerb
20.	Umwelt
22.	Soziales/Gesundheit
26./27.	Landwirtschaft/Fischerei
27.	Wirtschaft/Finanzen

##### März

1./2.**	Verteidigung
1./2.	Bildung/Jugend/Kultur
5./6.	Außenminister
12./13.**	Entwicklung
19./20.	Landwirtschaft/Fischerei
22./23.	Verkehr/Telekommunikation/Energie
27.	Wirtschaft/Finanzen

##### April

16./17.*	Landwirtschaft/Fischerei
19./20.*	Inneres/Justiz
19./20.**	Gesundheit
20./21.	Wirtschaft/Finanzen
23./24.*	Außenminister
26.-28.**	Wettbewerb

##### Mai

7./8.	Landwirtschaft/Fischerei
8.	Wirtschaft/Finanzen
14./15.	Außenminister
15./16.**	Familie/Gleichstellung

20.-22.**	Landwirtschaft/Fischerei
21./22.	Wettbewerb
23.-25.**	Stadtentwicklung
24./25.	Bildung/Jugend/Kultur
30./31.	Soziales/Gesundheit

##### Juni

1.-3.**	Umwelt
5.*	Wirtschaft/Finanzen
7./8.*	Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12.*	Landwirtschaft/Fischerei
12./13.*	Inneres/Justiz
18./19.*	Außenminister
28.*	Umwelt

\* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

\*\* informell

### Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

11.-14.12.
15.-18.1., 31.1./1.2.*
12.-15.2.
12.-15.3., 28./29.3.*
23.-26.4.
9./10.5.*, 21.-24.5.
6./7.6.*, 18.-21.6.

\* in Brüssel (sonst in Straßburg)

### Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

Dezember: 20. n*, 21. v*
Januar: 22. n, 23. v+n, 30. v+n
Februar: 26. n, 27. v+n, 28. v
März: 21. n, 22. v+n, 27. v+n*
April: 10. n, 11. v+n
Mai: 2. n*, 3. v*, 7. n, 8. v+n
Juni: 4. n, 5. v, 25. n, 26. v+n, 27. v
Juli: 16. n, 17. v
September: 11. n, 12. v+n, 13. v
Oktober: 2. v+n*, 3. v*, 8. n, 9. v+n
November: 21. n, 22. v+n, 26. n, 27. v
Dezember: 19. v+n

v = vormittags 9-12.30 Uhr

n = nachmittags 15-18.30 Uhr

\* = vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.

\* vorbehaltlicher Termin

(nt, mb) ■

### Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir Sie per eMail über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratsitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:  
Ulrike Tröger, DNR Berlin  
Tel. 030 / 443391-38, Fax -80  
eMail: [ulrike.troeger@dnr.de](mailto:ulrike.troeger@dnr.de)

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

### • Weitere Informationen

[www.europa-digital.de/aktuell/kalender](http://www.europa-digital.de/aktuell/kalender)

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):  
[www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau](http://www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau)

Finnische Ratspräsidentschaft (bis 31.12.):  
[www.eu2006.fi](http://www.eu2006.fi)  
Kalender:  
[www.eu2006.fi/calendar/en\\_GB/calendar](http://www.eu2006.fi/calendar/en_GB/calendar)  
Aktuelles auf Deutsch:  
[www.eu2006.fi/news\\_and\\_documents/news\\_and\\_documents\\_in\\_german/de\\_DE/aktuelles\\_auf\\_deutsch](http://www.eu2006.fi/news_and_documents/news_and_documents_in_german/de_DE/aktuelles_auf_deutsch)

Deutsche Ratspräsidentschaft (1.1.-30.6. 2007):  
[www.eu2007.de](http://www.eu2007.de)  
[www.eu-praesidentschaft.de](http://www.eu-praesidentschaft.de)

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen: DNR, EU-Koordination, Ulrike Tröger, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-38, Fax -80  
eMail: [ulrike.troeger@dnr.de](mailto:ulrike.troeger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:  
[www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE](http://www.europarl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE)

Quelle Umweltausschuss-Sitzungen:  
[www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi\\_meeting\\_dates\\_2007.pdf](http://www.europarl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2007.pdf)

## Weiterführende Informationen

### Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

### EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

### Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache. Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11

eMail-Formular:

<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

### Laufende Gesetzgebungsverfahren

Aufstellung aller umweltrelevanten legislativen Dokumente („Vorschläge“ und „Mitteilungen“) der EU-Kommission, die sich gerade im Entscheidungsprozess ▼ befinden:

[www.ec.europa.eu/environment/docum](http://www.ec.europa.eu/environment/docum)

Etappen und aktueller Stand jedes Gesetzgebungsprozesses ▼ in einer zeitlichen Übersicht:

[www.ec.europa.eu/prelex](http://www.ec.europa.eu/prelex)

### Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissions-Vorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993. Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahr 1985 veröffentlicht wurde.

### Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet:

[www.eur-lex.europa.eu/RECH\\_naturel.do](http://www.eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do)

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln

Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278

eMail: [vertrieb@bundesanzeiger.de](mailto:vertrieb@bundesanzeiger.de)

## EU-Institutionen, Adressen

### Internetadressen der EU-Institutionen

[www.europa.eu](http://www.europa.eu) (vieles auch deutsch)

EU-ABC:

[www.europa.eu/abc/index\\_de.htm](http://www.europa.eu/abc/index_de.htm)

### Einführung EU-Umweltpolitik

[www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html](http://www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html)

### Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel

Tel. 0032 2 / 299-1111

#### Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222

[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

#### Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:

Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

### Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)

#### Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin

Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel

Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381

(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

### Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

### Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel

Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

### Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):

Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

### Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel

Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

### Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen

Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199

[www.eea.europa.eu](http://www.eea.europa.eu)

## Europäische Verträge

### Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

### Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PIJS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung - Entstehung, Struktur und Verträge der EU:

[www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe)

## EU-Rechtsakte

### Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

### Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

### Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Die wichtigsten Teile des geltenden EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind im Internet veröffentlicht:

[www.europa.eu/eur-lex](http://www.europa.eu/eur-lex)

(mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen:

[www.europa.eu/scadplus](http://www.europa.eu/scadplus)

Weitere Informationen auf unserer Seite [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (Brüsseler 1 × 1)

## Wie Gesetze in der EU entstehen

### Rechtsgrundlage

Jedes Gesetz braucht eine so genannte Rechtsgrundlage. Diese ermächtigt den Gesetzgeber dazu, ein Gesetz zu erlassen, und legt zudem meist das Verfahren fest. Im Europäischen Recht bildet der Artikel 175 des EG-Vertrages diese Rechtsgrundlage. Er ermächtigt dazu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Richtlinien<sup>1</sup> und Verordnungen<sup>2</sup> zu erlassen. Gleichzeitig bestimmt er, nach welchem Verfahren zu entscheiden ist. Hierbei gibt es das Anhörungs- und das Mitentscheidungsverfahren.

### Anhörungsverfahren

Beim Anhörungsverfahren hat das Europäische Parlament nur wenig Einfluss: Die Europäische Kommission legt ihren Gesetzesentwurf dem Ministerrat<sup>3</sup> vor. Zwar fordert der Rat das Europäische Parlament auf, eine Stellungnahme abzugeben. Er entscheidet jedoch frei - also ohne an die Stellungnahme des Parlaments gebunden zu sein. Allerdings ist im Anhörungsverfahren bei vielen Themen ein einstimmiges Votum des Ministerrates erforderlich.

Im Umweltbereich findet das Anhörungsverfahren eher selten und vor allem in folgenden Fällen Anwendung: Umweltvorschriften mit überwiegend steuerlichem Charakter, Maßnahmen im Bereich der Raumordnung, der Bodennutzung und der Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie solche Maßnahmen, die die Wahl der Mitgliedstaaten zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung betreffen.

### Mitentscheidungsverfahren

Beim Mitentscheidungsverfahren hat dagegen das Europäische Parlament großen Einfluss, denn es entscheidet in der Tat mit. Im Umweltbereich ist es das häufigste und deshalb das wichtigste Verfahren. Es läuft folgendermaßen ab (siehe auch Diagramm auf der folgenden Seite):

1 Richtlinie: Rahmengesetz; muss durch nationale Gesetze in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

2 Verordnung: Unmittelbar wirksamer Rechtsakt, gilt sofort in allen EU-Mitgliedstaaten.

3 Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Besteht bei Umweltangelegenheiten in der Regel aus den Umweltminister/innen der EU-Mitgliedstaaten. ●

◆ Die Europäische Kommission legt dem Ministerrat und dem Parlament einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

◆ Das Europäische Parlament berät in erster Lesung über diesen Vorschlag und übermittelt seine Stellungnahme dem Ministerrat.

◆ Der Ministerrat entscheidet dann mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet: Jeder Mitgliedstaat hat je nach Größe eine bestimmte Stimmenzahl. Für eine qualifizierte Mehrheit sind nach dem EG-Vertrag zur Zeit 62 von 87 Stimmen (ca. 71 %) erforderlich.

Stimmt der Ministerrat mit dem Votum des Parlaments zu hundert Prozent überein, dann erlässt er den Rechtsakt in Übereinstimmung mit dem Europäischen Parlament. In diesem Fall ist das Gesetzgebungsverfahren beendet.

In der Regel kommt der Ministerrat jedoch zu einem Ergebnis, das mehr oder weniger von der Stellungnahme des Parlaments abweicht. Er legt dann einen so genannten Gemeinsamen Standpunkt fest. Als Grundlage dienen dabei der Kommissionsvorschlag, die Stellungnahme des Parlaments sowie die eigene Überzeugung des Ministerrates.

◆ Das Europäische Parlament behandelt diesen Gemeinsamen Standpunkt in einer zweiten Lesung. Dabei gibt es drei Möglichkeiten:

1. Es lehnt den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats ab. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Das Parlament stimmt dem Gemeinsamen Standpunkt zu. Dann entscheidet der Ministerrat ebenfalls erneut in einer zweiten Lesung. In diesem Fall kann der Rat den Rechtsakt im Einklang mit dem Parlament erlassen. Das Verfahren ist somit positiv beendet.

3. Das Parlament ändert den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats. In diesem Fall hat der Rat zwei Möglichkeiten:

- Er akzeptiert die Änderungen des Parlaments, verabschiedet den geänderten Text als Gesetz und beendet somit das Verfahren.

- Er überweist den geänderten Text an den Vermittlungsausschuss.

◆ Im Vermittlungsausschuss gibt es wiederum zwei Möglichkeiten:

1. Das Vermittlungsverfahren kommt zu keinem Ergebnis. Dann ist der Rechtsakt gescheitert und das Verfahren beendet.

2. Der Vermittlungsausschuss legt einen Gemeinsamen Entwurf des Parlaments und des Rates vor. Stimmen das Europäische Parlament mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit dem Gemeinsamen Entwurf zu, dann ist der Rechtsakt angenommen. Lehnt jedoch eines der beiden Organe den Entwurf ab, so ist er endgültig gescheitert. ■

Quellen: Brüsseler 1×1, EU-Umwelthandbuch<sup>4</sup>

### • Weitere Informationen

„Brüsseler 1×1 - Wie funktioniert die EU?“, Berlin 2005, 88 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Bruesseler1x1.pdf)

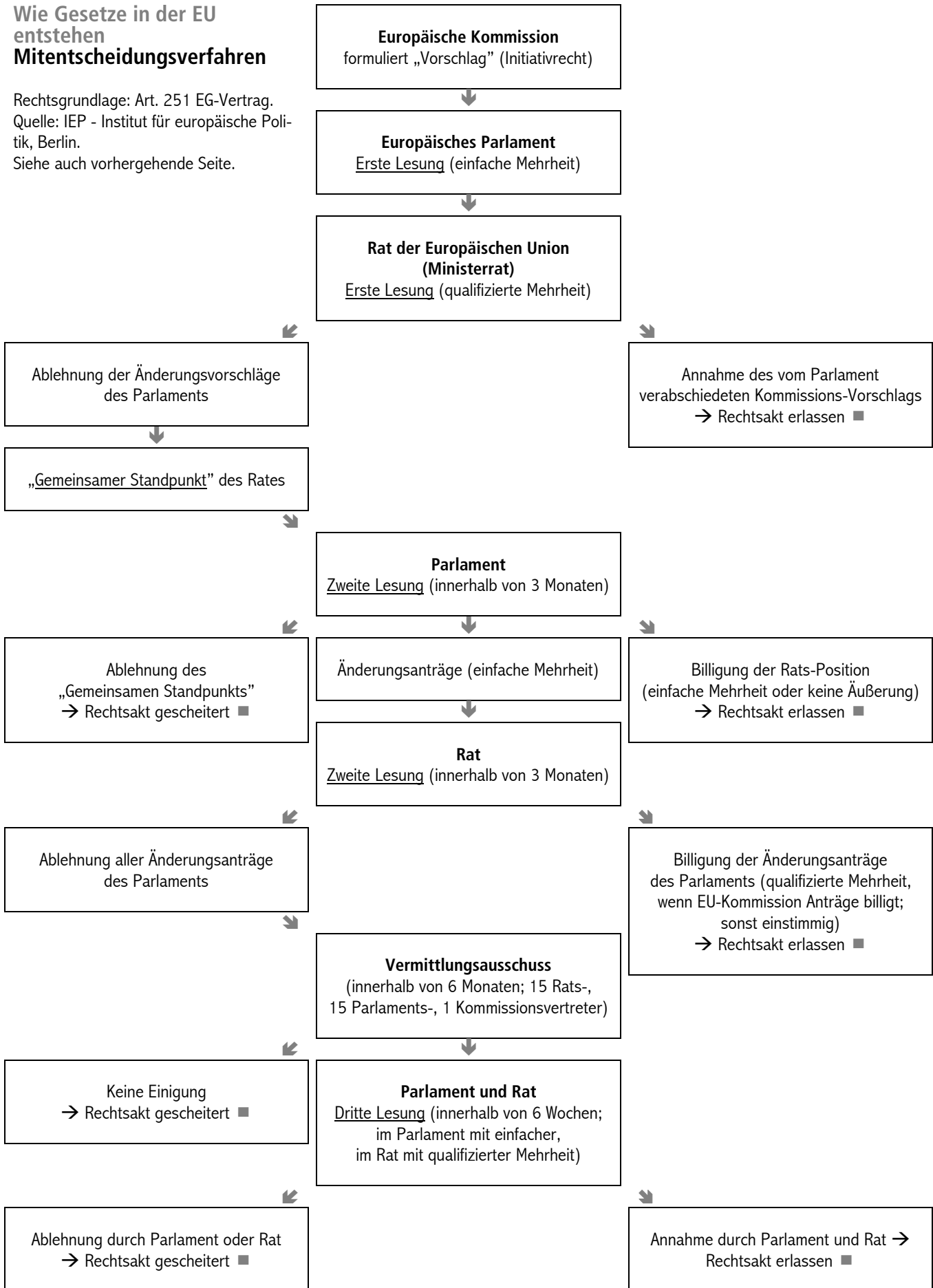
„Rat und Tat in Brüssel - Alles über den Rat der Europäischen Union“, Berlin 2006, 52 S., kostenlos; PDF-Download (430 kB): [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0608-09-sh.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/eur0608-09-sh.pdf)

Hrsg./Bezug Printausgabe (kostenlos): DNR, EU-Koordination, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-81, Fax -80  
eMail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)

4 Hiltrud Breyer: „Keine Angst vor Brüssel - EU-Umwelthandbuch, Brüssel 2003, 100 S., kostenlos; PDF-Download (1,7 MB): [www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch\\_digital.pdf](http://www.hiltrud-breyer.de/downloads/Umwelthandbuch_digital.pdf)

**Wie Gesetze in der EU entstehen**  
**Mitentscheidungsverfahren**

Rechtsgrundlage: Art. 251 EG-Vertrag.  
 Quelle: IEP - Institut für europäische Politik, Berlin.  
 Siehe auch vorhergehende Seite.



## Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

### Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von rund 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede Ratspräsidentenschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittsstaaten vertreten.

#### Belgien

Annick Vanderpoorten  
Inter Environnement Wallonie (IEW)  
eMail: a.vanderpoorten@iewonline.be

#### Bulgarien

z. Zt. nicht besetzt

#### Dänemark

Morten Damm Krogh  
Danmarks Naturfredningsforening (DN)  
eMail: mdk@dn.dk

#### Estland

Juhan Telgmaa  
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)  
eMail: juhan.telgmaa@elks.ee

#### Finnland

Eero Yrjö-Koskinen  
Finnish Association for Nature Conservation  
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

#### Frankreich

Georges Cingal  
(EEB-Vizepräsident)  
Sepanso FNE  
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

#### Deutschland

Markus Steigenberger  
Deutscher Naturschutzring (DNR)  
eMail: markus.steigenberger@dnr.de

#### Griechenland

Gerassimos Arapis  
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage  
eMail: mani@aua.gr

#### Großbritannien

Stephan Hale  
Green Alliance  
eMail: shale@green-alliance.org.uk

#### Irland

Frank Corcoran  
(EEB-Vizepräsident)  
An Taisce - National Trust of Ireland  
eMail: frank.corcoran@dit.ie

#### Italien

Mauro Albrizio  
(EEB-Vizepräsident)  
Legambiente  
eMail: legambiente@skynet.be

#### Lettland

Janis Ulme  
VAK - Environmental Protection Club  
eMail: janis.ulme@vak.lv

#### Luxemburg

Théodore Mannon  
NATURA  
eMail: t.mannon@internet.lu

#### Niederlande

Arjan Berkhuisen  
Stichting Natuur en Milieu (SNM)  
eMail: a.berkhuisen@natuurenmilieu.nl

#### Norwegen

Uno Abrahamsen  
Norwegian Association against Noise  
eMail: uno.abrahamsen@atil.no

#### Österreich

Birgit Reiner  
Umweltdachverband  
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

#### Polen

Aleksander Kedra  
ISD - Institute for Sustainable Development  
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

#### Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira  
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)  
eMail: carlosmglteixeirapt@gmail.com

#### Rumänien

Zur Zeit nicht besetzt

#### Schweden

Mikael Karlsson  
(EEB-Präsident)  
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)  
eMail: mikael.karlsson@snf.se

#### Slowakei

Vladimir Ira  
STUZ/SR - Society for Sustainable Living  
eMail: geogira@savba.sk

#### Slowenien

Anamarija Slabe  
(EEB-Vizepräsidentin)  
Institute for Sustainable Development (ITR)  
eMail: anamarija.slabe@itr.si

#### Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez  
Ecologistas en Acción  
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

#### Tschechische Republik

Miroslav Suta  
Society for Sustainable Living (SSL)  
eMail: miroslav.suta@centrum.cz

#### Türkei

Ayşe Yesim Erkan  
TEMA  
eMail: yesime@tema.org.tr

#### Ungarn

András Krolopp  
CEEWEB  
eMail: krolopp@ceeweb.org

#### Zypern

Lucas Psillakis  
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)  
eMail: environment@psillakis.com

#### Schatzmeisterin

Jacqueline Miller  
eMail: jacquelinemiller@scarlet.be

## Das Europäische Umweltbüro (EEB)

### Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch<sup>1</sup>„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)

- Städtische Umwelt (Thematische Strategie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft<sup>3</sup> und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zu: IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control), Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung, EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)  
Boulevard de Waterloo 34, B-1000  
Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft <sup>3</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuysen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuysen@snm.nl

## Internationale Funktionen des Umweltbundesamtes

### UBA-Anlaufstellen für Aufgaben aus internationalen und EU-Verträgen

Die internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Umweltbundesamtes (UBA). Fachleute aus dem UBA wirken in vielen internationalen Gremien mit, darunter bei der Europäischen Union (EU), den Vereinten Nationen (UN), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Nordatlantikpakt (NATO). Große Bedeutung habe die Mitwirkung an der Umsetzung internationaler Übereinkommen wie zum Beispiel dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zum Klimawandel gewonnen. Daneben bildet die multilaterale und bilaterale Zusammenarbeit mit anderen Staaten, insbesondere den Ländern Mittel- und Osteuropas, einen Schwerpunkt.

Das Fachgebiet Internationaler Umweltschutz nimmt nach eigener Auskunft hierbei folgende Aufgaben wahr:

- Mitwirkung in internationalen Foren und Organisationen, z. B. EPA-Netzwerk<sup>1</sup>, Baltic 21<sup>2</sup>, Umwelt für Europa-Prozess, Europäische Umweltagentur (EEA)
- Durchführung von bilateralen und multilateralen Projekten im Rahmen des Twinning- und Beratungshilfeprogramms
- Fachliche Unterstützung des Bundesumweltministeriums (BMU) bei der Beurteilung von ISPA-Projektanträgen<sup>3</sup>

1 EPA-Netzwerk: Gemeinsame informelle Arbeitsplattform für die Leitungen der nationalen Umweltagenturen in Europa.

2 „Agenda Baltic 21 für den Ostseeraum“, seit 1996 existierender Interessengruppen-Prozess für eine nachhaltige Entwicklung.

3 ISPA = Instrument for Structural Policies for Pre-Accession = Strukturpolitisches Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (von Kandidatenländern zur EU)

## 1. Weltweit

### Umweltbildung - UNESCO

UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung beim Umweltbundesamt  
Magdalena Hölters-Freier, FG I 2.2  
Wörlitzer Platz 1, 06844 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2180  
eMail: magdalena.hoelters-freier@uba.de

### Abfall - Basler Übereinkommen

Anlaufstelle Basler Übereinkommen  
Harald Junker  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103 3045  
eMail: harald.junker@uba.de

### Klimarahmenkonvention und Kyoto-Protokoll: Emissionsinventare

Nationale Koordinierungsstelle für das Nationale System Emissionsinventare nach Klimarahmenkonvention und Kyoto-Protokoll beim Umweltbundesamt  
Marion Dreher  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2402  
eMail: marion.dreher@uba.de

### Luftqualität - WHO

WHO-Zentrum zur Überwachung der Luftqualität und Bekämpfung der Luftverschmutzung  
Dr. Hans-Guido Mücke  
Corrensplatz 1, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 8903-1281  
eMail: hans-guido.muecke@uba.de

### Trinkwasserhygiene - WHO

WHO-Kooperationszentrum für Forschung auf dem Gebiet der Trinkwasserhygiene beim Umweltbundesamt  
Dr. Ingrid Chorus  
Corrensplatz 1, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 89031346  
eMail: ingrid.chorus@uba.de

## 2. Europäische Union

### Anlagen-Emissionen - IVU-Richtlinie

Deutsche Koordinierungsstelle für den Informationsaustausch über „beste verfügbare Techniken“ nach IVU-Richtlinie<sup>4</sup>  
Judith Kaliske, Fachgebiet III 2.1  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103 3589  
eMail: judit.kaliske@uba.de

### EU-Luftqualitäts-Referenzlabor

Nationales EU-Luftqualitäts-Referenzlabor beim Umweltbundesamt  
Paul-Ehrlich-Str. 29, 63225 Langen/Hessen  
Volker Stummer  
Tel. 06103 / 704-106  
eMail: volker.stummer@uba.de  
Anneliese Medem  
Tel. 06103 / 704-129  
anneliese.medem@uba.de  
www.umweltbundesamt.de/luft/referenzlabor

### Europäische Umweltagentur (EEA)

Deutsche Kontaktstelle der Europäischen Umweltagentur beim Umweltbundesamt  
Christina Pykonen, Fachgebiet I 1.2  
PF 1406, 06813 Dessau/Anhalt  
Tel. 0340 / 2103-2148  
eMail: christina.pykonen@uba.de

4 Richtlinie 96/61/EG vom 24.09.96 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung.

## Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

## Unsere weiteren Publikationen

### Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)  
[www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

## Wir im Internet

### [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

### [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

## Aktuell informiert per eMail

### Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

### Info-Service zu allen Umweltthemen

An Rundschreiben-Abonent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden mailen wir kostenlos aktuelle Meldungen zur EU-Umweltpolitik, zu verschiedenen EU-Ländern und zu weiteren Themen in deutscher Sprache. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

# EUR-Abo

## Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

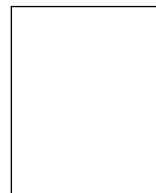
- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Kontonummer: Bankleitzahl:

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion EU-Rundschreiben  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin